Die niederösterreichischen Stände und die Krone in der Zeit Kaiser Leopold I.

Von

A. F. Pribram.

Vorwort.

Unter den vielen wichtigen Werken, vor deren Abfassung ein endgiltiges Urtheil über die Entwicklung des österreichischen Staates nicht wird abgegeben werden können, wird man wohl die Geschichte des österreichischen Ständewesens als das wichtigste bezeichnen dürfen. Denn je tiefer die Forschung gedungen ist, desto sicherer hat sich als ein Ergebnis derselben die Thatsache feststellen lassen, dass vieles von dem, was in der österreichischen auswärtigen Politik unverständlich schien, seine Aufklärung in den inneren Verhältnissen, in erster Linie in den Beziehungen der Krone zu den Ständen der verschiedenen Länder gefunden hat, über die man so gut wie nichts gewusst hatte. Leider hat das Streben diese so überaus empfindliche Lücke auszufüllen mit der Erkenntnis der Nothwendigkeit dies zu thun nicht gleichen Schritt gehalten. Wohl haben einzelne Forscher den Einfluss festgestellt, welchen die Kämpfe der Herrscher mit ihren Ständen auf den Gang der auswärtigen Politik genommen, wohl sind die entscheidenden Konflikte zwischen der Krone und den Ständen für manche Periode der österreichischen Geschichte dargestellt worden. Allein, was Noth thut, ist eine auf Grundlage des überaus reichen handschriftlichen Materiales verfasste allgemeine Geschichte des österreichischen Ständewesens. Dass eine solche zu schreiben eine der schwierigsten Aufgaben ist, die einem Geschichtsforscher gestellt werden können, ist gewiss. Nicht nur die drei Ländergruppen, aus denen das heutige Oesterreich erwachsen ist, sondern innerhalb derselben jede einzelne Provinz er-

fordert eine selbstständige Betrachtung. Erst nach gründlicher Bearbeitung der Ständegeschichte der einzelnen Länder liessen sich dann vielleicht die Gesetze finden, welche die Entwicklung des Ständewesens in Oesterreich bestimmt haben, die Gründe für diese oder jene befremdende Erscheinung innerhalb dieser gesetzmässigen Entwicklung anführen.

Der richtige Weg diesem Uebelstande abzuhelfen ist in einzelnen Ländern bereits betreten worden. In Ungarn, Siebenbürgen und Böhmen werden die Landtagsverhandlungen, die seit dem 16. Jahrh. den Mittelpunkt des Ständekampfes bilden, herausgegeben, andere Provinzen wollen diesem Beispiele folgen. Diese Publicationen werden einmal die Grundlage für eine Ständegeschichte bilden. Allein bis dieselben vollendet sind, dürften noch Decennien vergehen, und auch dann wird man zu einer richtigen Erkenntnis der Triebfedern der ständischen Bewegung andere Documente heranziehen müssen. Soll also die gegenwärtige Generation der Historiker nicht lediglich Vorarbeiten für die Zukunft machen, dann wird man sich zu einer monographischen Bearbeitung einzelner Epochen der Ständegeschichte einer einzelnen Provinz entschliessen müssen. Solche Arbeiten können, sobald einmal die Norm für dieselben festgestellt ist, leicht gemacht werden. Sind dieselben aber für alle Perioden und für alle Provinzen Oesterreichs geleistet, dann wird es einem umfassenden Geiste nicht schwer werden, das Gesetz in der Flucht der Erscheinungen zu finden, in grossen Zügen ein richtiges Bild von der Entwicklung des Ständewesens in Oesterreich zu geben, die Rückwirkung der Kämpfe zwischen Herrscher und Beherrschten auf die auswärtige Politik zu zeigen und die Principien festzustellen, von denen die Habsburger sich bei ihrem Bestreben leiten liessen, die verschiedenen Länder zu einem einheitlichen Ganzen zu gestalten.

Als einen Versuch für die niederösterreichischen Stände in der Zeit Leopold I. diese Aufgabe zu lösen, möchte ich die nachfolgenden Ausführungen betrachtet wissen, von denen ich nur wünschte, dass sie, wenigstens was die Anordnung des Stoffes betrifft, sich als Norm für künftige Arbeiten brauchbar erweisen würden. Die Haltung der Stände gegenüber den immer grösser werdenden Forderungen der Krone, sowie ihre Bemühungen zu schildern, ihre Selbstständigkeit zu wahren, ihr Steuerbewilligungs- und Beschwerderecht zu vertheidigen, endlich ihre Haltung gegenüber den Ständen der anderen Länder Oesterreichs zu kennzeichnen, habe ich als meine wesentlichste Aufgabe betrachtet. Was sich sonst auf den nachfolgenden Blättern findet: die Einleitung, die Mittheilungen über die Organisation der Stände und über die Form der Landtagsverhandlungen soll lediglich dazu dienen, das Verständnis

des Uebrigen zu erleichtern. Dass ich bestrebt war, nichts unnöthiges aufzunehmen, lediglich die eine Frage, welche das Verhältniss des Herrschers zu den Ständen betrifft, im Auge behalten habe, wird der Leser hoffentlich wahrnehmen. In diesem Sinne sind die wiederholten Hinweise auf künftige Arbeiten aufzufassen.

Das handschriftliche Material, das mir zur Verfügung stand, war ein sehr reichhaltiges, wenn auch keineswegs ein erschöpfendes. Ich konnte im niederösterreichischen Landesarchive (Nö. L. A.) neben den Landtagsverhandlungen noch zahlreiche andere Materialien benützen¹⁾; die Acten dieses Archives haben die Grundlage für die folgenden Erörterungen gebildet. Eine wesentliche Ergänzung boten die ausserordentlich umfassenden Aktenbestände des Reichsfinanzarchives (R.-F.-A.) die ich um anderer Zwecke willen durchgesehen habe; insbesondere die Abtheilung „Oesterreich“ enthielt mehrere für die Erkenntnis der Beziehungen zwischen Krone und Ständen wesentliche Documente. Dagegen fanden sich im Archive des Min. des Innern (A. d. M. d. I.) zu meiner Enttäuschung nur wenige inhaltlich nicht besonders wesentliche auf diese Dinge Bezug habende Fascikel; daneben freilich eine fast vollständige Sammlung der Patente aus der Zeit Leopold I.

Den Vorständen und Beamten dieser Archive sage ich auch diesmal meinen besten Dank.

Einleitung.

Verhältnismässig spät kann man in den österreichischen Erbländern und speciell in Niederösterreich von einem entscheidenden Eingreifen der Stände in die Regierungshandlungen der Fürsten sprechen²⁾. In einer Zeit, da bei den westlichen Culturvölkern, in Spanien, Frank-

¹⁾ Die Schönkirchner'schen Manuscripte konnte ich, da sie von anderer Seite benützt werden, nicht einsehen; ebenso wenig den Codex Provincialis, der als eine Vorarbeit einer amtlichen Publication meiner Benützung entzogen war.

²⁾ Eine Geschichte der ständischen Entwicklung Niederösterreichs ist, wie die Geschichte Niederösterreichs überhaupt, erst zu schreiben. Die Mittheilungen Feil's in der Ethnographie Niederösterreichs von Czörnig Bd. I 156 ff. werden in den meisten Punkten einer Correctur bedürfen, immerhin ist diese Darstellung heute noch nicht entbehrlich. Ueber die ältesten Zeiten enthält die Schrift Siegel's „Die rechtliche Stellung der Dienstmänner in Oesterreich“. Sitzungsber. der W. A. d. W. Bd. CII. 1883. 235 ff. die werthvollsten Mittheilungen. Im übrigen sind wir noch immer auf die Mittheilungen in den allgemeinen Geschichten Oesterreichs (Huber, Krones) und in den allgemeinen Darstellungen der Regierungsthätigkeit der einzelnen Herrscher angewiesen.

reich und England, die ständischen Körperschaften bereits einen ausschlaggebenden Einfluss auf die Geschicke des Staates übten, bekam der österreichische Herrscher die beengende Gewalt der ständischen Vertretung kaum zu fühlen. Wohl gab es in der Zeit der Babenberger Versammlungen der Grossen, wohl trafen die Anwesenden in Gemeinschaft mit dem Herrscher Massregeln zu gemeinsamem Nutzen, von einem entscheidenden Eingreifen der Stände kann aber in dieser Zeit nicht gesprochen werden. Die Erwerbung der Steiermark durch die Babenberger und die mit dieser verbundene Einflussnahme der mit grösseren Vorrechten ausgestatteten Grossen dieses Landes auf die Niederösterreicher, sowie das die Entwicklung ständischer Rechte ausserordentlich fördernde Reichsgesetz Heinrich VII. vom Jahre 1231 dürften den Bestrebungen der niederösterreichischen Grossen, ihren Einfluss auf die Staatsgeschäfte zu mehren, wesentlichen Nachdruck verliehen haben.

Allein auch in den letzten Zeiten babenbergischer Herrschaft hat der Landesherr nur in vereinzelt Fällen, vornehmlich bei Aenderung bestehender Rechtszustände die Zustimmung der Landherren eingeholt¹⁾. Und ebensowenig kann unter den ersten Habsburgern von einer wesentlichen Einschränkung der Landeshoheit, von einer geregelten Mitwirkung der Stände die Rede sein.

Will man dies verstehen, dann wird man sich immer vorhalten müssen, dass der österreichische Herrscher, der die Landeshoheit, — wie alle Fürsten dieser Zeit — möglichst vollkommen zu erhalten wünschte, nur nothgedrungen sich zu Beschränkungen derselben bereit finden lassen konnte und dass gerade dieser Fürst länger als die meisten übrigen nicht in die Lage gerieth die Hilfe seines Volkes in Anspruch nehmen zu müssen. Die Pflichten des österreichischen Herrschers seinen Unterthanen gegenüber waren in diesen frühen Tagen eng begrenzt, die Landherren gebunden, das Land gegen äussere Feinde zu vertheidigen und in weit aussehende Verwickelungen hatten die Herrscher sich nicht eingelassen. Dazu kam, dass in Oesterreich der Adel in seiner überwiegenden Mehrzahl aus Ministerialen bestand, die dem Herrscher gegenüber eine viel weniger freie Stellung hatten, als der freie Adel und erst allmählig seit dem 13. Jahrhunderte zur Stellung des freien Adels vordrangen. Dazu kam ferner, dass der Herzog von Oesterreich finanziell besonders günstig gestellt war, dass er theils als Allode, theils als Lehen sehr bedeutende Grundherrschaften inne hatte und als Reichsfürst im Besitze von Regalien war. Die

¹⁾ Vergl. Huber, Oesterr. Gesch. I. 400.

Einnahmen aus denselben, sowie die wesentlichen Einkünfte aus Mauten und Zölle, aus den Abgaben seiner Hörigen, der landesfürstlichen Städte, der Klöster und der Kirchen ermöglichten es ihm von allgemeinen Steuern abzusehen. Erst in dem Augenblicke, da grosse Kriege den Herrscher nöthigten die Hilfe seiner Unterthanen in Anspruch zu nehmen, während mit der wachsenden Ausdehnung des Reiches und der Herrscherpflichten die Ausgaben der Verwaltung wuchsen, begann in Oesterreich die Macht der Stände zu steigen. Es geschah dies gegen Ende des 14. Jahrhunderts¹⁾. Hatten die Habsburger bislang sich wenig um die verschiedenen Stände gekümmert, nur ihren geistlichen und weltlichen Räthen Einfluss auf die Regierungshandlungen zu nehmen gestattet, so änderte sich dies, als langwierige Kriege die Fürsten zu wesentlicher Inanspruchnahme ihrer Unterthanen in einer Zeit nöthigten, da durch wiederholte Theilungen und fortgesetzte Zwigigkeiten unter den Mitgliedern der Dynastie die Macht derselben in ihren Grundfesten erschüttert wurde. Für Niederösterreich speciell trat zu Beginn des 15. Jahrhunderts die entscheidende Wendung ein. Aufgerufen um in den damals zwischen den habsburgischen Fürsten herrschenden Differenzen die Entscheidung zu fällen, benützten die Stände die günstige Gelegenheit zur Mehrung ihrer Macht. Bereits im Jahre 1406 erscheinen die Stände als massgebende Factoren, sichern sich im Jahre 1421, als Albrecht V ihre Unterstützung im Kampfe gegen die Hussiten in Anspruch nimmt, das Recht der freien Steuerbewilligung und treten im Jahre 1439, von Albrecht zur Wahrung der Rechte eines eventuellen männlichen Nachfolgers aufgefordert, in jener Form uns entgegen, die sie bis zum Untergange der ständischen Macht beibehalten haben. Die weitaussehenden Unternehmungen, in die sich Albrecht V. Nachfolger, Kaiser Friedrich III., einliess und die bedenklichen Konflikte, in die er mit seinem Bruder Albrecht VI gerieth, ermöglichten es den niederösterreichischen Ständen, zumal im Hinblick auf ähnliche Bewegungen in Ungarn und Böhmen, ihre Rechte dem Herrscher gegenüber in entschiedenster Weise geltend zu machen, und einen Einfluss auf den Gang der Dinge zu nehmen, wie dies in Oesterreich bis dahin nie der Fall gewesen war. Und an diesem Verhältnisse vermochte Maximilian, der die Hilfe der Stände zur Durchführung seiner grossen Pläne dringend bedurfte, nur wenig zu ändern. Nicht befremdend darf es uns daher erscheinen, dass die Stände des Landes, an Freiheit und Selbständigkeit gewohnt, nach dem Tode Maximilians, die von denselben getroffenen Verfügungen misachtend,

¹⁾ Vergl. dafür Jäger, Gesch. d. landständischen Verfassung Tirols, II, 195 ff.

die Zügel der Regierung ergriffen. Das energische Vorgehen Ferdinand I., seine unnachsichtliche Strenge gegen die Führer der ständischen Bewegung vermochten allein das gänzliche Ueberwuchern ständischer Macht zu verhindern. Den weiteren Bemühungen dieses Fürsten die königliche Gewalt zu einer möglichst freien zu gestalten, that der Glaubenskampf entschieden Eintrag. Ist es auch richtig, dass die durch religiöse Differenzen hervorgerufene Trennung innerhalb der Stände den schliesslichen Sieg des Absolutismus wesentlich erleichtert hat, so wird doch auch nicht geleugnet werden können, dass die Opposition der Stände, so lange die Mehrzahl derselben protestantisch war, durch die religiöse Frage eine bedeutende Stärkung erhielt. Wie in anderen österreichischen Provinzen ist auch in Niederösterreich ständische und religiöse Opposition Hand in Hand gegangen. Und da die österreichischen Herrscher durch das ununterbrochene Vorwärtsdrängen der Türken genöthigt waren, die Kräfte ihrer Unterthanen in immer gesteigertem Masse in Anspruch zu nehmen, ergab sich für die Stände, die in erster Linie zur Beschaffung der unerlässlichen Geldmittel herangezogen wurden, die Möglichkeit ihre auf Festigung ihrer Rechte gerichteten Forderungen durchzusetzen. Die Landtage, deren Zusammentritt in dieser Zeit, wenn auch nicht regelmässig jedes Jahr ¹⁾, so doch überaus oft stattfindet, bilden von nun an den Mittelpunkt der ständischen Opposition. Es entwickelt sich der Brauch an jede Bewilligung eine Beschwerde oder eine Bitte zu knüpfen; die Forderung der Erfüllung derselben als ein Recht, die Erfüllung selbst als eine Bedingung weiterer Zugeständnisse zu bezeichnen.

Ferdinand I. war ein viel zu scharfer Beobachter, um die grosse Gefahr zu verkennen, die dem Königthume aus diesem Anwachsen der ständischen Macht drohte. Wie er sich überhaupt im Gegensatze zu seinem Grossvater gegen ständische und particularistische Tendenzen ablehnend verhielt ²⁾, so gieng sein Streben dahin sich von den fortdauernden Beschwerden und Forderungen der Stände dadurch zu befreien, dass er die Bewilligungen derselben für mehrere Jahre auf einmal in Anspruch nahm. Allein die Stände wussten sehr wohl was Ferdinand I. mit diesem Zugeständnisse beabsichtigte und weigerten sich, zumal als sie die üblen Folgen ihrer Nachgiebigkeit zu fühlen bekamen, im

¹⁾ Soweit die Acten des ständischen Archives in Wien ein Urtheil abzugeben gestatten, haben im 16. Jahrhunderte nicht alljährlich Landtage stattgefunden und selbst in der Zeit des 30jährigen Krieges finden sich Jahre, in denen von einer Berufung der Stände Umgang genommen wurde; vergl. weiter unten.

²⁾ Huber l. c. IV. 108.

Jahre 1557 auf das entschiedenste zu einer neuerlichen mehrjährigen Bewilligung ihre Zustimmung zu geben ¹⁾.

War es ihnen auf diese Weise gelungen, dem kräftigen, energischen Ferdinand gegenüber ihre Rechte zur Geltung zu bringen, so konnten die schwankende Haltung Maximilian II. und die Entfernung Rudolf II. von Wien ihren Bemühungen nur förderlich sein. Auch gaben die fortgesetzten Kämpfe gegen die Türken den Ständen die Möglichkeit auf die immer grösser werdenden Lasten hinzuweisen und im Anschlusse an die Klagen über die Bedrückungen, unter denen sie zu leiden hätten, grössere Berücksichtigung ihrer Forderungen zu begehren ²⁾. Die Stellvertretung Rudolf II. durch Matthias und dessen ehrgeizige Pläne haben diesen Bemühungen der Stände wesentliche Unterstützung gewährt ³⁾. Die Macht der Stände nahm in ausserordentlich raschem Laufe zu und erreichte in dem letzten Jahrzehnte des 16. und in den beiden ersten des 17. Jahrhunderts ihren Höhepunkt. Die Stimmung der Stände wurde eine immer gereiztere. Sie unterzogen die Handlungen der Fürsten einer strengen Kritik. Als Matthias 1593 auf die Klagen der Stände über allzu grosse Bedrückung mit der Bemerkung erwiderte, nicht den Bewilligungen an die Regierung, sondern dem zunehmenden Luxus in Kleidern und Mahlzeiten sei die Noth zuzu-

¹⁾ Ferdinand hatte im Jahre 1552 von den Ständen eine Bewilligung gewisser Abgaben für 3 Jahre gefordert. (3. Nov.) Die Stände erwiderten, sie seien bereit zu thun, was in ihrer Macht stehe, betonten ihre Armuth, wiesen den Vorwurf, als suchten sie ihren Unterthanen die ganze Last aufzubürden, zurück, und bewilligten dann eine bestimmte Summe auf 2 Jahre; später jedoch auf neuerliches Drängen Ferd. I. auf 3 Jahre. Als aber Ferd. I. 1557 neuerlich eine Bewilligung für 3 Jahre forderte, erklärten die Stände nur für ein Jahr ihre Zugeständnisse machen zu können und blieben auch dabei. In ihrer Erklärung vom 15. März 1564 ersuchten sie dann den Herrscher, die Bewilligungen immer von Jahr zu Jahr anzunehmen, da sich dieselben nur nach den Zeitumständen und Elementarereignissen richten könnten. Der Herrscher versuchte eine mindestens zweijährige Bewilligung durchzusetzen, erklärte sich aber, durch den entschiedenen Widerstand der Stände belehrt, schliesslich mit der einjährigen Bewilligung einverstanden.

²⁾ 12. Sept. 1568 erklären die Stände, sie hätten zu Max I. Zeiten jährlich 14—30.000 Gulden hergegeben; dann etwa 200.000 Gulden jährlich ohne persönlichen Zuzug und Rüstung. Schon 1563 beginnen sie übrigens die Summe aus den in den früheren Jahren bewilligten Geldern zu ziehen. 1593 heisst es, sie hätten in der Zeit von 1562 bis 1592 „9 Millionen“ gegeben. Nö. L.-A.

³⁾ Für die Stellung der niederösterreichischen Stände im 16. Jahrhunderte vergl. neben den einschlägigen allgemeinen Werken wie Buchholtz, Gindely (Rudolf II.) u. s. w. auch die Schrift von Haselbach „Ueber die Stände Niederösterreichs im 16. Jahrh.“ Blätter des Vereines für die Landeskunde von Niederösterreich. 1870. 68 ff.

schreiben, entgegneten ihm die Stände in entschiedenster Weise, wiesen auf die schweren Schläge hin, die das Land erlitten, und äusserten sich dahin, „sie wollten nicht länger den Stein des Sisyphus wälzen; alle Geldbewilligungen ihrerseits seien nutzlos, wenn nicht durch Anwesenheit des Kaisers im Lande, durch die Einberufung eines allgemeinen Reichstages und ordentliche Abhaltung des Landtages in Ungarn und in den übrigen österreichischen Ländern, durch die Zusammenkunft der erbländischen Ausschüsse zu gegenseitiger Unterstützung, durch Beiträge der auswärtigen Mächte, durch die Abstellung des Wuchers und der schlechten Münze, dem Lande auf eine nachdrückliche Weise für immer abgeholfen werde 1)“. Die geringe Neigung der Krone den berechtigten Wünschen der Stände Rechnung zu tragen, steigerte im Vereine mit den Aufständen der Bauern und mit dem Einfall der Haiducken diese regierungsfeindliche Bewegung und führte jene grossen Kämpfe gegen Ende des ersten Jahrzehntes des 17. Jahrh. herbei, die den Höhepunkt der ständischen Macht bezeichnen. Vergebens versuchte Matthias als Kaiser gut zu machen, was er durch Blossstellung der Herrschergewalt in der Zeit der Regentschaft verschuldet. Bei seinem Tode hatten die Stände eine so bedeutende Macht in Händen, dass sie den Verfügungen der Habsburger trotzend die Leitung der staatlichen Geschäfte an sich reissen konnten.

Ferdinand II. fand, als er den Bestimmungen der habsburgischen Fürsten entsprechend die Zügel der Regierung ergriff, das Land in vollstem Aufstande, zu bewaffnetem Widerstande bereit. Das Manifest, mit dem die österreichischen Stände den auswärtigen Mächten von ihrer That und von den Gründen derselben Mittheilung machten, wird man stets als eine der schärfsten Schriften gegen den fürstlichen Absolutismus bezeichnen müssen 2). Und um so grösser waren die Aussichten der österreichischen Stände auf eine erfolgreiche Thätigkeit im Sinne einer Vernichtung der absoluten Fürstengewalt, als in den beiden anderen grossen Ländercomplexen, in den Gebieten der böhmischen Krone und in Ungarn, die aufständische Bewegung wo möglich noch höhere Wellen schlug, als in den Erbländern. Wie es trotz-

1) Haselbach l. c. 80.

2) „Der gesammten Stände offenes Manifest an alle europäischen Mächte über Kaiser Ferd. II. widerrechtlichen und gewalththätigen Regierungsantritt und verübte grausame Verheerung der Erbländer 1619“. Historische Actenstücke über das Ständewesen in Oesterreich. I. 91 ff. Die niederöstr. Stände speciell gaben im selben Jahre eine besondere Schrift „Der Stände des Herzogthums Oesterreich unter der Enns, historische und diplomatische Ausführung über sämmtliche ihnen zustehende Rechte und Freiheiten“. Hist. Act. I. 17 ff., heraus.

dem Ferdinand II. gelang, der Bewegung Herr zu werden, in Böhmen und in Niederösterreich dem Absolutismus zum Siege zu verhelfen, kann hier nicht geschildert werden. Gewiss ist aber, dass die Stände Niederösterreichs seitdem niemals wieder in so entschiedener Weise sich gegen ihren Herrscher und gegen dessen Regierung aufgelehnt haben. Die gänzliche Beseitigung der protestantischen Elemente, welche die Hauptförderer der ständischen Bewegung gewesen waren, und die Noth des grossen Krieges erleichterten Ferdinand II. Bemühungen, die Gewalt des Monarchen zu steigern. Die gemeinsame Gefahr trug andererseits dazu bei, Herrscher und Volk zu innigerem Anschlusse zu veranlassen. Ferdinand II. und sein Sohn Ferdinand III. versprachen Berücksichtigung der ständischen Beschwerden und Regelung der Beziehungen zwischen Herrscher und Unterthanen, die Stände ihrerseits beruhigten sich mit diesen Vertröstungen und hofften auf den Frieden. Derselbe liess lange genug auf sich warten und als er endlich geschlossen war, zeigte es sich, dass durch die Bestimmungen desselben der landesfürstlichen Gewalt nur allzu grosser Vorschub geleistet worden war. Wenn es trotz alledem in Oesterreich im Laufe der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zu keinem vollkommenen Siege des Absolutismus kam, obgleich der Herrscher von den verschiedensten Seiten her zur Vernichtung der ständischen Gerechtsame aufgefordert wurde ¹⁾, während die Vorgänge in anderen Ländern diesen Bestrebungen nur förderlich sein konnten, so lag der entscheidende Grund dafür darin, dass Kaiser Leopold I., der zur Führung der Kriege gegen Franzosen und Türken bedeutende Geldmittel benöthigte, immer wieder auf die Unterstützung der Stände angewiesen war, diese aber nach wie vor auf die Berücksichtigung ihrer Forderungen drangen und die Wahrung ihrer Rechte und Freiheiten ununterbrochen im Auge hatten. Dazu kam, dass Kaiser Leopold, dessen zaghafte, entschiedenen Massregeln abgeneigte Natur zur Durchführung derartiger Aufgaben nicht geeignet war, sich in schwere Conflicte mit den Ungarn verwickelt sah und eine geraume Zeit hindurch mit der Idee der Errichtung einer absolutistischen Herrschaft in Ungarn beschäftigt, die Stände der Erbländer zu

¹⁾ Vergl. darüber die allerdings nicht erschöpfenden Mittheilungen bei Biedermann, Gesch. der österr. Gesamtstaatsidee I. 49 und 147, insbesondere die bezeichnende Stelle aus Jörgers: »Unterschiedlichen Motiven«, »dass die Länder nicht denen Ländern, sondern E. K. M. zugehörig und allein deroselben zu verwalten von Gott anvertrauet seynd. . . . Mit einem Wort Reges, Domini rerum temporumque trahunt consiliis cuncta, non sequuntur.« Ein sehr scharfer Gegner der ständischen Gerechtsame war auch der Freiherr von Abele. Ich komme in anderem Zusammenhange auf diese Dinge zurück.

schonen und in guter Stimmung zu erhalten wünschte. Sein Versuch, in Ungarn zu ähnlichen Resultaten zu gelangen, wie sein Grossvater in Böhmen, misslang; nach mehrjährigen Bemühungen gab der Kaiser die Hoffnung auf die Ungarn zu beugen. Die Macht des Adels erwies sich hier als eine zu grosse. Aber auch in den Erbländern und speciell in Niederösterreich, wo das dynastische Gefühl, die stete Anwesenheit des Monarchen und die damit in Verbindung stehende Einwirkung auf den Adel das Vorgehen des Herrschers wesentlich unterstützten, wird man von bedeutenden Erfolgen der Krone nicht gut sprechen können.

I. Organisation der niederösterreichischen Stände in der leopoldinischen Zeit.

Die niederösterreichischen Stände setzten sich in der leopoldinischen Zeit aus den 3 oberen Ständen und aus dem 4. Stande zusammen ¹⁾. Zu den ersteren zählten die Prälaten, der Herren- und der Ritterstand ²⁾, den letzteren bildeten die Stadt Wien und die 18 mitleidenden Städte und Märkte ³⁾. Eine wesentliche Einwirkung auf den Gang der Verhandlungen übte der 4. Stand nicht. Er hatte die Erbhuldigung mitzuleisten und war bei der Verlesung der Landtagspostulate anwesend, über die er vor der Entscheidung der Stände sein Votum abgab ⁴⁾. Alle Beamtungen unterstanden ausschliesslich den 3 oberen Ständen, und da die ganze Verwaltung in den Händen der Stände lag, verfügten diese über ein ausserordentlich zahlreiches Beamtenheer, das theils direct, theils indirect von ihnen abhieng und von ihnen Instructionen empfing. Die wichtigsten dieser Beamtungen, die mit dem Anwachsen

¹⁾ Für alle diese Dinge verweise ich auf Joh. Ludw. Ehrenreich Grafen v. Barth-Barthenheims Werk „Das Ganze der österr. politischen Administration. I. Bd. 163 ff.

²⁾ Die Zahl der Prälaten betrug nach dem Corpus oeconomicum Austriaco-caesareum Tom I. (R. F. A. Misc. cam. Nr. 145 I. D.) im Jahre 1674 25, die der Herren und Ritter ungefähr 330; am Ende des Jahrh. ebend. 414 ff: 27 des Prälaten- und 250 des Herren- und Ritterstandes.

³⁾ Die 18 mitleidenden Städte und Märkte waren: die Städte Ybbs, Tulln, Bruck a. d. L., Hainburg, Klosterneuburg, Baden, Zwettl, Krems, Stein, Waidhofen, Eggenburg, Retz, Laa, Korneuburg, dann die Märkte Mödling, Perchtoldsdorf, Gumpoldskirchen und Langenlois.

⁴⁾ Im Namen der Stadt Wien erschien gewöhnlich der Stadtschreiber und ein Deputirter des inneren Rathes; im Namen der 18 mitleidenden Städte und Märkte deren bestellter Einnehmer.

der Geschäfte an Bedeutung gewannen, waren: Der Ausschuss, bestehend aus 12 zu gleichen Theilen aus den 3 oberen Ständen gewählten und besoldeten Männern, denen der Landmarschall präsidierte, während der Syndicus das Protocoll führte und deren wesentlichste Aufgabe darin bestand, alles das vorzubereiten, worüber die Stände nicht leicht zu einer Entscheidung gelangen konnten, oder über jene Punkte, bezüglich derer die Stände eine Auskunft wünschten, die nöthigen Aufklärungen zu geben.

Dem Ausschusse hatten auch die Verordneten jährlich ihren Rechenschaftsbericht zu überreichen, in dem sie sich über die Lage des Landes, über die Beschaffenheit aller Güter, sowie über alle die 3 oberen Stände betreffenden wichtigen Ereignisse verbreiteten. Auf Grundlage dieses Berichtes verfasste dann der Ausschuss sein Gutachten an die Stände.

Im Hinblick auf den grossen Wirkungskreis und auf die Selbstständigkeit innerhalb desselben wird man die Beamtung der Verordneten die wichtigste aller ständischen nennen müssen ¹⁾. In der Zeit Kaiser Leopold I. bestand dieselbe aus 6 bezahlten ²⁾ Mitgliedern — je 2 aus jedem der 3 oberen Stände — die fast den ganzen Verkehr mit der Krone und mit deren Behörden besorgten und als ausübende Organe der Stände entscheidend in den Gang der Verhandlungen

¹⁾ Ueber die Entstehung und Entwicklung des Collegiums der Verordneten enthält ein im Ständearchiv befindliches Manuscript (N. 66) einen ausführlichen Bericht, aus dem ich folgendes mittheile: Die Verordneten haben von Altersher keine eigentliche Instruction, sondern nur eine Vollmacht gehabt, dasjenige, was von einem Landtag zum anderen beschlossen worden, zu vollziehen; so dass sie auch ihr Amt nur von einem zum anderen Landtage hatten, wie dies 1537 beschlossen wurde; doch konnten sie unter besonderen Umständen auch wiedergewählt werden. Seit 1612 wurden die Verordneten auf 4 Jahre, seit 1682 auf 6 Jahre gewählt. Da die Bedeutung des Verordneten-Collegs immer wuchs, im Verlaufe des 30jährigen Krieges aber auf die Instructionen seitens der Verordneten wenig Rücksicht genommen wurde, beschlossen die Stände wenige Jahre nach Abschluss des westphälischen Friedens eine Reform des Beamtenthums, die nach dem Gutachten der zu diesem Behufe eingesetzten Commission vollzogen wurde. 21. Aug. 1655, Nö.L.-A. Die Stellung der Verordneten speciell wurde sowohl bezüglich ihrer Qualification zur Wahl als auch bezüglich ihrer Verpflichtungen als Gewählte genau durch die Verfügungen vom 9. Dec. 1656 geordnet. Vergl. Barth. I. c. 214 ff. Die Stände sahen sehr darauf, dass dieser Verfügung Genüge geschehe und eine ganze Reihe von Verordnungen zeigt, dass sie sich sehr ernstlich um die Verordneten kümmerten. Beispiels halber sei auf die Verfügung vom 29. Juli 1675 hingewiesen, dass kein Verordneter länger als 3 Tage vom Amte entfernt bleiben solle ohne früher gemachte Anzeige.

²⁾ Das Gehalt betrug 3000 Gulden jährlich. Besoldungslisten vom Jahre 1656. Nö. L.-A.

eingriffen. Der Herrenstand führte in dem Collegium den Vorsitz, die beiden abwechselnd präsidierten Mitglieder dieses Standes hatten die Angelegenheiten vorzubringen, der referirende Secretär, der in dem betreffenden Gebiete die nöthigen Fachkenntnisse besass, gab sein Gutachten ab, worauf zur Abstimmung geschritten wurde, bei welcher die einfache Stimmenmehrheit entschied. Gleichfalls in directer Abhängigkeit von den Ständen stand die Raitkammer ¹⁾, der die Prüfung aller Rechnungen, sowohl jener der Obereinnehmer, als der 4 Viertelcommissäre, der Buchhalterei, Grenzünterzollmeister u. s. w. oblag. Unter den übrigen zahlreichen Aemtern sei in diesem Zusammenhange noch auf das Rentmeisteramt, welches die in der Execution haftenden Ausstände einzubringen hatte und auf den

¹⁾ Im Nö. L.-A. findet sich über die Entstehung derselben folgende Mittheilung: 1530 und vorher sind die Einnehmer-Amtsrechnungen von den Verordneten aufgenommen worden; 1534 sind wohl Ausschüsse bestellt und zur Aufnahme der Rechnungen den 3 Herrn Einnehmern adjungirt worden; folgens als die Verordnetennamen abgethan und 3 aus den Ständen erwählt, welche man Einnehmer hiess, hatten die Stände 2 aus jedem Stand solchen Einnehmern adjungirt, so neben ihnen die völlige Einnehmerrechnung aufnehmen müssen; welche vorbenannte Herrn Einnehmer auf eine gewisse Zeit hieher nach Wien beschieden; und dies war 1537—1551. Als die Einnehmer wieder die Verordnetennamen bekamen, anno 1551, haben die 6 Herren Ausschüsse der Herren Verordneten Rechnung aufzunehmen und Raitbriefe zu ertheilen von den Ständen Gewalt empfangen; 1558 haben die löblichen Stände den Herren Verordneten selbst einen Einnehmer aufzunehmen erlaubt und zu Examinirung der Einnehmerrechnungen aus jedem Stand 4 ernannt, 1576 und dann wiederholt aus jedem Stande 3 erwählt, auch ihre Vollmacht dahin erstreckt, dass sie bei eines oder anderen Herrn Raitherrn Abwesenheit nichtsdestoweniger in Sachen fortfahren, oder andere taugliche dazu nehmen, die Rechnungen examiniren und schliesslich auch darüber ordentliche Rechnungsbriefe ohne Hinterbringung auf die löblichen Stände ausfertigen mögen. Von 1612—1628 sind aus jedem Stande 2, von 1628 bis 1640 nur 1, von da an wieder 2 gewählt worden. In diesem Zusammenhange möchte ich mir darauf hinzuweisen erlauben, dass man irrt, wenn man glaubt, dass die Rechnungsablegung in der leopoldinischen Zeit principiell nicht durchgeführt war. Die im R. F.-A. befindlichen Acten zeigen vielmehr, wie strenge man seitens der Hofkammer auf die Rechnungsablegung sah und dass man genau darüber Protokoll führte, wie weit jede einzelne Behörde im Rückstande war. Am 26. März 1659 schreibt Leopold, „er habe während seiner Regierung zu mehrmalen misfällig glaubwürdig vernommen, wie dass in vorigen Zeiten nicht allein zuwider der ergangenen unterschiedlichen kaiserlichen Resolutionen und Ordnungen unserer Beamten ihre Rechnung lange Zeit über Jahr und Tag, sogar bis 2—10 Jahre zurück und in Unrichtigkeit stehen geblieben“. R. F.-A. Der Kaiser ist entschlossen, das nicht zu dulden, er fordert von nun an Rechnungsablegung längstens 6 Monate nach Jahresschluss. Dass trotz alledem die Rechnungsablegung nicht immer erfolgte, und oft, wenn sie auch gegeben wurde, nicht richtig

Wirtschaftsausschuss hingewiesen ¹⁾, der in der Zeit Kaiser Leopold I. wiederholt entscheidend in die politischen Verhältnisse eingriff.

An der Spitze des Ständeinstitutes steht der vom Herrscher erwählte Landmarschall, der im Landtage und bei allgemeinen Versammlungen der 3 oberen Stände, sowie in den Versammlungen des ständischen Verordnetencollegiums und der Ausschüsse und in den besonderen Versammlungen des Herrenstandes den Vorsitz führt. Der aus der Reihe der Reichsstandsmitglieder gewählte und höchsten Ortes bestätigte Landuntermarschall führt in den Ritterstandsversammlungen den Vorsitz ²⁾.

war, wird nicht geleugnet werden können; doch wird ein grosser Theil der Schuld dem Centralorgane zuzuschreiben sein, das aus besonderen Motiven bei der Beurtheilung der verschiedenen Rechnungen einen verschiedenen Masstab angelegt hat. Vergl. dafür die Mittheilungen bei Kaltenbaek I. c. 5 ff.

¹⁾ In dem Gutachten der Wirtschaftcommission vom 2. März 1651 (Nö. L. - A.) wird über die Entstehung dieser Commission, die in der leopoldinischen Zeit eine grosse Rolle spielte, folgendes mitgetheilt. Anno 1631 haben die löblichen 3 oberen Stände die Wirtschaftcommission zum ersten Male angeordnet und hiezu aus jedem Stande 3 Landesmitglieder denominirt und um gnädigste Autorisirung und Assistenz gebeten, worauf der Kaiser begehrt, dass ihm über die bereits bestimmten noch einige Subjecta aus allen 3 Ständen vorgeschlagen werden sollten. Dies geschieht und darauf erfolgt die Autorisirung der Commission, die anno 1632 eine Interimsrelation verfasst. Dann treten aber Widerwärtigkeiten ein, so dass die Commission mehrere Jahre aussetzt. 1637 wurde vom Kaiser die Förderung und Vollendung dieser Commission anbefohlen, worauf sie reassumirt und von den Commissären eine neuerliche Interimsrelation abgegeben wurde. „Da aber die Stände aus dieser Interimsrelation ersahen, dass die Herrn Wirtschaftscommissäre noch in Erkundigung und Beratschlagung der vorigen bis dahin geführten Wirtschaft begriffen und wegen etlicher vorgefallenen Verhinderungen bis zu völliger Remedirung derselben nicht wohl fortfahren mögen, unterdessen aber die löblichen Stände das Zukünftige mit dem Vergangenen nicht confundiren wollen, sondern für eine unumgängliche Nothdurft befunden, unterschiedliche Vorsehungen und dispositiones de futuro unverlegt vorzunehmen, haben sie am 10. Dez. 1638 beschlossen, dass 6 Wochen vor dem künftigen Landtag von 3 Landesmitgliedern aus den 3 Ständen, 3 Wirtschaftscommissären, 3 Herrn Verordneten und den 3 Raitherrn unter der Direction des Landmarschalles eine Generalberathschlagung gepflogen werden sollte; was gestalt einer löblichen Landschaft grosser Schuldenlast abgelegt, der geschwundene Credit wieder herbeigebracht und hinfüro eine bessere Wirtschaft angestellt werden möchte“, welcher Beschluss auch den Wirtschaftscommissären intimirt worden ist, die nicht wussten, ob damit ihre frühere Function aufgehoben sei. Der Landmarschall, an den sie sich wendeten, erklärte, keinesweges. Beide Commissionen geriethen aber im Laufe der Begebenheiten in's Stocken. 1642 wurde neuerdings der Beschluss gefasst, die Wirtschaftscommissäre einzuberufen, es kam aber nicht dazu.

²⁾ Barth I. c. 212 ff.

II. Der Landtag. Einberufung. Gang der Verhandlungen. Der Landtagschluss.

In directe Beziehung traten die niederösterreichischen Stände zu Kaiser Leopold I. durch den Landtag. Hier wurde denn auch vornehmlich der Kampf um die ständische Macht geführt¹⁾. Es wurde schon im Laufe der Darstellung darauf hingewiesen, dass eine gesetzliche Bestimmung über die Nothwendigkeit der Landtagsberufung nicht bestand, dass aber mit den wachsenden Bedürfnissen der Fürsten die Berufung der Stände eine immer häufigere wurde. Auch darüber, wie oft in einem Jahre die Stände einberufen werden konnten, gab es wohl keine bestimmte Vorschrift. Hatte nun im Laufe des 16. und in der ersten Hälfte des 17. Jahrh. eine jährliche regelmässige Einberufung nicht stattgefunden, hatte es in diesen Zeiten Perioden gegeben, innerhalb welcher die Stände gar nicht, andere innerhalb welcher die Stände 3 bis 4 mal jährlich einberufen worden waren, so bildete sich im Laufe der Zeit die Norm heraus, den Landtag jährlich und nur einmal einzuberufen, vornehmlich deshalb, weil eine mehrjährige Bewilligung bis in's letzte Jahrzehnt des 17. Jahrh. von den Ständen nicht geleistet wurde und die Regierung, auch nachdem solche von den Ständen zugestanden worden waren, sich immer wieder zu neuen Forderungen genöthigt sah, während eine wiederholte Einberufung des Landtages im Hinblick auf die lange Dauer desselben und auf die Stellung der Verordneten sich als zwecklos erwies. Die Einberufung des Landtages vollzog sich in der Zeit Leopolds in der althergebrachten, ceremoniellen Weise²⁾. Sie erfolgte meist zu Beginn des Jahres, selten später, dagegen wiederholt noch vor Jahresbeginn³⁾, sei es, dass die Noth der Zeit zu möglichst baldigem Abschlusse der Verhandlungen drängte, sei es, dass der Monarch persönlich den Landtag eröffnen und doch

¹⁾ Ich kann die Behauptung Biedermanns „die Abhaltung der Landtage war in den meisten Provinzen Oesterreichs damals schon nur mehr Formsache“, keineswegs billigen. Was er aus Beckmann „Idea Juris statuarii“ 271* für einen Fall der steiermärkischen Landtagsberathung mittheilt, beweist nichts. Wer die Verhandlungen der niederöstr. Landtage in der 2. Hälfte des 17. Jahrh. liest, wird die Ueberzeugung gewinnen, dass die Abhaltung derselben etwas mehr als blosse Formsache war.

²⁾ Ueber die Form der Einberufung vergl. Barth v. Barthenheim l. c. I 171 ff. der einen Auszug aus dem Generale vom 30. October 1676 gibt. Ein ausführlicher Bericht über die Form, in der die Eröffnung des Landtages in der leopoldinischen Zeit erfolgte, findet sich im Archive des A. d. M. d. I. unter dem 2. Dec. 1680.

³⁾ So 1663 für 1664 und 1679 für 1680.

seine Abreise von Wien nicht bis in den Beginn des neuen Jahres verschieben wollte.

Die Verhandlungen zwischen der Krone und den Ständen waren in der Regel äusserst schwierige. So geschah es, dass der Schluss des Landtages, den sowohl der Hof als auch die Stände zu beschleunigen suchten, sich oft bis über das Jahresende hinauszog, ja dass in wiederholten Fällen die Landtagspostulate für ein Jahr bereits gestellt waren und über dieselben berathen wurde, während eine Einigung über die Forderungen des Vorjahres noch nicht erfolgt war ¹⁾. In der Regel wurde der Landtag durch den Herrscher selbst eröffnet. Leopold I. liebte es in diesem Punkte dem seinen Vorgängern gegenüber wiederholt ausgesprochenen Wunsche der Stände zu willfahren. In seiner Abwesenheit oder im Falle seiner Verhinderung hatten die „hinterlassenen Räthe“ die Verhandlungen mit den Ständen zu leiten ²⁾, welch letzteren Leopold, ganz dem Brauche früherer Zeiten entsprechend, in der bestimmtesten Weise empfiehlt „seinen Räthen so zu begegnen, als ob er selbst zugegen wäre“. Dass er sich bewogen fühlte bei jeder Gelegenheit diesem Wunsche Ausdruck zu verleihen, zeigt, wie wenig er den Ständen traute; wie denn auch in der That die Stände sich öfter über das Vorgehen der „hinterlassenen Räthe“ in der heftigsten Weise beklagten und in der schroffsten Form Uebergriffe derselben zurückwiesen.

Da Leopold den Landtag nur berief, um die zur Führung der Staatsgeschäfte, des Krieges und zur Deckung des Hofhaltes nothwendigen Gelder zu erhalten, ist es selbstverständlich, dass er sich zuerst darüber zu orientiren suchte, was gebraucht werden würde. Die Hofkammer galt als das für diese Frage in erster Linie massgebende Organ, und sie war es denn auch, an die sich Leopold durch die Hofkanzlei mit dem Ersuchen wendete, mitzutheilen, was von den Ständen zu fordern sei. Die Hofkammer erliess dann an das Generalkriegskommissariat und an ihre sämtlichen untergeordneten Behörden den Befehl über die nothwendigen Bedürfnisse zu berichten und verfasste dann ihrerseits ein Gutachten, das der Hofkanzlei übersendet wurde, und

¹⁾ So 1684; wo noch über die Bewilligungen vom Jahre 1683 und schon über jene des Jahres 1684 berathen wurde.

²⁾ So 1658, 1664, 1679 und dann noch oft; 1670 im Jan. war Leopold krank; in diesem Falle wurde den Ständen mitgetheilt, „dass Ihre Maj. zu dem am 13. d. M. ausgeschriebenen Landtage wegen dero Unpässlichkeit in eigener Person nicht erscheinen, noch dero Proposition mündlich eröffnen und zustellen könne, daher sie dieselbe den Ständen in 4 schriftlichen Exemplaren wollen zufertigen“. Nö. L. A.

gemeinlich die Grundlage der Landtagsproposition bildete ¹⁾. War einmal von dem Centralorgane das Gutachten erflossen, dann wurde seitens der Krone die Landtagsproposition an die Stände erlassen. Dieselbe enthielt regelmässig eine kurze Uebersicht über die wichtigsten Ereignisse des Jahres, vornehmlich über die Erfolge oder Misserfolge im Kriege und suchte durch Hervorhebung der Verdienste des Monarchen die Stände für die Billigung der nun folgenden Forderungen günstig zu stimmen. Eine Berathung über die Postulate fand vorerst nicht statt; die 4 Stände bekamen Abschriften der kaiserlichen Postulate und beriethen gesondert über die Vorlage der Regierung. Der Beschluss wurde innerhalb der einzelnen Stände mit Stimmenmehrheit gefasst. Darauf erfolgte eine Zusammenkunft der 3 oberen Stände, und nach stattgehabter Berathung mit den Vertretern des 4. Standes, welche das von diesem verfasste Gutachten den 3 oberen Ständen mittheilten, wurde die Antwort auf die kaiserliche Proposition erstattet. Abgeschlossen war damit die Verhandlung keineswegs, da die Stände während des ganzen Verlaufes der leopoldinischen Regierung nicht ein einziges Mal alle Forderungen der Regierung guthiessen; ihrer Entgegnung folgte die Duplik des Kaisers; dieser die Replik der Stände und so gieng dies weiter, bis endlich — oft erst nach 5—6 maliger Erklärung von beiden Seiten ²⁾ — eine Einigung erzielt wurde und der Landtagsschluss erfolgte. Konnten sich die Stände zu einer raschen Erwiderung auf des Kaisers Proposition nicht entschliessen, oder drängte der Monarch auf ein solche ³⁾, dann gaben die Stände eine Interimserklärung ab ⁴⁾. In besonders wichtigen Fällen, zumal dann, wenn die Stände eine ungünstige Auslegung ihrer Erklärungen fürchteten, wurde ihre Erwiderung nicht auf schriftlichem Wege, sondern durch eine eigens dazu bestimmte Commission der Verordneten dem Monarchen überreicht ⁵⁾.

¹⁾ Ueber diesen Verlauf geben verschiedene Aktenstücke des R. F. A. erschöpfenden Aufschluss. Vergl. insb. den Bericht an die deputirten Räthe vom 2. Febr. 1664. Vergl. auch Mensi l. c. 13. Seit dem Jahre 1697 war die „Deputation“ aus den Vorständen beider Hofkanzleien, des Hofkriegsrathes, der Hofkammer und des Generalkriegs-Commissariates zusammengesetzt, welchen es oblag die Landtagspostulate festzusetzen. Mensi l. c. 80.

²⁾ In den meisten Fällen kam es zur Triplik und Quadruplik; oft aber viel weiter. Z. B. 1661 zu 6 maliger Rede und Gegenrede.

³⁾ 21. März 1657 Nö. L. A.; eine Beschwerde der Stände in diesem Sinne 1659. 22. Aug.

⁴⁾ Z. B. 24. Jan. 1670; 7. Febr. 1680; 11. Jan. 1694; Nö. L. A.

⁵⁾ So wird z. B. 1662 21. März im Landhause zu Wien von den löblichen

III. Forderungen der Regierung und Bewilligungen der Stände.

Die entscheidende Angelegenheit der Landtagsverhandlungen war die Geldfrage. Auf allen Gebieten des Lebens war eine wesentliche Erhöhung der Bedürfnisse eingetreten und dies sowie die ununterbrochenen Kriege, die Leopold im Westen und Osten Europas zu führen hatte, nöthigten die Regierung an die niederösterreichischen Stände mit immer weitergehenden Forderungen heranzutreten, zumal die Regalien schon zu Beginn der Regierung Leopold I. ein sehr geringes Reinerträgniss abwarfen ¹⁾ und alle Bemühungen des Kaisers durch finanzielle Operationen bedeutende Einnahmen zu erzielen, sich als vergebliche erwiesen ²⁾. Den immer erhöhten Ansprüchen ³⁾ der Regierung gegen-

3 Ständen den Verordneten angezeigt, man finde es nothwendig die heurige Landtagserklärung durch einen Ausschuss dem Kaiser zu übergeben und dabei des Landes Ruin und Unvermögenheit zu repräsentiren und habe die Verordneten dazu ausersehen. 1668 15. Juni ersuchen die 3 oberen Stände die Verordneten, durch 3 aus ihrem Mittel dem Kaiser unmittelbar die Landtagsbewilligung zu überreichen und zugleich des Landes Nothdurft vorzutragen. Ein besonders bezeichnender Fall trat im Jahre 1679 ein, als Leopold in Prag weilte. Die eigenthümlichen Verhältnisse dieses Jahres, die zu Conflicten zwischen den Ständen und den hinterlassenen Räthen Anlass gaben — über die noch in anderem Zusammenhange zu berichten sein wird — liessen es den Ständen räthlich erscheinen einen der Ihren mit der Aufgabe zu betrauen, ihren Bericht dem Kaiser zu übergeben und während dessen Aufenthalt in Prag daselbst die Interessen der Stände zu wahren. Die Berichte dieses ständischen Gesandten Johann Adolf von der Ketten sind uns erhalten. Nö. L. A.

¹⁾ Ich verweise für diese Dinge auf Mensi l. c. 10 ff.; Wolf „Die Hofkammer unter Leopold I. S. W. A. d. W. 454 ff. Die Bedeutung der finanziellen Verhältnisse für den Gang der inneren wie der auswärtigen Politik Oesterreichs ist nicht genügend gewürdigt worden; erst eine genaue Kenntniss der besonderen Schwierigkeiten, welche sich der Erhöhung der Staatseinnahmen in Oesterreich in den Weg stellten, ermöglicht ein richtiges Urtheil über die Politik Leopold I. Eine ausführliche Erörterung über die Finanzen Oesterreichs hoffe ich auf Grundlage eines zum grossen Theile bereits gesammelten Materiales in anderem Zusammenhange geben zu können.

²⁾ Die leopoldinische Periode ist überaus reich an mehr oder minder glücklichen Finanzverbesserungsplänen; viele derartige Pläne, bald allgemeiner gehalten, bald bis in's Detail ausgearbeitet, wurden der Krone vorgelegt und befinden sich noch heute im Archive des R. F. M. Ueber einen dieser Vorschläge hat Ottenthal in dieser Zeitschrift XI. 86 ff. berichtet. Vergl. auch Kaltenbaek „Zur Finanzgesch. Oesterr. unter Kaiser Leopold I. Austria Kalender 1851.

³⁾ Es ist für die Auffassung der Dinge sehr bezeichnend, dass es in der vielverbreiteten Schrift „Geheimbe Instruction vor einen kais. Minister, bevorab

über haben die Stände das Princip zur Anwendung gebracht, das im Frankreich jener Tage seitens der Gemeinden gegen die Steuerexecutoren angewendet wurde; man gab sich für ärmer aus als man war. Liest man die Erklärungen, welche die niederösterreichischen Stände bezüglich ihrer Finanzen abgaben, so empfängt man den Eindruck, als hätten die Adeligen nicht weniger Hunger gelitten, als ihre Unterthanen, als hätten auch sie in Folge der unerschwinglichen Steuern sich nicht die gewöhnlichsten Vergnügungen des Lebens gönnen dürfen. Sowohl die Propositionen der Regierung als auch die Erwiderungen der Stände erhalten durch dieses unablässige Hervorheben der grenzenlosen Noth etwas monotones. Auch scheint es, dass die Verfertiger der Landtagserklärungen sich sehr oft mit der Wiederholung der in früheren Jahren geltend gemachten Gründe für die Verminderung der kaiserlichen Forderungen zufrieden gaben und von verheerenden Feuersbrünsten, Ueberschwemmungen u. d. m. auch dann berichteten, wenn solche nicht stattgefunden hatten. Hören wir den Herrenstand zu Beginn der leopoldinischen Regierung. „Als der löbliche Herrenstand des Erzherzogthums Oesterreich unter der Enns die heurige eröffnete kaiserliche Landtagsproposition in Berathschlagung gezogen, ist derselbe solchergestalten bestürzt und perplex worden, dass er fast nicht gewusst, wessen er sich über einen und anderen Punkt erklären sollte. Dann wann er den jetzigen Nothstand, in welchen das Vaterland theils durch die so lang gedauerte leidige Kriegsqualen, Continuation des höchst verderblichen Quartier- und Verpflegungslastes, der sowohl im Königreich Ungarn als im Lande liegenden Kriegsvölkern, beforderist auch durch die immerwehrende überschwere Landtagsbegehren und nach sich ziehende grosse Gaben und Anlagen, wie nicht weniger durch unzählige anderwertige Drangsalen gesetzt, gegen Sr. K. M. gestellte allergnädigste abermalen über eine Million sich beaufende Begehren haltet, die Kräfte sowohl des Herren als der Bürgerschaft, Unterthanen und Inwohner bei ihm examinirt, so befindet er dieselbe wahrhaft also beschaffen, dass einmal die pur lautere Unmöglichkeit zu sein erscheint, gedachte kaiserliche Begehren zu erschwingen; inmassen dann auch wohlermelter löbl. Herrenstand nicht siehet, wie dem armen Mann über den bereit auf dem Hals habenden Quartier- und Verpflegungslast ein mehreres in Gewissen könne aufgebürdet

einen kais. neu angehenden Hofkammerrath* heisst „weil die Länder gemeinlich weniger verwilligen als man begehrt, so wird jeder Zeit das Begehren was höher ausgeworfen, zum Exempel, wann ich von einem Land verlange 100.000 Gulden, so wird zum wenigsten begehrt 150.000 Gulden R. F. A. l. c. 18.

werden und da es auch etwa . . . beschehen sollte, wie dasselbe von denen nunmehr auf den Grund erschöpften Unterthanen eingebracht und damit Ir. K. M. ihr, der getreu gehorsambisten Stände, unterthänigsten Versprechen nach würde können zugehalten werden. Sintemalen denen löbl. Ständen ohne weiteres Erindern selbstn mehr als zu viel wissend ist, in was für Extremitäten dieses Land nunmehr leider gerathen; indeme weder ordinari noch extraordinari Mittel mehr entspriessen wollen, alle Baarschaften verschwunden, die Güter mit grossen Schulden beladen, die Unterthanen fast um die Hälfte abgenommen, die Städt und Märkt in Verödung gesetzt und alles durch die Quartier dergestalten inervirt und ausgesogen wird, dass nicht möglich damit ferner zu continuiren, viel weniger aber mit einiger weiteren Dargab, so lang dieses Verpflegungswerk verbleibt, zu concurriren; in noch mehrer Erwägung, dass das Getreid, Wein und Vieh, welche die einige Einkunften dieses Landes und des Unterthans Lebensmittel sein, nicht allein in keiner Anwährung, sondern der meiste Theil entweder zu des Soldaten Unterhalt gebraucht, oder aber zu Bestreitung der Landsanlagen um einen Spott verkauft oder auch denen Herrschaften in solutum überlassen werden müssen; also dass mancher hievor wohlhåbiger und vermögiger Mann anjetzo ganz und gar blos stehet und nicht weiss, wie er sich und die seinigen mehr vor dem Hunger erretten soll; inmassen dann eben aus dieser Ursach von Jahr zu Jahren, ja gleichsam von Tag zu Tag je länger je mehr Oeden herfürkommen und sogar die schärfste militärische Executiones weiter nichts fruchten wollen, welches alles allein daher entspringen thuet, dass die gehorsambisten Stände mehr verwilligen, als sie hernach in ihren Kräften zu bestreiten wissen.“ Wie der Herrenstand, klagen auch die übrigen Stände und daran hat sich im Verlaufe der fast 50jährigen Regierung Leopold I. nichts geändert. Die Klagen der Stände dauern fort und nehmen an Schärfe noch zu, als die Krone ihre wiederholten Versprechungen nach dem Abschlusse eines Friedens eine Erleichterung eintreten zu lassen, nicht einzuhalten vermochte.¹⁾ Insbesondere zu Beginn des 18. Jahrhunderts, als die Aussicht auf eine länger währende Ruhe nach dem Abschlusse des Karlowitzer Friedens durch die Verwickelungen im Westen Europas schwand, erhoben die Stände laute Klagen über die an ihre Leistungsfähigkeit gestellten Anforderungen und suchten den Nachweis zu erbringen,

¹⁾ Ein solches Versprechen hat die Krone nach jedem Friedensschlusse gegeben. Ueberaus interessant ist es, wie dabei die Nothwendigkeit weiterer Forderungen begründet und erhärtet wird; so in der Landtagsproposition vom 20. Jan. 1665.

dass der Zustand des Landes ein unerträglicher sei. Von dem Schwedenkrieg her sind — heisst es — tausende Häuser verwüstet und liegen öde; im Jahre 1683 hat das Land als eine Vormauer den grossen Schwall der ottomanischen Macht ausgestanden und durch seinen Untergang andere Erbkönigreiche und Länder errettet, aber noch bis jetzt hat sich ungeachtet der Aufwendung alles Fleisses und aller Kosten der Verlust so viel 100.000 Menschen nicht ersetzen und umsoweniger etliche 1000 in der Asche liegende Häuser wieder aufrichten lassen, von welchen man unmöglich einige Landes-Anlagen einheben kann ¹⁾). Müssen wir nun diese Klagen der Stände als übertriebene, zum Zwecke der Ermässigung der kaiserlichen Forderungen zum Ausdruck gebrachte bezeichnen, so werden wir andererseits nicht umhin können zuzugestehen, dass die Lasten, die sie zu tragen hatten, ausserordentlich bedeutende und die Klagen, die sie erhoben, berechtigte waren. Man braucht nur die verschiedenen Berichte der Verordneten und der Aus-

¹⁾ Erklärung der Stände vom 16. April 1700. Nö. L. A. „Statt dieser, heisst es in diesem Schriftstücke weiter, hat der aufrechte Theil die ganze Last zu tragen gehabt. Der Kaiser hat den unaufrechten Stand des Landes in Betracht gezogen und durch den Recess vom Jahre 1689 auf 12 Jahre die Bewilligungssumme für ein gewisses Maass gestellt, jedoch haben die Stände diese Gnade nie genossen und obwohl sie den Recess theuer erkaufte, haben sie doch über die durch den Recess für 12 Jahre bestimmten 2,635,000 Gulden fast noch soviel beigetragen und sich dadurch, weil andere Mittel unmöglich ausreichten, sehr verschuldet, wodurch die Interessenzahlung und die allmähliche Rückerstattung der aufgenommenen Kapitalien zur Erhaltung des Credites jährlich grosse Auslagen verursacht haben. Die in Kriegszeiten wegen der äussersten Gefahr das gewöhnliche weit übersteigenden Leistungen sind nicht auf Friedenszeiten auszudehnen, sondern das über den Recess Geleistete sollte den Ständen nun zu Gute kommen, wie es der Kaiser auch bei allen Landtagsverhandlungen versichert hat. Sie hoffen daher jetzt auf Erleichterung, zumal in Niederösterreich der Fleischaufschlag und zwar etliche Jahr mit 2 Pfennig, 2 ganze Jahre aber mit 1 Kreuzer zu unbeschreiblicher Beschwerde sowohl der Landesmitglieder als auch der Unterthanen eingeführt worden, da doch in Böhmen und anderen Ländern mit solchem bisher kein Anfang gemacht worden. Sie wollen nichts davon sagen, dass die Exequirer und Ueberraiter unter dem Vorwand dieses Aufschlags auf dem Lande nach Willkühr herumvagiren, ohne Vorwissen der Obrigkeiten in die Häuser einfallen, die Unterthanen mit Strafen belegen, ungestraft aus den Häusern wegnehmen und solche unbeschreibliche Excesse verüben, dass die Unterthanen je länger desto mehr von Haus und Hof laufen müssen. Sie wollen nichts davon sagen, dass der doppelte Lederaufschlag, Holzaufschlag, die Steigerung des Salzes und Eisens, dann die Mauten von allen Getränken und Esswaaren die armen Unterthanen entkräften, dass unmöglich die Landesanlagen von denselben erhoben werden können und also die Landesmitglieder zur Vermeidung der Landschaftsexekution die Anlagen statt der Unterthanen tragen müssen“

schüsse über die Einnahmen und Ausgaben der Stände zu lesen, um den Beweis dafür erbracht zu sehen, wie schwer es den Ständen wurde, die dem Herrscher bewilligten Summen aufzutreiben, zumal die Schuldenlast, welche die niederösterreichischen Stände im Laufe des 30jährigen Krieges aufgehäuft hatten, eine sehr grosse war, die Besoldung der Beamten, die Schuldentilgung und Verzinsung, das Armenwesen und die frommen Stiftungen grosse Summen kosteten und die von den Ständen ausgeschriebenen Steuern niemals vollauf eingingen ¹⁾. Noch vor dem Regierungsantritte Leopold I. hatten denn auch die Stände sich ernstlich mit der Frage beschäftigt, wie dem Finanzwesen aufzuhelfen sei. In einem umfassenden Gutachten vom 15. Sept. 1655 wurden als die Gründe der finanziellen Verwickelungen angeführt, „dass man die ausgeliehenen Gelder nicht einbrachte, die obligaten Ausstände in Unrichtigkeit kommen lassen, grossen Herren unterschiedlich grosse Nachlässe und Compensationen bewilligt, grosse Verwilligungen gethan, dieselben anticipirt und nicht abgestattet, sondern in die Anschläge gegriffen und erkaufte Interesse bezahlt; ferner die Nichtzutragung des 4. Standes und Vicedomantes, der Priesterschaften auf dem Lande Ausstände, die Gülten, so in Ungarn gezogen“.

Auch über die Mittel diesen Uebeln abzuhelpen berieth man und beschloss neben gründlicher Reformirung der Beamtungen u. a. „die Verwilligungen ohne Anticipation zu bestreiten oder doch selbiges Jahr wieder abzustatten; die Anschläge erklecklich zu machen, die Mittel, welche die Stände haben, für das, wozu es deputirt, zu lassen; gute Wirth und wohlbegüterte Verordnete dem verglichenen Modo gemäss zu erwählen; weil die Stände Interessen geben müssen, Niemand einiges Interesse nachzusehen, keine Gefälle mehr zu versetzen, sondern selbige zu lösen, unnöthige Besoldungen aufzuheben, die Landesanlagen, welche bei den Weltlichen nicht über 2 Jahre, bei den Pfarrern und Priestern aber ein Jahr ausstehend verbleiben sollen, strenge einzufordern; die jährliche Abrechnung mit dem Kaiserhof, Vicedomamt und vierten Stande vorzunehmen, die Richtigkeit des Gült-

¹⁾ Schon zu Beginn der leopoldinischen Regierung — 12. Aug. 1658 — ergieng seitens der Stände an die Verordneten der Auftrag ein Gutachten über Nachlässe alter Steuerrückstände zu verfassen; auch der Wirtschaftsausschuss beschäftigte sich mit dieser Frage, bezüglich der die Entscheidung vom 31. Jan. 1659 dahin lautete die Steuerrückstände bis 1600 ganz fallen zu lassen, die der Jahre 1600—1617 zur Hälfte nachzusehen, die andere Hälfte mit Landschaftsobligationen compensiren zu lassen die von 1616—1623 ganz nachzusehen, die von 1624—1640 mit Landschaftsobligationen tilgen, die von 1641—1647 baar zahlen, aber die Interessen in Obligationen zahlen, die von 1648—1659 baar zahlen zu lassen. Nö. L.-A.

buches zu befördern ¹⁾ u. a. m. Wie man sieht, ausserordentlich weit-aussehende Pläne, von denen freilich nur der geringste Theil zur Durchführung gelangte. Die Schwierigkeit, die dem Herrscher bewilligten Gelder einzuheben, das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen herzustellen, wuchs vielmehr im Verlaufe der leopoldinischen Regierung und nöthigte immer wieder zur Ersinnung neuer finanzieller Pläne und neuer Mittel, um die erschöpften Bewohner zur Leistung der ihnen aufgebürdeten Lasten zu vermögen ²⁾. Man wird es unter diesen Umständen begreiflich finden, dass die Stände die weitgehendste Zurückhaltung gegenüber den immer grösser werdenden Forderungen der

¹⁾ In diesem Gutachten wird auch darüber berichtet, wie die Schulden zu zahlen und was vom Hofe zu fordern sei. Das wichtigste sei, dem Hofe zu zeigen, dass die Schulden von den allzugrossen Bewilligungen herrühren, eine Commission zur Prüfung der Schulden einzusetzen, das Moratorium auf 5 Jahre, Förderung des Commerzwesens u. a. m. zu fordern. Dann wurden die Gläubiger in 3 Klassen getheilt und bestimmt, welche Massregeln man denselben gegenüber ergreifen müsse.

²⁾ Einige Beispiele mögen genügen. Am 2. Nov. 1680 berichten die Verordneten an die Stände; Die 3 oberen Stände hätten der Krone 498.216 Gulden bewilligt und für ihre Ausgaben 232.242 Gulden, zusammen also 730.458 Gulden festgesetzt. Von dieser Summe seien nur 409.409 Gulden eingenommen worden, so dass sich ein Ausstand von 321.049 Gulden ergebe. Als Mittel, diese Summe einzuheben, wurde im Hinblick auf die armen Unterthanen, eine Erhöhung der Steuer auf jedes aufrechte Haus vorgeschlagen und von den Ständen gutgeheissen. 1682, 24. Sept. 1694, 18. Sept. findet sich ähnliches. Ein für die Schwierigkeit der Steuereinhebung sehr bezeichnender Fall ist jener des Jahres 1684. Die Stände beauftragten 1683 den Ausschuss und die Verordneten auf Mittel zu sinnen, wie man die bewilligten Summen hereinbringen könne. Das Gutachten wurde erstattet; die Durchführung der geplanten Massregeln zeigte sich aber als unmöglich. In einem zweiten Gutachten vom 22. Feb. 1684 heisst es nun: Die durch den Ständeschluss vom 7. Dec. 1683 angeordnete Ausschreibung hat nicht den entsprechenden Erfolg gehabt, da die Landesmitglieder und andere Parteien nicht unbillig in Zweifel sind, was bei dieser unbeschreiblichen Landesverwüstung, da fast alle Häuser vom Feinde und Freunde gelitten, die meisten aber abgebrannt und stiftlos sind, für ein aufrechtes Haus zu halten. Um nun hierin den betreffenden Parteien eine Erleichterung zu gewähren, schlagen sie vor, 3 Klassen festzustellen. Zur ersten wären diejenigen zu zählen, deren Häuser sammt allen Fahrnissen, Wägen, Pflügen u. s. w. abgebrannt sind, deren Wein in den Kellern verwüstet, deren Stiftsleute niedergemacht, oder in die Gefangenschaft geführt worden und seither gestorben sind, und deren verwüstete Felder und Weingärten bisher unangebaut sind. In die zweite Klasse wären als nicht aufrechte Häuser zu setzen, die Häuser, deren Stiftsleute noch am Leben sind, die aber, da ihre Häuser abgebrannt, keine Unterkunft und keine Lebensmittel haben. In die dritte Klasse wären die gänzlich ausgeplünderten Häuser zu setzen, so dass kein Zug- oder anderes Vieh vorhanden. Alle übrigen Häuser, wenn sie auch schwere Einquartierungen und Durchmärsche und andere Kriegsbedrängnisse erlitten haben, sollen als aufrechte Häuser betrachtet und jedes Kloster, Herrschaft, Gut, Schloss,

Regierung zeigten, aber auch eine richtige Vorstellung von den Schwierigkeiten erhalten, mit denen der Herrscher jahraus, jahrein zu kämpfen hatte, um die zur Erhaltung des Hofes und zur Führung des Krieges unentbehrlichen Geldmittel zu erlangen. In dem Wunsche diese Schwierigkeiten zu überwinden und möglichst grosse Zugestände zu erlangen hat der Kaiser kein Mittel unversucht gelassen. Bitten ¹⁾ und Drohungen, Anerkennung und Tadel wechseln hier unablässig ²⁾. Es muthet uns eigenthümlich an, wenn wir den Herrscher im Jahre 1697 den Ständen mittheilen hören „es sind die gesammten treuehorsaamsten Stände in allen Vorfällen, Noth, grosser Gefahr und besorgenden Unglücksfällen fast jeder Zeit die erste, welche nach äusserstem Vermögen das Ihrige daran stecken, damit geholfen und Ir. Maj., die alles und jedes gnädigst und dankbarst erkennen, genügend bewilligt wird“, während wenige Jahre vorher und wenige Jahre nachher den niederösterreichischen Ständen die böhmischen als Muster hingestellt werden, weil dieselben, obgleich weniger bedroht, sich eifriger erwiesen hätten ³⁾. Die Darstellung der Noth und der Hinweis auf die besondere Rücksicht, die der Kaiser auf die niederösterreichischen Stände nehme, sind die beiden vornehmsten Gründe gewesen, durch die Leopold seine weitgehenden Forderungen zu rechtfertigen suchte.

„Selbst Altäre und Kirchen sind bis auf die heiligen Geschirre, Kelche, Remonstranzen von ihren Kostbarkeiten entblöst“, heisst es 1705 ⁴⁾ und immer wieder wird den Ständen Niederösterreichs vorgehalten, wie viel der Herrscher gerade für sie gethan, und mit der

Hof, Mühle oder Pfarrei nach den in ihren Anlagen dargestellten noch übrigen oder völlig aufrechten Häusern die Landesanlagen zu zahlen verpflichtet sein. . . Aehnliche Fälle auch 1694.

¹⁾ Ein interessanter Fall findet sich 1693, in welchem Jahre die Stände den Verordneten mittheilten, es hätte der Landmarschall den Ständen sub rosa beigebracht, es würde dem Kaiser sehr gefallen, falls die Stände zur Restaurirung Schönbrunn's etwas beitragen wollten. Die Stände bewilligen 10.000 Gulden.

²⁾ Ein Mittel, durch das der Herrscher auf die Entscheidung der Stände einzuwirken suchte, war die Beeinflussung jener Mitglieder der Stände, die Beamtungen inne hatten. Vergl. z. B. die Aufforderung vom 19. Jan. 1657 an diejenigen Hofkammerräthe, die Ständemitglieder seien, dahin zu wirken, dass die Forderungen der Krone seitens der Stände bewilligt würden. Hofdekret vom 19. Jan. 1657. A. d. M. d. I.

³⁾ Sehr bezeichnend ist in dieser Hinsicht die Erklärung des Herrschers vom 12. Januar 1699, Nö. L.-A., in der es zur Rechtfertigung der neuen Forderungen u. a. heisst. „Es kann aber dem Vaterlande das Vergangene und Zukünftige versüssen, dass der Kaiser mit Gottes Hilfe seine Territorien vom Oberrhein bis an die Wallachei erweitert und Niederösterreich in der Mitte als ein Centrum der Sicherheit constituirt hat“.

⁴⁾ Landtagspostulat vom 19. Jan. 1705. Nö. L.-A.

Ausserachtlassung ihrer Interessen gedroht ¹⁾, falls sie die als unumgänglich nothwendig bezeichneten Summen nicht gewähren sollten ²⁾. Die Forderungen, welche der Kaiser an die Stände stellte, schieden sich in gewöhnliche und aussergewöhnliche. Zu den ersteren zählten die Beiträge zum Hofhalte, zur Recrutirung und Erhaltung der im Lande einquartirten Truppen, zu Festungswerken u. a. m.; zu den ausserordentlichen Beiträgen jene zur Führung des Krieges gegen die Türken, zur Unterhaltung ausserordentlicher Gesandtschaften, Geschenke bei Verheirathung kaiserlicher Prinzessinen u. a. m ³⁾.

Nach einer vorliegenden Berechnung haben die Stände in den Jahren 1657—1690 an ordentlichen und ausserordentlichen Auflagen über 48,000.000 Gulden beigetragen ⁴⁾, also durchschnittlich 1,500.000 Gulden jährlich und in den letzten 15 Jahren der leopoldinischen Regierung wuchsen die Kriegs- und Hofbedürfnisse und mit diesen die Abgaben der Stände. Dass auf dem gewöhnlichen Wege solche Summen seitens der Stände nicht aufgebracht werden konnten, leuchtete auch der Krone

¹⁾ 15. Februar 1698 Nö. L.-A. Auch hat der Kaiser wiederholt den Ständen im Interesse des Staatswohles Einstellung der unnöthigen Privatausgaben empfohlen. 16. Jan. 1668; 20. Mai 1673; 7. April 1692. Die Stände rechtfertigen sich und suchen den Nachweis zu führen, dass nur die ihre Kräfte übersteigenden Bewilligungen an die Krone und die Schwierigkeit der Einhebung dieser Summen Ursache ihrer finanziellen Noth seien. 27. Febr. 1674. Der Kaiser nahm diese Rechtfertigungsschrift, Dekret vom 19. Juni Nö. L.-A., in Gnaden auf.

²⁾ Doch wollte die Regierung die Stände nicht zum äussersten treiben. Recht bezeichnend ist in dieser Hinsicht der Bericht der hinterlassenen Räthe an den in Regensburg weilenden Herrscher vom 1. Febr. 1664. Die Hofkammer, heisst es in demselben, hat nach den Acten über die Darlehen von 1643 und 1655 berichtet. 1662 ist es nicht mehr möglich gewesen, die Darlehen aufzubringen und auch jetzt glauben die Räthe nicht an die Durchführbarkeit. 1643 war das Land volkreich und bei gutem Vermögen, der Krieg von demselben weit entfernt und doch ist es damals sehr schwer möglich gewesen, die Darlehen aufzunehmen. Man hat nur in exigendo 2 Jahre gebraucht, man hat damals 6% gezahlt; jetzt kann man es nicht versprechen und noch weniger leisten. Die Praelaten sind jetzt so in Anspruch genommen, dass man ihnen nicht mehr zumuthen kann. Man hat auch gesehen, wie es mit der freiwilligen Türkensteuer vor sich gegangen, dass man täglich 30—40 Leute vorgeladen und nur 3-4 gekommen sind und selbst diese sich nur selten und dann zu wenigem erboten hätten. Da nun aus Liebe und Güte nichts zu hoffen, ist es fraglich, ob man mit Gewalt vorgehen soll, zumal jetzt, da zu besorgen, dass die Stände communem causam daraus machen und dann wäre nichts zu hoffen.

³⁾ Vergl. dafür auch Mensi. l. c. 13 ff.

⁴⁾ Verzeichnis der in den Jahren 1657—1690 bewilligten gewöhnlichen und aussergewöhnlichen Gelder. Nö. L.-A. Darin ist selbstverständlich alles inbegriffen; doppelte Gült, Militärverpflegung u. s. w. Die gewöhnlichen Bewilligungen betrugen in der Regierungszeit Leopold I. — die Gült ausgenommen — gegen 22 Millionen Gulden. Codex Prov. im Nö. L.-A.

ein. Es war daher eine der wichtigsten Aufgaben der gemeinsamen Berathungen zwischen dem Herscher und den Ständen diesen die Mittel zur Befriedigung der Forderungen der Krone an die Hand zu geben. In der That finden wir denn auch eine ganze Reihe von Massregeln, die eine Stärkung der finanziellen Kräfte der Stände zum Ziele hatten. Zu diesen im eigenen Interesse den Ständen seitens der Regierung gemachten Zugeständnissen zählt in erster Linie die Executionsordnung vom 31. December 1671 ¹⁾, die das Recht der Stände die ausgeschriebenen Steuern, wenn nöthig auf dem Wege der Execution, einzuhoben, in entschiedenster Form festsetzte. Jeder Versuch des Kaisers, Ausnahmen für einzelne Persönlichkeiten zu schaffen, wurde in bestimmtester Weise zurückgewiesen und heftige Klagen der Stände ertönten, so oft ein Eingriff in dies ihr Recht erfolgte ²⁾. Ein anderes ebenso wichtiges Zugeständnis an die Stände bildete das ihnen ertheilte Moratorium; d. h. der Generalexecutionsstillstand auf Rückzahlung aller bei der Landschaft angelegten Capitalien. Zum ersten Male im Jahre 1582 ertheilt ³⁾, erfloss dasselbe in der leopoldinischen Zeit immer wieder bald auf ein, bald auf mehrere Jahre. Von den Ständen mit der Motivirung verlangt, dass ihre Schuldenlast lediglich von den Landtagsbewilligungen herrühre, die wegen der Armuth des Landes nicht eingebracht werden konnten ⁴⁾, wurde das Moratorium eines der wirksamsten Mittel zur Förderung der dem Kaiser zu gewährenden Bewilligungen ⁵⁾.

¹⁾ Die Executionsordnung vom 31. Dec. 1671 ist gedruckt im Codex Austr. 309 ff. Die erste Executionsordnung war für Niederösterreich im Juni 1562 erflossen. Biedermann l. c. 403; doch durfte mit Strenge nur gegen jene vorgegangen werden, welche die Steuern, die sie von den Unterthanen eingehoben, den Ständen vorenthielten. Max II. gab am 15. Mai 1572 eine neue Ordnung, die 1600 modificirt, 1616 erneuert, 1629, 1655 mit Zusätzen versehen wurde.

²⁾ Beispielsweise mag die Beschwerde der Stände vom 28. Oct. 1667 erwähnt werden. Die Stände beschwerten sich, dass entgegen der Executionsordnung — es ist die alte Ferdinand III. von 1655 gemeint — dem Johann Friedrich Linden-spur wider die Gräfin Mannsfeld wegen des Posthofes zu Baden und kurz vorher dem Johann Schlezi wegen eines Weinzehents zu Hohenwart von Hof aus nicht allein gegen die Landschaftsexecution Stillstand ertheilt, sondern sogar den Verordneten aufgetragen worden sei, die Frau Gräfin und die anderen interessirten Parteien zur gerichtlichen Instanz zu weisen. Der Kaiser antwortet unter dem 27. Dec. 1667: er wolle die Stände in der Ausübung ihrer Execution gewiss nicht stören, doch solle es in dem erwähnten Falle bei dem von ihm Beschlossenen bleiben. Nö. L.-A. Aehnliche Fälle wiederholen sich oft. Acten darüber im R. F.-A.

³⁾ Nö. L.-A.

⁴⁾ Z. B. in der Erklärung der Stände vom 22. Jan. 1661. Nö. L.-A.

⁵⁾ Im Jahre 1660 wurde angeordnet, dass von den 1623—1660 angelegten Capitalien die mittlerweile hinzugeschlagenen Zinsen wieder abgezogen und ein

Mit diesen allgemeinen Massregeln war den Ständen aber nicht gedient. Die gewöhnlichen Auflagen reichten, auch wenn sie mit aller Strenge eingehoben werden durften und eine Verwendung derselben zur Tilgung der Schulden nicht stattfand, keineswegs hin, die Auslagen der Stände für ihre und für die Bedürfnisse der Regierung zu decken. Es musste daher nach neuen Mitteln zur Stärkung der finanziellen Kräfte der Stände geforscht werden, ein Bestreben, in dem die Regierung, freilich nicht ohne ihre besonderen Interessen im Auge zu behalten, mit den Ständen Hand in Hand gieng. Sie billigte die Vorschläge der Stände, wenn dieselben nicht allzusehr den Gesetzen der Rücksichtnahme auf die Unterthanen Hohn sprachen ¹⁾; sie trat auch

eigenes Schuldenentlastungsbuch angelegt werden solle. Da jedoch unter den Gläubigern der Stände sich auch sehr bedürftige befanden, wurde seitens der Stände im Jahre 1659 nach langen Berathungen der Beschluss gefasst, jene Gelder, die wohlthätigen Zwecken gewidmet waren, nicht dem Moratorium zu unterwerfen, sondern jährlich ein bestimmtes Geldquantum — 25—30.000 Gulden — zur Bezahlung der Interesten dieser Capitalien zu verwenden. Diese Post wurde der *Mons pius* genannt. Man forderte Stifter, Klöster, Beneficiaten u. a. m. auf, bis zu einem bestimmten Termine sich mit ihren Attesten im Landhause einzufinden und theilte nach genauer Prüfung seitens der Ausschüsse die Besitzer besagter Capitalien in 3 Klassen. 1. Klöster, Bruderschaften, Spitäler und andere Armenhäuser; 2. Stipendisten; 3. Witwen und Waisen und sonstige nothleidende Personen. Als jedoch Missbräuche entstanden, indem reiche Leute sich um ein Geringes in den Besitz dieser Capitalien zu setzen wussten und die aus dem *Mons pius* erhaltenen Interessen auf liederliche Weise durchbrachten, ward eine Untersuchung vorgenommen. 1674 betrug die ständische Schuldenlast nach geschehenen Compensationen und Reductionen 2,139.213 Fl. 6 Sh., welche Summe man nach und nach zu tilgen beschloss. 1678 ward wegen besserer Einrichtung des *Mons pius* eine genaue und detaillirtere Untersuchung vorgenommen, wobei beschlossen wurde, „1. auf alle jene Parteien Bedacht zu nehmen und ihnen die Anweisung auf die Interessen zu ertheilen, welche sich vorher in ordentliche Tractation eingelassen und entweder von dem Capital selbst einen Nachlass zugestanden oder ihre 6 und 7% auf 5 reduciren liessen; 2. die Interessen der unaufkündlichen Capitalien von 6 auf 5% herabzusetzen und selbe nur den dürftigen Studenten zu reichen; 3. die von Seite der Stifter unaufkündlichen aber von Seiten der Stände aufkündlichen Capitalien mit 5% zu verinteressiren; 4. diejenigen Capitalien und davon abfallenden Interessen, die zwar Stiftungen gewidmet, in der Obligation aber nicht ausgesprochen seien, zu 5% zu verzinsen; 5. die nothleidenden Landesmitglieder und auch andere creditores, die inter miserabiles personas gezählt werden und anererbte dem Moratorio unterworfenen Capitalien besitzen, endlich 6. auch diejenigen nothleidenden Personen zu berücksichtigen, welche keine ererbten, sondern nur cedirte Landschaftscapitalien vorzuweisen haben“. Mit dem Ständeschluss vom 26. Januar 1724 wurde dann der *Mons pius* aufgehoben. Nö.L.-A.

¹⁾ Ein Beispiel dieses Entgegenkommens der Krone anzuführen sei gestattet. In dem *Virtualienaufschlagspatent* vom 9. Juli 1661 heisst es: Die Zeitlage erfordert grosse Rüstungen, daher wesentliche Unterstützung der Regierung durch

wiederholt selbst mit derartigen Plänen an die Stände¹⁾ heran. Aus dieser gemeinsamen Thätigkeit sind die zahlreichen neuen Auflagen der leopoldinischen Zeit hervorgegangen, Auflagen, welche oft zu einer fast unerträglichen Erhöhung der Lebensmittel führten und Anlass zu den heftigsten Klagen der bedrückten Unterthanen gaben²⁾. So bereitwillig aber auch die Regierung den Ständen in der Ermittlung neuer Einnahmequellen entgegenkam, so entschieden suchte sie denselben gegenüber ihr besonderes Interesse zu wahren. Und dies nicht allein darin, dass sie zu weit gehende Bedrückungen der Unterthanen zu verhindern trachtete, nicht allein darin, dass sie den 4. Stand in seinen Bemühungen unterstützte einen Theil der ihm gebührenden Lasten auf die 3 oberen Stände zu überwälzen, sondern auch darin, dass der Kaiser wiederholt seine Einwilligung zu einer neuen von den Ständen geforderten Auflage von einer Betheiligung der Regierung an dem aus derselben zu erhoffenden Ertrage abhängig machte. So wurde von den Einkünften einer ausserordentlichen Mehl-, Fleisch- und Getreideaccise der dritte Theil³⁾, von einer anderen die Ueberlassung des Gesamttertrages für die ersten drei Jahre gefordert⁴⁾. Es kam aber auch vor, dass der Kaiser seine Einwilligung zu einer von den Ständen vorgeschlagenen Steuer nicht gab⁵⁾, viel häufiger

die Stände; diese haben auch beträchtliche Summen bewilligt, zugleich aber erklärt, mit den gewöhnlichen Aufschlägen nicht auszukommen, daher gesteht ihnen der Kaiser und zwar ausschliesslich zur Erfüllung der niederösterreichischen Ständebewilligung, folgende Extraordinarmittel zu. Zum Schlusse heisst es: gegen jeden, der das Geforderte nicht leistet, können die Stände mit militärischer Execution vorgehen. A. d. M. d. I. IV H. 3. Vergl. Hauer, Beiträge zur Gesch. der österr. Finanzen 19.

¹⁾ Sehr bezeichnend für das Vorgehen der Regierung bei solchen Gelegenheiten ist die Art, wie man bezüglich des Verkaufes des Tazes an die Stände heranzutreten beschloss. In ihrem Gutachten an den Kaiser vom 12. Mai 1657 erwähnt die Hofkammer, der Kaiser habe den Plan des Verkaufes des Tazes gutgeheissen und dabei für gut befunden, solches vorher durch gewisse Landesmitglieder und Confidenten aus den 3 oberen Ständen verhandeln zu lassen; die Hofkammer bittet um Ermächtigung von der Hofkanzlei mit den Confidenten zu sprechen und fragt an, ob es nicht zweckmässig wäre den Landmarschall vorzuladen und mit ihm zu verhandeln. Man könnte neben anderen Motiven, welche die Stände bewegen sollten, dem Kaiser diese Bitte nicht abzuschlagen, auch anführen, dass dies das erste Begehren sei, dass von dem Kaiser an die Stände gestellt werde. R. F. A.

²⁾ Die Auflagen erstreckten sich auf alle wichtigen, zum Leben unentbehrlichen Dinge. Vergl. Mensi l. c. 11.

³⁾ Decret des Hofes, 28. Febr. 1674. R. F. A.

⁴⁾ Decret des Hofes, 7. Febr. 1678. R. F. A.

⁵⁾ Z. B. 1661. 28. Febr. Nö. L.-A.

aber noch, dass die Stände gegen eine ihnen nutzlose oder gar sie schädigende Auflage der Regierung protestirten ¹⁾).

Allein auch durch die Bewilligung neuer Auflagen gelang es der Regierung nicht die Stände zur Leistung alles dessen zu vermögen, was im Interesse der Erhaltung des Staates den Leitern desselben unerlässlich schien. Ausserordentliche Forderungen führten daher zu ausserordentlichen Vereinbarungen. Zu diesen gehören in erster Linie jene Verträge, welche die Ueberlassung einer bis dahin der Regierung gebührenden Einnahmsquelle an die Stände zum Ziele hatten. Wie die Regierung Domänen verkaufte und verpfändete, wie sie Einkünfte aus Aemtern für die Zukunft vergab, so übertrug sie auch an die Stände Erträgnisse gewisser Auflagen, gegen eine grössere, sogleich zu erlegende Summe, auf längere Zeit oder auf immer. Zu den wichtigsten dieser auf diesem Wege in der Zeit Leopold I. an die Stände übergegangenen Umlagen und Steuern wird man den Taz ²⁾ und die Drittelsteuer ³⁾ rechnen müssen.

¹⁾ Z. B. 1682 4. Sept. Nö. L.-A. erklären die Stände, der früher nie in Uebung gewesene Getreideaufschlag müsse aufhören, „denn dieser hindert die Aufbringung der gewöhnlichen Aufschläge, indem von dem zu verkaufenden Getreide auf den Kästen der Klöster und Herrschaften und den Böden der Bürger und Unterthanen und zwar vom schweren 1 Kreuzer und vom geringen 2 Pfen. bezahlt werden müssen, welcher Aufschlag übrigens bei weitem nicht das einträgt, was dem Kaiser etwa vorgetragen worden ist, aber dem Landmanne, Bürger und Unterthan den Verschleiss und den Werth mindert, wodurch er doch die Landesanlagen bestreiten soll, weil der Käufer, auf den es bei diesem Getreideaufschlage abgesehen war, um so geringeren Preis einkauft“. 1683 31. März wiederholten sie diese Klagen. 1677 21. Mai Nö. L.-A. forderten die Stände, es möge kein neuer Aufschlag ohne vorherige Mittheilung an die Stände erfolgen.

²⁾ Die Verhandlungen über die Ueberlassung des Tazes oder des doppelten Zapfenmasses an die Stände liefen vom Beginne der leopoldinischen Regierung an. Auf eine Anfrage des Herrschers vom 4. Juli 1657 erwiderten die Verordneten mit einer Geschichte des 1566 zum ersten Mal von den Ständen dem Herrscher überlassenen Tazes u. z. von jedem Eimer 3 Achtering auf ein Jahr, jedoch mit der Bedingung, dass jeder Eimer, der vorher 35 Achteringe gehalten, in Zukunft auf 38 Achteringe erhöht und hiedurch das Zapfenmass verringert werden sollte. Später war der Taz wieder, „jedoch nur auf 2 Jahre und mit der Bemerkung, er müsse dann aufhören“, bewilligt worden. Der Schluss, zu dem die Verordneten kamen, lautete dahin, dass das Zapfenmass eine stets freie Bewilligung der Stände gewesen, wie auch aus den Schadloßbriefen zu ersehen sei; der Landesfürst habe daher nie ein Recht gehabt, dasselbe gegen Geld zu überlassen, noch weniger zu verkaufen. Die weiteren Acten im Nö. L.-A. Der Uebergabsbrief ist datirt 9. Aug. 1659. Vergl. für das Aufkommen und die Bedeutung des Tazes auch Engelmayer. Die Unterthanenverfassung des Erzherzogthums Oesterreich ob und unter der Enns III. 328.

³⁾ Drittelsteuer heisst die „Doppelte Gült“, seit 1583 auch als Landsteuer

Auf diesen und ähnlichen Wegen suchte die Krone die zur Führung der Staatsgeschäfte nothwendigen Gelder zu erlangen. Aber auch diese Summen reichten nicht hin, die Ausgaben zu decken, zumal wenn unvorhergesehene Zwischenfälle eintraten, der Feind unvermuthet vordrang und die drohende Gefahr schleunige Abhilfe forderte. In solchen Fällen hat der Kaiser auch zu aussergewöhnlichen Massregeln seine Zuflucht genommen. Eine Reihe von Umlagen, deren Berechtigung nur in der Noth der Zeiten gefunden werden konnte, sind auf diese Weise in der Zeit Leopold I. von der Regierung geplant und meistens auch durchgesetzt worden. Zu den drückendsten unter denselben zählt die Vermögenssteuer, eine Capitalsteuer, die, meist ohne Einwilligung der Stände ausgeschrieben, jeden der ein gewisses, jeweilig verschieden bestimmtes Vermögen hatte, zu einer einmaligen Abgabe, gewöhnlich des 100^{ten} von allem beweglichen und unbeweglichen Verwögen und des 10^{ten} von allem sonstigen Einkommen verpflichtete. Die Steuerpflichtigen hatten Fassionen vorzulegen; die Einhebung erfolgte durch eigene Commissäre. Die Vorthelle einer Vermögenssteuer für die Krone lagen nicht nur in der Höhe des Ertragnisses, sondern auch darin, dass auf diesem Wege rascher als auf dem gewöhnlichen das Geld in die Hände der Krone gelangte. Ganz ausdrücklich hat der Herrscher diesen Grund als den ausschlaggebenden in der Mittheilung an den Grafen Franz Maximilian von Mollart bezeichnet ¹⁾. Je wünschenswerther aber dem Herrscher diese Steuer schien, für desto hassenswerther hielten die Stände dieselbe; zumal sie in

bezeichnete Abgabe, weil sie in 3 Terminen eingehoben wurde. Mensi l. c. 21. Die erste Drittelsteuer wurde 1693 nach längeren Verhandlungen von den Ständen um 600.000 Gulden erkaufte und zwar mit dem Rechte der Weiterveräusserung. In den Jahren 1698 und 1700 wurden dann seitens der Regierung Versuche gemacht, das zweite Drittel dieser Steuer an die Stände zu verkaufen; diese weigerten sich: doch kam es im Jahre 1701 23. Dec. zu einer Ueberlassung des zweiten Drittels auf 20 Jahre gegen Erlag einer Summe von 400.000 Gulden; durch eine spätere Vereinbarung wurde den Ständen dieses zweite Drittel bis 1740 belassen. Das dritte Drittel wurde ihnen im Jahre 1742 um 600.000 Gulden für ewige Zeiten überlassen.

¹⁾ In dem Decret vom 17. Nov. 1682 Nö. L.-A. an den Kämmerer Franz Max Grafen von Mollart heisst es: Die Noth erfordere aussergewöhnliche Mittel, die Vermögenssteuer dürfte die gerechteste und schnellste sein, die Landtagsverhandlungen dauern zu lange. Es sollen also alle Landeseinwohner geistliche und weltliche, Hofdiener und Handelsleute, deren Gemahlinen und auch jene, die im Auslande wohnen, aber im Lande Güter, Capitalien oder andere Einkünfte und Besitzungen haben, nur die armen Bauern und Unterthanen und jene, deren Vermögen nicht 1000 Gulden erreicht ausgenommen, bei ihrem Gewissen und adeliger Treue ihr Vermögen selbst schätzen, dies schriftlich bekennen und vom

erster Linie durch dieselbe betroffen wurden. Zu wiederholten Malen haben sie gegen die Ausschreibung derselben Protest erhoben, sie als eine Beeinträchtigung des ihnen gewährleisteten Steuerbewilligungsrechtes bezeichnet. Geholfen hat ihnen dieser Protest wohl nicht, doch erklärte die Regierung ihre Bereitwilligkeit sich mit einem Pauschquantum zufrieden zu geben, und nannte, um nicht durch den Namen zu schrecken, diese Steuer eine Türkensteuer. In den letzten Regierungsjahren Leopold I. erschienen diese Vermögenssteuern regelmässig¹⁾. Gleichsam eine Ergänzung dieser Steuer bildete die ebenso verhasste Kopfsteuer, die sich nicht nur auf die Reichen, sondern auch auf die Armen und Aermsten bezog und von dem Grundbesitze absehend jedem eine nach Amt und Würde bestimmte Summe zur Zahlung auferlegte²⁾. Wie wenig aber alle diese zum Theil ungerechten und überaus harten Steuern hinreichten, den Staatscredit zu heben, geht am besten daraus hervor, dass die finanzielle Lage von Jahr zu Jahr sich verschlimmerte³⁾; dass die Regierung zu Beginn des 18. Jahrh. sich genöthigt sah, an die Stände mit der Bitte um Uebernahme bedeutender Staatsschulden heranzutreten⁴⁾ und sich im Jahre 1703 bemüßigt fand, den Banco di Giro zu gründen, um dem tiefgesunkenen Staatscredite aufzuhelfen und ein neues Organ zur Stärkung der kaiserlichen Finanzen zu gewinnen⁵⁾. Grossen Erfolg hatte die Regierung aber auch mit diesem

reinen Vermögen 1% und zwar zur Hälfte sogleich abführen, mit dem schriftlichen Bekenntnisse, die andere Hälfte innerhalb vier Wochen von der Bekanntmachung dieses Decretes an gerechnet, abliefern zu wollen.

¹⁾ Vergl. Mensi. l. c. 62 ff.

²⁾ Die erste Kopfsteuer in der Zeit Leopold I. wurde bereits am 8. Juli 1657 ausgeschrieben. Ueber das Erträgniss derselben ist mir nichts bekannt. Im Jahre 1691 betrug das Ergebnis der Kopfsteuer 281.000 Gulden. Das Patent für dieselbe im Cod. Aust. III. 367 ff. Als der Kaiser 1693 von Neuem eine solche ausschrieb, erklärten die Stände 11. Jan. 1694 lieber als die so drückende ungerechte Kopfsteuer 100.000 Gulden zahlen zu wollen; der Kaiser forderte aber 200.000 Gulden. Die Härte dieser Steuer ist am besten dadurch bezeichnet, dass Leopold selbst erklärte; *Extremis malis extrema remedia*.

³⁾ Ueber den missglückten Plan Leopold I. die Ungleichmässigkeit der Contributionen durch eine Universalaccise zu ersetzen; vergl. Elvert „Zur österr. Finanzgesch. 233 ff., 468 ff.

⁴⁾ Ich meine damit den Recess vom 7. Jan. 1701, bei dem es sich um Uebernahme von Staatsschulden durch die Stände handelte. Das nähere bei Mensi. l. c. 62 ff.

⁵⁾ Ueber dieses Institut vergl. Mensi l. c. 179 ff., Biedermann l. c. 350 ff. Die Stände sahen die Gründung nicht gerne, sie hielten dieselbe für eine gegen ihre Selbständigkeit und gegen ihr praktisches Interesse gerichtete Massregel.

Plane nicht. Beim Tode Leopold I. hatte sich das Institut bereits als reformbedürftig erwiesen; die Finanzen befanden sich in grösster Verwirrung ¹⁾. Dagegen gaben die immerwährenden Forderungen der Regierung den Ständen die Möglichkeit ihren Wünschen nach Gewährleistung der ihnen im Laufe der Jahrhunderte zugesprochenen Rechte und Privilegien Nachdruck zu verleihen, und die Aufrechterhaltung derselben in einer Periode zu ermöglichen, in der fast in ganz Europa die ständische Macht entscheidende Niederlagen erlitt.

IV. Bestrebungen der Stände ihre Selbständigkeit zu wahren.

Das Streben der Stände ihre Selbständigkeit zu wahren, tritt bei jeder Gelegenheit hervor. Es ist daher ganz unrichtig, wenn die Behauptung ausgesprochen wurde, „was noch an Vorrechten der Stände aus früheren Tagen vorhanden gewesen, sei in der leopoldinischen Zeit entweder von den Ständen aufgegeben worden, oder im Laufe der Zeit verschwunden oder in bewusster Weise beseitigt worden“ ²⁾. Mit peinlicher Genauigkeit haben die Stände vielmehr darauf geachtet, dass ihre Rechte und Freiheiten wenigstens principiell ihnen gewahrt blieben und immer wieder das Steuerbewilligungs- und das Beschwerderecht zur Geltung gebracht. Ergab sich eine Gelegenheit, diese Rechte zu vertheidigen, dann traten die Stände geschlossen und einmüthig in den Kampf und führten denselben mit grösster Schärfe und unermüdlicher Ausdauer. An einem überaus bezeichnenden Falle diesen Kampf zu verfolgen, sei hier gestattet. Um rechtzeitig die zur Führung der Geschäfte nothwendigen Gelder zu erhalten, hatte Leopold schon im December 1683 den Landtag für das Jahr 1684 einberufen lassen ³⁾. Er wies in der dem Landtage vorgelegten Proposition vom 27. December ⁴⁾ auf die von den Türken drohende Gefahr hin, und

¹⁾ In der Erklärung des Kaisers vom 22. April 1705, also wenige Tage vor dem Tode Leopold I., heisst es: „Wohin der Kaiser sieht, überall zeigen sich Abgänge“. Bekannt ist auch das Wort des Prinzen Eugen 3. Oct. 1703: „Wann die gantze Monarchie auf den äussersten Spitzen stehn und würllich zu Grunde gehen sollte, wann aber nur mit 50.000 Gulden oder noch weniger in der Eil man aufhelfen könnte, man müsste es geschehen lassen und wüsste nit zu steuern“. Arneth. A. Guido Starhemberg 297. Vergl. auch dessen Prinz Eugen I 188 ff.

²⁾ Biedermann, Gesch. der österr. Gesamtstaatsidee I 49.

³⁾ Decret vom 24. Dec. 1683. Nö. L.-A.

⁴⁾ Landtagsproposition vom 27. Dec. 1683. Nö. L.-A.

forderte von den Ständen ausser der doppelten Gült ¹⁾, 312.000 Gulden zur Verpflegung der Truppen und 75000 Gulden zu freier Verfügung. Die Stände sahen sich ausser Stande diese Summe zu versprechen. Die Noth des Landes, das ja gerade damals von den Türken so verwüstet worden war, machte die Einhebung der für das Jahr 1683 bewilligten Gelder fast unmöglich ²⁾; eine durch den ständischen Ausschuss angeordnete Ausschreibung hatte nicht den erwünschten Erfolg gehabt; die Landesmitglieder und andere Parteien hatten erklärt, nicht zu wissen, was in dieser Zeit, da fast alle Häuser vom Feinde gelitten hätten, die meisten aber völlig abgebrannt seien, für ein aufrechtes Haus, auf welche die Steuer ja ausgeschrieben war, anzusehen sei. Während nun die Verordneten bestrebt waren, den Ständen begreiflich zu machen, dass man doch versuchen müsse, wenigstens einen Theil der Häuser als besteuernsfähig anzusehen ³⁾, erliess ein neues Edict des Kaisers, in dem er im Hinblick auf das bedrohliche Vorgehen der Feinde eine Türkensteuer von 75.000 Gulden für Niederösterreich ausschrieb und um sofortige Erlegung dieser Summe ersuchte ⁴⁾. In ihrer Antwort auf diese Begehren der Krone erklärten die Stände ⁵⁾, indem sie auf den Nothstand hinwiesen, die endgiltige Entscheidung über die dem Herrscher zu bewilligenden Geldsummen bis nach vollzogener Ordnung ihrer Vermögensangelegenheiten verschieben zu müssen und bewilligten vorerst für die dringendsten Bedürfnisse 40.000 Gulden. Der Kaiser hielt sich damals in Linz auf. Die hinterlassenen Räte aber, die in seinem Namen die Verhandlungen mit den Ständen zu führen hatten, fassten deren Antwort so auf, als wollten diese überhaupt nur 40.000 Gulden zahlen und berichteten in diesem Sinne klagend

¹⁾ Unter Gült verstand man das Einkommen aus dem herrschaftlichen Grundbesitze, einschliesslich der Gebäude, sowie aus Zins, Zehent und Naturaldiensten der Unterthanen, Vogteirechten, und anderen herrschaftlichen Nutzungen; unter der taxirten Gült 1% des dieser Grundrente entsprechenden Kapitalwerthes der betreffenden Herrschaft, also ungefähr $\frac{1}{6}$ des Ertrages. Mensi l. c. 17. Steuerpflichtig waren in Niederösterreich mit geringen Ausnahmen sämtliche Gültenbesitzer, gleichviel ob sie dem ständischen Körper angehörten oder nicht. Schon im 16. Jahrh. wurde die doppelte Gült d. h. eine Steuer von 2 Gulden für jedes Pfund taxirter Gült feststehend. Den Herrschaften stand das Recht zu, die Unterthanen im Verhältnisse zu ihrem Grundbesitz und Viehstand, jedoch nicht mehr als die doppelte Gült desselben betrug, heranzuziehen. Mensi 18 f.

²⁾ Vergl. für diese Dinge auch Newald „Beiträge zur Gesch. der Belagerung Wiens durch die Türken 1683 I 19 ff.

³⁾ Erklärung der Verordneten an die Stände. 22. Febr. 1684. Nö. L.-A.

⁴⁾ Decret des Kaisers vom 29. Febr. 1684. Nö. L.-A.

⁵⁾ Erklärung der Stände vom 22. Mai 1684. Nö. L.-A.

über das Vorgehen der Stände an den Kaiser. Leopold hielt den Schritt der Stände für eine entschiedene Weigerung, ihren Verpflichtungen nachzukommen, und wendete sich mit einem Schreiben an dieselben ¹⁾, in welchem er bemerkte, „er hätte sich zu denenselben dergleichen nach jetzigem Stand des Lands ganz unproportionirter Bewilligung mit Nichten versehen, zumalen gleichwohlen das Land noch durch die Gnade Gottes über die Hälfte aufrecht steht, darnach Ihre Maj. die heurige Postulata moderirt und aus Landsväterlicher Liebe und Sorgfalt dero eigne noch wenige Cameralgefälle zu Besten des Vaterlands aufsetzen und dahero gnädigst verhofft hätten, sie, getreu gehorsamste Stände, würden diese väterliche Bezeigung Ir. M. danknehmig beherzigen, auch hierdurch zu gleichmässiger Nachfolg wie andere dero getreueste Erbkönigreich und Länder Anlass nehmen und als der Gefahr nächst gegessen, reiflich betrachten, dass auch andere Erbkönigreiche und Länder ein merkliches gelitten und sich gleichwohlen bei gegenwertig gefährlichsten Coniuncturen Ir. K. M. Landväterlichen postulatis zu dero gnädigsten Dank und Wohlgefallen bereit willfährig erklärt haben. Diesem nach lassen mehr allerhöchstged. I. K. M. die getreu gehorsamste Stände mehrmalen hiemit gnädigst erinnern, sie wollen der Sachen gefährliche Umständ neben ihrer eigner Conservation mehrers begreifen, in ihrer vorigen guten Willfährigkeit nach Beschaffenheit ietzigen Zustands noch ferner continuiren und sich mit einer besseren und mehrers proportionirten Erklärung in Unterthänigkeit finden lassen; wie dann I. K. M. aus Landsväterlicher Obliegenheit nicht zugeben könnten, dass bei jetzmaligen Nöten mit Abandonnirung des eignen Heils dem geliebten Vaterland die noch wohl vorhandenen Rettungsmittel entzogen würden.“ Zu gleicher Zeit erhielten die hinterlassenen Rätthe Befehl die Verhandlungen mit den Ständen zu einem erwünschten Ende zu bringen. Diese meinten nun durch Drohungen dem Wunsche des Herrschers Nachdruck geben zu müssen und richteten in diesem Sinne am 12. Juni an die Stände ein überaus schroffes Schreiben, in welchem sie nach einer Prüfung des Landeszustandes die Ansicht aussprachen, „es erfordere Ir. K. M. landesfürstliches höchstes Amt denen Sachen genauer nachzusuchen, wie Ihr der löbl. 4. Landstände obliegende Schuldigkeit bei diesen gegenwärtigen äusseristen gemeinen Anliegen eingeführt ... werden.“ Im Uebrigen wurden die Stände aufgefordert einen Ausschuss an die hinterlassenen Rätthe abzuordnen und demselben die entsprechenden Instructionen zur schuldigen Beihilfe zu ertheilen; „würden aber wider bessers Verhoffen sie löbl. 4. Landstände auf solcher ihrer unproportionirten Erklärung verharren, so hätten sie Herrn ge-

¹⁾ Decret Leopold I. an die Stände 5. Juni 1684. Nö. L.-A.

heim- und deputirte Herrn Rätthe über den Zustand der Contribuenten und der von ihnen löblichen 4 Landständen beschenehen Ausschreibung eigentliche Erkundigung einzuziehen und Ir. K. M. mit einem wohlfundirten Gutachten an die Hand zu gehen, wie endlichen Sie löbl. 4 Landstände zu ihrer Schuldigkeit gebracht werden könnten; dann I. K. M. einmahl nicht gestatten könnten noch wollen, dass in dieser höchsten Noth und Gefahr des Vaterlands und da I. K. M. selbst zu dessen Rettung dero eigene fast zu Boden liegende Cameralmittel äusserist angriffen, sie die löbl. 4. Landstände Händ und Füss ganz sinken und dardurch das Land verloren gehen lassen sollen ¹⁾“. Das Schreiben der deputirten Rätthe erregte den heftigsten Unwillen der Stände, eine ausserordentliche Versammlung derselben wurde einberufen und im Auftrage der Stände eine Antwort verfasst, in welcher dem Kaiser und der Regierung gegenüber der Rechte die Stände auf das nachdrücklichste betont wurden ²⁾.

„Wie schmerz- und wehmüthig — heisst es — diese unverschuldete Iniunction, welche von Er. K. M. Güte und Gerechtigkeit nimmermehr herfliessen kaun, sondern aus ungleichen Referat, a non bene informatis, wider den ganz klaren Buchstaben der vorjährig unterthänigsten Haupt- und heurigen gehorsamsten Interimserklärung herrühret und folgend in dero Namen wegen intimirt worden, denen getreu gehorsambisten Ständen — die sich mit unbemakelter Treu in Darstreckung Gut und Blut ihres wohlhergebrachten alten Herkommens und Privilegien zu erfreuen, hierdurch solche bei dero hochlöblichsten Herrn Herrn Vorfahren erhalten, auch diese zu continuiren Er. K. M. mit äusserist und eiferigister Beisetzung alles des Ihrigen veranlasst und dergestalten forthin dieselbe und die aus dero bis zum End der Welt höchst erwünschent fortstammenden durchlauchtigisten Succession unveränderlich pflichtmässig veranlassen werden — fallen thut, dass denenselben ihre freie Bewilligung quasi ex crimine laesae et supposito non stante auf ein endlich bemüssigtes gewisses determinative mit anbefehlendem modo collectandi ausgesetzt, hierzu compellirt werden und vor denen hinterlassenen geheim und deputirten Rätthen in Landtagsvortragungen ausser Landhaus erscheinen sollen; da doch die getreu gehorsamsten Stände — wie Er. K. M. Milde und Gerechtigkeit aus nachfolgender mit allerunterthänigstem Respect gründlich belegten Demonstration erkennen wird — hierzu nit mit einem Gedanken, weniger mit dem Werk — dafür sie Gott und ihre anererbte Treu

¹⁾ Schreiben der hinterlassenen Rätthe an die Stände 22. Juni 1684. Nö. L.-A.

²⁾ Erklärung der Stände vom 30. Juni 1684. Nö. L.-A.

behütet — einigen Anlass gegeben. Dannenhero zu Er. K. M. angeborenen Gerechtigkeit und Milde der getreu-gehorsamsten niederösterreichischen Stände unterthänigste Hoffnung ist, dieselbe dero hochlöbl. Hn. Hn. Vorfahrer und selbst eigenen mild gnadenreichen modum ihnen forthin gnädigst wiederfahren, dero allergnädigsten Begehren in Endresolutiones nit verändern, noch unverschulte Compellirungsmittel an die Hand nehmen lassen werden, dessen dann Er. K. M. selbst und dero hochlöblichen antecessores sie getreu gehorsamste Stände, der von Kaiser Nerone herhabenden Immunitäten und Privilegien nit zu gedenken, gutgnädigst versichert, dass die hierüber unbemüssigte ganz freie Bewilligungen zu keiner Gerechtigkeit anzuziehen seien, wie solche Freiheit der vorhandene anno 1364 am Montag vor St. Valentin datirte Erbeinigungsvergleich und Originalrevers¹⁾ enthaltet; nemlich dass alle geistlich- und weltliche Fürsten, Bischöfe, Abt, Probst, Klöster und alle Pfaffheit, Grafen, Freiherrn, Landhörn, Dienstleut, Ritter und Knechte, die in denselben Landen, Fürstenthümern und Herrschaften gesessen sind und dazu gehören, und die Land gemeiniglich, sollen und wollen bleiben lassen völliglich und gänzlich bei allen ihren Leuten und guten Würden und Ehren, Rechten, Freiheiten, Gnaden, und guten Gewogenheiten, die sie vom Alter gehabt und hergebracht haben auch alle durchleuchtigsten Regenten und Erbfürsten continua serie und E. K. M. selbst als glorwürdigste Erbherren dieses Erzherzogthums Oesterreichs u. d. E. den 26. Aprilis im 1655^{igsten} Jahr denen getreu gehorsamsten Ständen, alle ihre Freiheiten, Privilegen, altlöbliches Herkommen und gute Gewohnheiten, als ihr damals angehender Herr und Landesfürst mit Gnaden, wie Alters Herkommen, confirmirt, bestettiget und sie dabei handzuhaben, bleiben zu lassen, auch ob aller 4 Stände und Inwohner Freiheiten, Ehren, Würden und Gerechtigkeiten festiglich zu halten, sie darbei schützen, zu schirmen und darwider nicht weniger noch beschweren zu lassen, gnädigst versichert. Derentwegen als noch vor diesem der eiferleidende Wohlstand diesem Erzherzogthum Oesterreich u. d. E. die neidsichtige begierliche Waffen und unterschiedliche Landesunruhen zugezogen und zu Steuerung solcher die gnädigste Erbherren und Landesfürsten neben Beisetzung ihrer Cameralmittel eine gehorsame Bewilligung von denen getreuen Ständen erfordert, sie auch hierin frei gewilliget, doch mit unterthänigster Bitt, dass solche ihrer alt habenden Freiheit zu einigem Unterbruch nit sein sollte, haben sie dieselbe jedesmal mit Reversen gnädigst versehen, wie solches weiland

¹⁾ Extract aus dem Erbvertrag von 1364 Montag vor St. Valentinstag.

Herzogen Albrechts¹⁾, König Friedrichen Herzogen zu Oesterreich²⁾, Erzherzogen Albrechts³⁾, Maximiliani I.⁴⁾ und Ferdinand I.⁵⁾ römischen Königen, Maximilian II.⁶⁾, Rudolf II.⁷⁾ römischen Kaisern, alle glorwürdigsten Andenkens, mit weniger Er. K. M. eigene Schadlosverschreibung . . . mit folgend lautern Worten und Inhalt exprimiren und bekräftigen, „dass sowohl der Aufschlag der Weingärten und Steuer der Unterthanen, so zu Widerstand der Ketzer oder Hussiten bewilliget, von gütlichem Willen und nit von Rechtswegen geschehen; item dass wir, noch unsere Erben und Nachkommen solches zu keiner Gerechtigkeit uns anziehen sollen, mehr vom eigen gütlichen Willen, wie wohl sie uns das vom Recht und altem löblichen Herkommen zu thuen nit pflichtig sein; weiters, dass ihnen und ihren Nachkommen solche ihr freie Bewilligung der Hilf und Steuer an ihren Freiheiten und Herkommen zu keinem Nachtheil und Eingang einiger Gerechtigkeit reichen und gedeihen, sondern billig ihr alt Herkommen bei Kräften und Würden bestehen und wir sie darwider ohne ihren guten Willen nit dringen noch beschweren sollen und wollen⁸⁾. Widerum E. K. M. selbstn mildväterlichst „als versprechen und zusagen wir hiemit in Kraft dieses Briefs für Uns und Unsere Erben und Nachkommen, dass ihnen unsern getreu gehorsamsten 4. N. Ö. Landständen bemelte Bewilligung an ihren und gemein landschaftlichen alten Herkommen, Recht und Gerechtigkeiten, Libertät und Freiheiten, Gnaden unpraeiudicirlich sein, auch zu einigen Nachtheil, Schmälerung oder Schaden nit gereichen, sondern sie darbei von Uns, Unsern Erben und Nachkommen allerdings freigelassen, geschützt und gehandhabt, auch sie darwider ihren guten Willen nicht gedrungen noch beschwert werden sollen“. Gestalten dann auch die gnädigste Landesfürsten und Herrn ihre Landtagspropositiones, Begehren und Landtagshandlungen jedesmal dahin mildväterlichst ergehen lassen, wie sonderlich aus jener Ferdinand I., Max II., Ferdinand II. und Ferdinand III. gnädigst zu vernehmen, „dass die von denen getreuen N. Ö. Ständen begehrende Bewilligungen

¹⁾ Schadlosbrief Albrechts d. d. Wien 1427. Sonntag vor St. Martinstag.

²⁾ Schadlosbrief Friedrich III. d. d. 1450. Erchtag vor St. Joh. Baptisttag.

³⁾ Schadlosbrief Albrecht VI. d. d. 1462. Samstag vor St. Joh. Bapt. und Freitag nach St. Sebastianstag 1463.

⁴⁾ Schadlosbrief Max I. vom 5. Juni 1509.

⁵⁾ Schadlosbrief Ferd. I. Znaim 18. Februar 1535 und der Erbvergleich von 1542.

⁶⁾ Schadlosbrief Max II. 1. Mai 1565.

⁷⁾ Schadlosbrief Rudolf II. 20. Oct. 1577.

⁸⁾ Im Nö. L.-A. liegen sub A IX. Nr. 39 die Schadlosbriefe von 1657—1700.

an ihren Freiheiten, wohlhergebrachten Gewohnheiten in alle Weg unvorgreiflich und ohne Schaden sein sollen, auch in all anderen Wegen ein ersame Landschaft befohlen zu haben, in einiger Not mit zu verlassen, in gnädigsten Schutz und Schirmen zu halten, dero eigenes Gut und alles Vermögen allezeit gnädiglich, väterlich, wie bishero beschehen, zu ihnen setzen, auch dero geliebte kaiserliche Söhne, als nachkommende regierende Herren des hochlöblichen Haus Oesterreich dahin zu weisen, dass sie solches gleichermassen thuen, in alle Weg einer ehrsamten Landschaft Aufnehmen befördern sollen. Ja da auch wider der getreu gehorsamsten Stände eben unterthänigst eingeführte Privilegien und den gutgnädigsten modum — so zwar von alten Jahren gar nie, von jungen aber gar selten geschehn — die Canzleien geirret haben, die glorwürdigste, allerdurchlauchtigste Landesfürsten und Herren auf Ir. getreu gehors. N. Ö. Stände mit pflichtunterthänigsten Respect beschehenes Anbringen allergnädigste Remedirung gethan und erwähnte getreue Stände dahin mildreich consolirt, dass von der Canzlei aus inskünftig dies Orts die gebührliche Manier alten Herkommen nach observirt werden solle, noch deroselben Intention und Meinung jehmalen gewesen denen getreuen Ständen ichtes an ihren Privilegien und alten Herkommen zu praejudiciren; allermassen solches aus Kaiser Ferd. II. und III. den 14. Febr. 1635 und 27. Sept. 1646 abgelassenen Replie und Triplicie allergnädigst zu vernehmen . . Und wie nun von Anbeginn dieses zum Markgraf-, Fürsten-, Herzog- und Erzherzogthum erhehte Land und deren getreue Stände mit und durch ihre Treue erworbenen Freiheiten, Immunitäten, alten Herkommen versehen und begabt, also ist ihnen über die freie Bewilligungen, auch die Anschlag zu machen und hierauf die collectus einzubringen zugestanden; welches alle die von Er. K. M. und dero hochlöbl. Herrn Vorfahren publicirte Executionsordnungen, sonderlich aber der 5 Erbländer und Grafschaft Görz gnädigst ratificirte Erbeinigungsvergleich dat. 11. Jan. 1542 mit diesem Annexo bestätigt „und weil die Stände die Steuer auf ihren Unterthanen haben und ihrem Herkommen, Freiheiten und Gerechtigkeit nach keine Steuer zu nehmen, noch viel weniger ein solchen Anschlag des Werths ihrer eigen und ihrer Unterthanen Gütern über sich zu nehmen nit schuldig, dass demnach I. K. M. ein jedes Land mit nothdürftigen Schadlosbrief versehen, welches auch I. K. M. in dero unterm 20. Jan. 1677 schriftlich gegebener Landtagsproposition die getreu gehors. Stände dieses Erzherzogthums gnädigst erinnert, „dass sie Stände ihre freie Landtagsbewilligungen von selbst mit guter Ordnung ohne weitere Imposition ertheilen mögen. Dahero denen getreu gehorsamen niederösterreichischen

Ständen bei oben gründlich wohlhergebrachten Privilegien und alten Herkommen um so viel betrübter zu Gemüth gehet, dass auf irrsamer Veranlassung und Information von E. K. M. wegen dero hinterlassene geheim- und deputirte Rätthe die gehors. niederösterreichischen Stände mit so harten obgemelten durch ihre vergangene und immer wehrende Treu nit verschulden Worten, indeme sie nur mit wahrer Grundsvorstellung des leider zu Boden geworfenen Lands mit all pflichtschuldigst geziemenden Reverenz an E. K. M. den von Augen liegenden Nothstand der armen Unterthanen und Landsassen Klag- und Bittweis unterthänigst angebracht, vor sich fordern, zur schuldigen Beihilf und proportionirten Bewilligung mit Nachdruck vernommen, den Zustand der Contribuenten und ausgeschriebene Landesanlagen untersuchen und die 75.000 Fl, determinirte Türken- oder Vermögensteuer zum alhiesigen Fortificationsgebäu eintreiben sollen, da doch je und allezeit die allergnädigst und gnädigste Landesfürsten, auch E. K. M. dero hinterlassene geheim- und deputirte Rätthe in dero Abwesenheit alle Landtagspropositiones denen getreu gehorsamsten Ständen, ja auch denen Verordneten vorzutragen gnädigst instruiert in welchen Fällen die hinterlassene geheime und deputirte Rätthe zu solchem Ende aus ihren Mitteln commissarios nominirt, solche die Stände erindert, damit sie auch durch ihre Verordnete oder Ausschüss, um sich eines Tags zu vergleichen und zu conferiren erscheinen mögen

Wie nun von Er. K. M. die gehors. niederösterr. Stände durch ihre standhafte Treu sich versichert wissen, dass sie als allergnädigst geehrtester Herr und Landesfürst zu praejudicirlichem Eingang und Schmälerung gemeiner Landschaft und der gesammten 4 Ständen uralten wohlhergebrachten, von Er. K. M. und dero hochlöbl. Vorfahren gnädigst confirmirten Freiheiten, Recht und Gerechtigkeiten nichts fürzunehmen, sondern dieselbe viel mehrers gnädigst dabei zu schützen und handzuhaben gedenken, als getrösten sich die getreu gehorsamen Stände unterthänigst, E. K. M. dieselbe mit dem altgnadenreichen modo in Landtagshandlungen allergnädigst consoliren, wider das alte Herkommen der getreu frei geleisten auch noch forthin dergestalten nach Kräften gehorsam leistenden Bewilligungen hierauf auch verglichen modo collectandi unverschuldter nit beschweren noch dringen lassen werden“ . . Es folgt darauf noch die Erklärung, dass die Stände im Jahre 1683 über eine Million hätten zahlen müssen, sowie dass die 40.000 Gulden nur eine Interimsleistung gewesen seien. Der Kaiser gieng auf eine Erörterung dieses ausgedehnten Gutachtens, soweit dasselbe die principiellen Fragen betraf, nicht ein; er verwies in

seiner Antwort nur darauf, dass er die ständische Erklärung, die 40.000 Gulden nur als Interimsleistung anzusehen, mit Freuden angenommen habe, um eine rasche Bewilligung bitte und es den Ständen anheimstelle, ob sie von ihm noch die Abordnung von Deputirten fordern wollten, die mit ihnen berathen sollten ¹⁾. Man wird jedoch nicht umhin können zuzugestehen, dass in diesem Falle das Schweigen das beredteste Sprechen war. Hätte der Kaiser oder seine Umgebung nur im geringsten an der Berechtigung der ständischen Behauptungen gezweifelt, so würde die Schrift der Stände nicht in dieser Weise beantwortet worden sein.

Zu einer so vielumfassenden Erklärung der Stände, wie die des Jahres 1684, ist es in der leopoldinischen Zeit nicht mehr gekommen; doch verging kaum ein Jahr, ohne dass die Stände auf die eine oder die andere Weise ihrem Herrscher gegenüber ihre Rechte betont hätten. Zu besonders scharfen Erklärungen bezüglich des Steuerbewilligungsrechtes kam es in den letzten Regierungsjahren Leopold I., so im Jahre 1700, als der Kaiser eine drückende Vermögenssteuer einzuhoben beschloss ²⁾; so im Jahre 1701, als der Kaiser gedrängt durch die Verhältnisse auf Anregung der Hofkammer sich entschloss, den Ständen den Kauf der zweiten Drittelsteuer zu empfehlen, so im Jahre 1704, als der Herrscher neuerlich eine Vermögenssteuer ohne vorherige Befragung der Stände ausschrieb. Wiesen diese in dem ersteren Jahre auf die seit 1421 festgesetzte Freiheit der Bewilligungen hin ³⁾, so erklärten sie am 5. Mai 1704, „ungeachtet der häufigen Vorstellungen der Stände mehren sich die Ansinnen von neuen Leistungen immerfort und es ist den treu gehorsamsten und jeder Zeit freien Ständen wegen des ohne ihre Einvernehmung für dieses Jahr abermals ⁴⁾ kundgemachten Vermögen-

¹⁾ Kais. Decret d. d. 13. August 1684. Nö. L.-A.

²⁾ Vergl. Mensi I. c. 82. In der Erklärung der Stände vom 10. Dec. 1700 machen dieselben auf die verschiedenen Erlässe aufmerksam, durch die Leopold und seine Vorfahren sich verpflichtet hätten, keine Steuern und Auflagen auszuschreiben. A. d. M. d. L.

³⁾ Erklärung vom 23. Dez. 1701. Nö. L.-A. Sehr interessant ist in dieser Erklärung der Stände die Bemerkung, jene Landleute, welche sich zur Erkaufung freiwillig erboten, hätten ausser Acht gelassen, dass sie nicht berechtigt sind mit ihrer individuellen Steuer zu disponiren und selbe privatim zu verpfänden; sondern dass die Steuer im allgemeinen und besonderen in die Communal-Cassa der 3 Stände gehöre, aus der gleich anderen ausgeschriebenen Landesanlagen die jährlichen Bewilligungen zu bestreiten sind.

⁴⁾ Auch im Jahre 1703 war ohne vorherige Einvernehmung der Stände eine Vermögenssteuer ausgeschrieben worden, doch hatte der Kaiser, wie die Stände am 4. Mai 1703 dankend berichten, diese Gefahr einer gegen ihre Privilegien gerichteten Massregel beseitigt.

steuerfünftels und des zugleich angeschriebenen sogenannten subsidii präsentanei sogar mit der Militär- und Personal-Execution ohne Unterschied des Standes und der Personen gedroht worden, da doch bei den Stellen wider angesessene Schuldner auch des niedrigsten Standes, solange solche Zahlungsfähig sind, kein solches Verfahren üblich ist. Es will den Schein gewinnen, als sollten dadurch die Stände sammt ihren uralten, wohlhergebrachten von so vielen römischen Kaisern selbst durch den Erbhuldigungsrevers bestätigten und durch die fortwährenden Schadlosverschreibungen versicherten Privilegien auf einmal zu Boden geworfen und um ihren Credit gebracht werden“ ¹⁾).

Aber nicht allein das Steuerbewilligungsrecht suchten die Stände sich zu wahren. Ueberall wo es galt ihre erworbenen Rechte der Krone gegenüber zu schützen, sehen wir sie mit gleichem Eifer den Kampf führen. Ihr Verhalten im Jahre 1679, als die Pest in Wien wüthete und den Aufenthalt in dieser Stadt unrathlich erscheinen liess, während die hinterlassenen Rätthe die Anwesenheit der ständischen Beamten forderten, beweist dies auf das deutlichste. Auf die Mittheilungen des Landschaftsarztes hin, dass der Sohn des Thorwärters im Landhause an der Pest erkrankt sei, hatten die Verordneten beschlossen, ihre Sitzungen zu unterbrechen und sich aufs Land zu begeben. Zugleich hatten sie dem Grafen Herberstein den Befehl ertheilt, mit Hilfe einiger anderer Herren etwaige wichtige Angelegenheiten zu besorgen ²⁾). Den deputirten Rätthen, die an Stelle des abwesenden Monarchen die Staatsleitung innehatten, schien das Vorgehen der ständischen Beamten unstatthaft. Sie forderten den Landmarschall auf, dafür Sorge zu

¹⁾ Den Recess vom 23. Juli 1689, durch den Kaiser Leopold I. mit den Ständen ein Uebereinkommen über die in den folgenden 12 Jahren zu leistenden Bewilligungen traf, wird man nicht als eine gegen das Steuerbewilligungsrecht gerichtete Massregel betrachten können. Der Kaiser betonte vielmehr ganz ausdrücklich, dass er sich zu dieser Abmachung im Interesse des Crediten der drei oberen Stände entschlossen habe und dass durch denselben dem Steuerbewilligungsrechte der Stände durchaus nicht praeiudicirt werden solle. Nach diesem Vertrage verpflichteten sich die Stände gegen zu ertheilendes Moratorium auf currende Schulden und gegen Schadlosbriefe mit der Versicherung, sie weiter, wie auch die Zeiten immer sein sollten, nicht zu steigern, die ersten 6 Jahre jährlich 200.000 Gulden, die nächsten 3 Jahre 225.000 Gulden jährlich und die letzten 3 Jahre 250.000 nebst der für 12 Jahre zu übernehmenden Raaber Grenzbezahlung zu erlegen. Erfolg hatte die Vereinbarung für die Stände nicht, schon im Jahre 1691 trat der Kaiser mit neuen grossen Anforderungen an die Stände Niederösterreichs heran, doch ist es jedenfalls unrichtig, wenn Biedermann Staatbank l. c. 402 und mit ihm viele andere behaupten, es sei überhaupt erst in der Zeit Karl VI. zu Recessen über mehrjährige Bewilligungen gekommen.

²⁾ Verordneten-Erklärung vom 28. Aug. 1679. Nö. L.-A.

tragen, dass die Verordneten und Gerichtspersonen sich wieder in Wien efinden ¹⁾).

Die Antwort des Landmarschalles lautete dahin, 3 der Verordneten seien zu Horn wegen der Einquartierung, die anderen 3 habe er nach Wien berufen ²⁾. Diese Erklärung genügte den Räthen nicht; sie sprachen in ihrer Erwiderung ³⁾ von des Kaisers Missfallen über das Vorgehen der Stände und forderten die nicht in Wien erschienenen Landrechtsbeisitzer, Verordneten, Secretäre und Officiere bei Dienstesentlassung auf sich in der Hauptstadt einzufinden. Das gab den Ausschlag. In überaus energischer Weise erwiderte der Landmarschall, sprach sein Bedauern über das grobe Decret der Deputirten aus und bemerkte im Hinblick auf die in demselben angedrohte Dienstesentlassung, die ständischen Beamten dependiren lediglich von den Ständen und letztere hätten deren Uebersiedlung durch Beschluss vom 12. Sept. 1679 gutgeheissen ⁴⁾. Die Schärfe der ständischen Erklärung hatte den gewünschten Erfolg. In der Erwiderung auf dieselbe gestatteten die deputirten Räthe den Verordneten ihre Sitzungen ausserhalb Wiens zu halten ⁵⁾ und wenn es auch im weiteren Verlaufe zu neuerlichen Erörterungen kam, so wurden dieselben im wesentlichen immer wieder zu Gunsten der ständischen Selbständigkeit entschieden.

Die Wahrung der Selbständigkeit ihren Beamten gegenüber, die sie bezahlen mussten, die in diesem Falle auf das klarste hervortritt, findet sich auch sonst in der leopoldinischen Zeit stark und oft betont. Die Stände weisen auf das entschiedenste die Versuche der Krone zurück, die Verordneten als Beamte des Staates aufzufassen, denselben directe Befehle zu ertheilen, und berufen sich, so oft derartige Versuche erfolgen, darauf, dass über Landesangelegenheiten nur sie allein zu entscheiden hätten ⁶⁾. Die Empfindung rein ständische Beamte zu sein, und lediglich die Interessen derselben wahren zu müssen tritt auch in den Berichten der Verordneten auf das schärfste hervor. Sie sind durch ihre Instruction verpflichtet, schreiben sie am 12. Dez. 1701, so oft durch irgend eine Neuerung wider die herkömmliche Ordnung zum Nachtheile oder zur Beeinträchtigung der hergebrachten

¹⁾ Erklärung vom 5. Sept. 1679. Nö. L.-A.

²⁾ Landmarschall an die geheimen Räthe 9. Sept. 1679. Nö. L.-A.

³⁾ Hinterlassene Räthe an den Landmarschall — Grafen Hoyos — 20. Sept. 1679. Nö. L.-A.

⁴⁾ Erwiderung des Landmarschalles an die deputirten Räthe vom 5. Oct. 1679. Nö. L.-A.

⁵⁾ Schreiben der hinterlassenen Räthe d. d. 11. Oct. 1679. Nö. L.-A.

⁶⁾ 28. Aug. 1658. Stände an den Kaiser. Nö. L.-A.

Freiheiten der Stände etwas unternommen wird, solches den Ständen zu weiteren Vorkehrungen zu hinterbringen. Da nun vor etlichen Tagen wegen der Vermögenssteuer ein Patent publicirt und auch an dem Landhause angeheftet worden ist, so haben sie als Geschäftsträger der Stände dies vorzutragen für unumgänglich nöthig gehalten, obwohl die Stände in demselben nicht specialiter genannt sind; denn das Patent lautet auf alle kais. Maj. treu gehorsamen Vasallen, Unterthanen . . . Da aber anzunehmen, dass die Stände auch gemeint sind, dies aber der vielhundertjährigen Gewohnheit und dem letzten Recesse zuwider ist, so erbitten sie sich eine Entschliessung der Stände als Norm für die Behandlung dieser Angelegenheit ¹⁾.

Aber nicht blos bezüglich des Steuerbewilligungsrechtes und der Verfügung über ihre Beamten erheben die Stände ihre Ansprüche; fast in jedem Gebiete des staatlichen Lebens, wo die Interessen der Regierung und der Stände sich kreuzten, stossen wir auf ähnliche Auseinandersetzungen. Im Jahre 1658 — 28. Mai — wurde den Ständen seitens der deputirten Räthe mitgetheilt; es dürften sich nach Ankunft des Kaisers aus Frankfurt unter anderen Personen auch die Handwerker-genossenschaften um Confirmirung oder Extendirung ihrer vorher erlangten Satzungen und Freiheiten melden ²⁾. Da man aber in Erfahrung gebracht habe, dass sie dies zum Nachtheile der ständischen Gerechtsame thun wollen, fordere man den Landmarschall auf die Stände darüber zu vernehmen, was sie gegen der Handwerker Pläne einzuwenden hätten. Die 3 oberen Stände betonten in ihrer Erwiderung ihr Recht, in diesen Fragen vor irgend welcher Entscheidung des Herrschers vernommen zu werden und wiederholten ihr Ersuchen, keine Verordnung ohne vorhergegangene Befragung der Stände ergehen zu lassen. Als die Stände aber von einer bevorstehenden Verordnung vernahmen, die ohne ihre Zustimmung erfolgen sollte, wendeten sie sich — 3. Nov. — neuerdings an Leopold, mit der Bitte, sich durch das ungestüme Fordern der Handwerker nicht zu einem Schritte verleiten zu lassen, der dem ganzen Lande zur höchsten Confusion und zum höchsten Schaden gereichen würde, „indem dardurch den Landesmitgliedern an ihrer Jurisdiction merklich Eingriff geschehe . . . überdies auch I. M., auch löbliche Vorfahren die Stände dahin zu mehrmalen allergnädigst versichert, dass ohne deren Wissen und Vernehmen einige dem Land schädliche und nachtheilige Ordnung nicht ausgehen

¹⁾ Schreiben der Verordneten an die Stände 12. Dec. 1702. Nö. L.-A.

²⁾ Ueber die Stellung der Gewerbetreibenden und über das Ueberwuchern der Zunftmisbräuche vergl. Hatschek Das Manufakturhaus auf dem Tabor, in Schmollers Abhandlungen VI., 7 ff.

noch publicirt werden solle, wie es denn auch also bisher ganz lobwürdigst observirt worden und die Billigkeit selbst erfordert, dass diejenigen quorum interest und welche auf Satz und Ordnung halten sollen, früher darüber gehört und vernommen werden“. Eine Entscheidung erfolgte vorerst nicht, die Regierung begehrte neuerdings Eingabe der Beschwerden, die Stände erwiderten mit der Forderung vorerst gefragt zu werden. Beide Theile beharrten auf ihren Principien und gaben eine Berechtigung der gegenseitigen Behauptungen principiell nicht zu. Die verschiedenen Münzpatente Leopold I., die ohne vorherige Einvernahme der Stände erflossen, haben dann noch oft Anlass zu ähnlichen Erklärungen der Stände gegeben. Ein ebenso entschiedenes Benehmen zeigten die Stände; als es galt ihr Einstandsrecht ¹⁾ zu wahren. Sie forderten von Leopold eine unzweideutige Erklärung, ihrem Privileg nicht zu nahe treten zu wollen ²⁾. Der Kaiser erwiderte, er habe sich gelegentlich der Bestätigung der ständischen Privilegien vorbehalten wider den Einstand Privilegien zu ertheilen, habe übrigens von diesem Reservat in den letzten Jahren nur selten und stets zum Besten der Landesmitglieder Gebrauch gemacht ³⁾.

Wie sehr es den Ständen bei dieser Wahrung ihrer Selbständigkeit auf das Principielle ankam, wie sehr sie auch dort für ihr Recht eintraten, wo Eingriffe gegen dasselbe, ohne ihnen nachtheilig zu sein, versucht wurden, beweist folgender Fall. Im Jahre 1682 21. Mai hatte der Kaiser den Ständen die Mittheilung gemacht, dass 3 Compagnieen des mannsfeldischen Regiments, die in Niederösterreich einquartirt waren, den Marsch nach den Vorlanden anzutreten beordert seien. Zugleich ergieng an die Stände das Ersuchen, diesen Truppen den rückständigen und 1 Monat Sold im Voraus zu zahlen; dagegen sollten die Soldaten auf dem Marsche durch Niederösterreich Nahrungsmittel nur gegen Baarzahlung nach einem vom Herrscher festgesetzten Tarife erhalten. In ihrer Erwidernng vom 6. Juni 1682 baten die Stände, indem sie dem Monarchen für seine Vorsorge dankten, nicht in Ungnade aufzunehmen, was sie vor nicht langer Zeit gelegentlich der Münzverbesserung vorgebracht, dass sowohl Leopold als seine Vorfahren seit Jahrhunderten derlei das Gemeinwesen betreffende Anord-

¹⁾ Das Landmannseinstandsrecht bestand darin, dass nur in die Landmannschaft Aufgenommene Güter an sich bringen durften. Diesem Gesetze zuwider getroffene Verträge wurden als ungiltig erklärt und den Landleuten in solchen Fällen der Einstand eingeräumt. Vergl. Barth I. c. I 182 ff. Die Patente datiren vom 1. Nov. 1559, 20. Aug. 1565, 10. Febr. 1572, 2. Nov. 1628, 21. Oct. 1689.

²⁾ 16. April 1700. Nö. L.-A.

³⁾ 30. Mai 1700. Nö. L.-A.

nungen vor der Publication mit den Ständen, damit sie nach den Umständen der Länder eingerichtet werden, berathen haben ¹⁾).

In eben so bestimmter Weise wie dem Herrscher und seinen stellvertretenden Räthen suchten die Stände den Registrarsämtern gegenüber ihre Selbständigkeit zu wahren und den Gedanken an eine Unterordnung nicht aufkommen zu lassen.

Wir haben eines solchen Falles bereits gedacht, der die Forderung der Hofkammer betraf, Abgeordnete der Stände vor sich zu rufen ²⁾. Im übrigen handelte es sich bei diesen Conflicten zwischen Hofkammer und Ständen, wie begreiflich, ausschliesslich um Gegenstände finanzieller Natur.

Die Hofkammer war, wie bereits erwähnt, dasjenige Organ, an das sich der Herrscher wendete, wenn er Auskunft darüber haben wollte, welche Anforderungen man an die Stände zu stellen genöthigt sei und die Hofkammer zögerte nicht im Hinblick auf die Schwierigkeit der Geldbeschaffung, wie auf die immer grösser werdenden Ansprüche des Hofes, den Betrag der Bewilligung möglichst hoch zu fixiren. Erwiderten nun die Stände ihrem Herrscher mit der Betonung ihrer Zahlungsunfähigkeit, oder wiesen sie die eine oder andere Forderung als unberechtigt zurück, dann war es wieder die Hofkammer die vom Monarchen beauftragt wurde, die Auseinandersetzungen der Stände zu prüfen und zu beantworten. Bei dem regen Schriftenwechsel, der, wenn auch nicht direct, auf diesem Wege zwischen Ständen und Hofkammer geführt wurde, kam es leicht zu heftigen Erörterungen, in deren Verlaufe die Absicht der Kammer, auf die Bewilligung der Stände entscheidenden Einfluss zu nehmen, nur zu deutlich hervor-

¹⁾ Sie fügen hinzu, sie seien weit davon entfernt, zu verlangen, in dieser Verpflegsangelegenheit darüber vernommen zu werden, wie viel Mund- oder Pferdeportionen einem General u. s. w. gereicht werden sollen, sondern nur darüber, wie hoch die Taxen der einzelnen Lebensmittelsorten zu berechnen, was unter einer Mundportion und Service und was unter einer Pferdeportion zu verstehen und in welcher Summe dies alles von der Landtagsbewilligung abzuziehen sei, da solches als ein wesentlicher Theil der Landtagsverhandlungen immer mit den Ständen verhandelt worden sei. Sie verweisen im weiteren auf das Beispiel von 1656.

²⁾ Die Ansicht, dass die Stände in diesem Punkte unerschütterlich seien, war eine so allgemeine, dass die Hofkammer, als sie im Jahre 1671 von Leopold Auftrag erhielt, in der Streitfrage zwischen den Ständen und der orientalischen Compagnie eine Entscheidung zu fällen und zu diesem Behufe Vertreter beider Parteien vor sich zu rufen, am 10. Juli 1671 erwiderte, „es ist bekannt, dass die Landstände ohne Er. K. M. speciell Befehl vor Kammer und Regierung zu erscheinen jeder Zeit geweigert haben.“

trat ¹⁾. Die Stände wiesen aber derartige Eingriffe auf das entschiedenste zurück. Sie erklärten im Jahre 1695 — 17. August — in Beantwortung einer Aeusserung der Hofkammer, sie müssten von Leopold hoffen, dass er nicht zulassen werde, dass die Hofkammer „den durch den Erbvergleich wohlhergebrachten alten Herkommen und Privilegien entgegen, ihnen Bewilligungen zu decretiren befugt sein solle“. Der Kaiser billigte in dieser Frage ihre Anschauung und betonte ihr gutes Recht, die Summe der zu bewilligenden Gelder zu bestimmen. Dagegen stellte er sich in allen Fragen, die sich auf die Verrechnung ²⁾ bereits bewilligter Gelder bezogen, auf die Seite der Hofkammer und da es bezüglich der Verrechnung im Hinblick auf die verschiedenartigen Interessen der Hofkammer und der Stände oft zu Conflicten kam, gab diese Angelegenheit Anlass zu wiederholten Selbständigkeits-Erklärungen der Stände. Insbesondere weigerten sich die Stände, der Hofkammer irgend welchen Einfluss auf die ständischen Beamten zu gestatten. In der That sah sich denn auch die Hofkammer, so oft sie etwas an den Verrechnungen auszusetzen hatte, genöthigt, den Herrscher um seine Vermittelung anzugehen. Dagegen hat Leopold den Ständen gegenüber die ausschliessliche Berechtigung der Hofkammer in finanziellen Fragen die Interessen der Krone zu vertreten wiederholt und in der unzweideutigsten Form betont ³⁾. Und in nicht

¹⁾ Sehr instructiv für diese Verhandlungen sind die Schriften der Stände und die Gegenschriften der Hofkammer vom Jahre 1658 im R. F. A. Vergl. auch die bei Newald l. c. 10 ff. gegebenen Mittheilungen.

²⁾ Ueber die Art der Verrechnung zwischen der Hofkammer und den niederösterreichischen Ständen gibt ein Act des R. F. A. (Landtagsacten Oesterreich) Aufschluss, „So oft man — heisst es daselbst — mit den Ständen dieses Landes oder dero Herrn Verordneten über die gethane Verwilligung Abrechnung gepflogen, hat man, nachdem die von hochlöblicher Hofkammer deputirt gewesenen Herrn Commissäre ihre Verrichtung gehörig relationirt und selbe camera-liter weiters überlegt worden, wohl besagten Herrn Verordneten, bei wem es ultimate verblieben, schriftlich intimirt; womit es so gehalten worden: Wenn hochlöbliche Hofkammer befindet, dass wider die gepflogene Abrechnung und der Herrn Commissarien in Sachen eingereichte Relation wenig oder nichts zu sagen, consequenter dabei zu acquiesciren und derentwegen ichtwas an I. K. M. zu bringen unnöthig sei, haben dieselbe nachrichtliche Erklärung und Intimation an die Herrn Verordneten ergehen lassen. Da aber wider die Abrechnung sive per deputatos dominos commissarios cameraticos sive per cameram ipsam also erhebliche Bedenken movirt worden, dass in der Hofkammer Macht nicht gestanden, den Ständen und dero Herrn Verordneten in dero Gesuch ohne E. M. Vorwissen zu deferiren, hat man den in dieser Sache gethanen Vortrag und von I. M. hierüber erfolgten Entschluss den Herrn Verordneten gehörig intimirt . .“

³⁾ Rescripte von 1657 19. Sept. R. F. A. und 1680 Nö. L.-A. A. IX Nr. 61. Mittheilungen XIV.

geringerem Masse als der Hofkammer suchten die Stände der niederösterreichischen Regierung, dem Hofkriegsrathe¹⁾ und allen übrigen staatlichen Behörden gegenüber ihre Selbständigkeit zu wahren und wussten dieselbe auch allen Bemühungen der Behörden zum Trotze zu behaupten.

V. Das Recht der Beschwerde und dessen Ausübung.

Als eine unerlässliche Voraussetzung einer erfolgreichen Betätigung ihres Strebens nach Wahrung ihrer Selbständigkeit haben die Stände der leopoldinischen Zeit das Recht der Beschwerde angesehen und dieses Recht ist ihnen auch von der Krone niemals bestritten worden. Zu einer principiellen Austragung der Frage, ob die Stände berechtigt seien, die Bewilligung der Subsidien von der Berücksichtigung ihrer Forderungen abhängig zu machen, ist es dagegen in der leopoldinischen Zeit nicht gekommen. Wohl betonten die Stände in ihren Erklärungen, dass sie die Summen dem Herrscher nur unter der Voraussetzung bewilligen könnten, dass das Land in aufrechtem Stande bleiben sollte und ihren Wünschen Rechnung getragen werde, wohl betonten sie gelegentlich einer bedeutenden Herabsetzung der kaiserlichen Forderungen, dazu auch durch die Nichtbeachtung der oder jener Beschwerde veranlasst worden zu sein, allein auf die Dauer haben sie aus diesem Grunde mit der Leistung der bewilligten Summen nicht zurückgehalten. Sie begnügten sich vielmehr in solchen Fällen auf die Nichtbeachtung ihrer Erklärungen hinzuweisen, dieselben zu wiederholen und in schärferen Worten ihre Berücksichtigung zu fordern. Der moralische Druck, den sie auf diesem Wege auf die Regierung ausübten, wuchs begreiflicher Weise mit den Anforderungen, die seitens der Krone an die Stände gestellt wurden und führte schliesslich dazu, dass, sofern nicht besonders gewichtige Gründe vorlagen, den Bitten der Stände ein williges Gehör geliehen wurde. Kaiser Leopold I. hat seine principielle Geneigtheit den Beschwerden der Stände Niederösterreichs Rechnung zu tragen, wiederholt betont und die erstaunliche Reihe von Gesetzen, Patenten, Edicten auf allen Gebieten des menschlichen Lebens beweist, dass er auch thatsächlich in zahlreichen Fällen die Wünsche der Stände berücksichtigt hat. Freilich gab es Fragen, bezüglich welcher eine Einigung zwischen dem Herrscher und den Ständen unmöglich, andere,

¹⁾ Gelegentlich einer Berathung Seels, des niederöstrerr. Landschaftssyndicus, mit den Verordneten 21. Febr. 1674 wurde ganz ausdrücklich betont, die Kriegsräthe hätten keine Macht über die Stände und jeder diesbezügliche Eingriff auf das entschiedenste zurückgewiesen. Nö. L.-A.

wo sie recht schwer und mühsam zu erzielen war ¹⁾. In diesen Fällen konnte es geschehen, dass die Stände ihre Bitten in etwas schrofferer Form zum Ausdruck brachten, dass sie auf die wiederholte Ausserachtlassung ihrer Wünsche hinwiesen und die endliche Berücksichtigung derselben dringend forderten.

Das Organ, dem die Aufgabe zufiel, die Forderungen der Stände zu prüfen und die zur Durchführung der Massregeln nothwendigen Vorbereitungen zu treffen, war die Gravaminaconferenz ²⁾, zusammengesetzt aus Vertretern der Regierung und der Stände, die je nach dem Gegenstande der Beschwerde mit Rücksicht auf die nöthigen Fachkenntnisse ausgewählt wurden ³⁾.

Es kann nicht meine Aufgabe sein in diesem Zusammenhange alle Beschwerden, welche die Stände erhoben haben, zu prüfen, die Wege zu verfolgen, auf denen deren Berücksichtigung erfolgte. Aus der gemeinsamen Thätigkeit der Regierung und der Stände, die auf diese Weise stattfand, sind zahllose Gesetze und Verordnungen Kaiser Leopold I. hervorgegangen, die kein Gebiet menschlichen Lebens unberücksichtigt gelassen haben. Nur auf die wichtigsten derselben hinzuweisen, sei mir gestattet, zumal auf jene, welche die Stellung der Krone zu den Ständen zu beleuchten in der Lage sind.

Diejenige Frage, die während des ganzen Verlaufes des 16. und der ersten Jahrzehnte des 17. Jahrh. Gegenstand der lebhaftesten Beschwerden und der heftigsten Angriffe der Stände gebildet hatte, die religiöse Frage, gab in der Zeit Kaiser Leopold I. nur selten Anlass zu Conflicten. Die Restauration des Katholicismus war in Niederösterreich siegreich durchgeführt, nur Katholiken war die Standschaft möglich ⁴⁾, an der Recht-

¹⁾ Am zahlreichsten waren die Beschwerden in den 60 und 70er Jahren; nach der Publication des Tractatus de iuribus incorporalibus fiel wenigstens ein grosses Gebiet aus.

²⁾ Z. B. 1665 27. Febr. verordnet der Kaiser eine Commission mit dem Statthalter Grafen Starhemberg an der Spitze zur Reassumirung der ständischen Beschwerden; es heisst, diese Commission sei zur „Reassumirung der vorlängst angestellten Gravaminumconferenz“ eingesetzt worden.

³⁾ Dass bei der Zusammensetzung dieser Conferenz auf Fachkenntnisse Rücksicht genommen wurde, geht aus den wiederholten Bemühungen der Stände hervor, einer oder der anderen Persönlichkeit, die man für besonders geeignet hielt, die ständischen Interessen zu vertreten, den Eintritt zu verschaffen. Auch protestirten die Stände gelegentlich gegen eine von der Krone eingesetzte Commission oder gegen ein einzelnes Mitglied derselben. So forderten sie z. B. 1665 8. Juli, dass der Hofkammerpräsident nicht den Vorsitz führe. Leopold erwiderte aber 22. Juli, im Hinblick auf den Gegenstand der Beschwerde den Hofkammerpräsidenten nicht entbehren zu können. R. F.-A.

⁴⁾ Nach dem Gesetze vom 30. April 1629 sollte von der Landschaft keiner,

gläubigkeit der Stände war nicht zu zweifeln. Die Krone konnte daher auf die volle Zustimmung der Stände rechnen, wenn sie allen Obrigkeiten den Befehl ertheilte, den Hofcommissären, „welche die Bekehrung der noch unkatholischen, die Erhaltung und Bestärkung derjenigen, welche sich bereits bekannt haben und die Abstellung und Bestrafung derjenigen, welche wider die Gebote Gottes und gegen die in Religionsangelegenheiten erlassenen Generalien sich vergangen, im Erzherzogthum Oesterreich u. d. E. zu vollziehen haben“, allen möglichen Beistand zu leisten ¹⁾. Sie konnte ebenso im Sinne der Stände zu wirken glauben, wenn sie zu gottesfürchtigem Leben aufforderte, zu strenger Einhaltung der kirchlichen Gebräuche, wenn sie die Pest und die Kriegsnoth als Folge des unzüchtigen, gottlosen Lebens bezeichnete ²⁾. Und auch darin handelte die Krone wenigstens im Interesse der weltlichen Stände, wenn sie dem überhandnehmenden Verkaufe weltlicher Güter an Geistliche zu steuern suchte, indem sie ausdrücklich verfügte, dass solche Verkäufe ohne vorherige Einwilligung des Landesfürsten keine Giltigkeit haben sollten ³⁾. Das religiöse Gebiet war übrigens eines der wenigen, auf dem zwischen Krone und Ständen volle Uebereinstimmung herrschte; bezüglich der Mehrzahl der übrigen Angelegenheiten traten die Gegensätze mehr oder minder deutlich hervor und die endgiltigen Verfügungen sind oft als ein Compromiss aufzufassen, zu dem sich beide Theile nach langen mühseligen Verhandlungen bereit erklärten. So jene Gesetze, welche Bestimmungen enthielten, die sich auf die Stellung der Grundherren zu ihren Unterthanen bezogen. Suchten die Stände als Vertreter der grundherrlichen Klassen deren Rechte zu wahren, so durfte die Krone im eigenen Interesse die Sache der nicht zur Standschaft und zum Adel gehörigen Kreise nicht ausser Acht lassen. Als die wichtigste aller dieser Verordnungen wird man wohl unzweifelhaft den *Tractatus de iuribus incorporalibus* bezeichnen können, der am 13. Mai 1679

weder in den Herren- noch in den Ritterstand aufgenommen werden, der nicht der katholischen Religion wirklich zugethan sei.

¹⁾ Decret vom 4. April 1660. Nö. L.-A.

²⁾ Decret vom 9. Nov. 1677. In diese Kategorie gehören auch die Erlässe, welche das Klatschen in den Kirchen verboten, 2. Dec. 1677, 17. Nov. 1683; Erlässe, deren wiederholtes Erscheinen beweist, dass denselben von der Bevölkerung keine grosse Bedeutung beigemessen wurde, oder dass der Wille wohl gut, aber die Kraft gering war.

³⁾ Decret vom 20. Oct. 1669. Ueber diese Angelegenheit befinden sich im Nö. Ständearchive zahlreiche Acten; Correspondenzen der niederösterreichischen Stände mit den steierischen und kärntnerischen. Auch erliegt daselbst ein Gutachten der Stände vom 7. Sept. 1668 über die Abfassung einer neuen Landesordnung betreffs der geistlichen Güter.

veröffentlicht, für eine ganze Reihe der wichtigsten Fragen die lang ersehnte Entscheidung brachte. Der Wunsch der Stände die Rechte der Grundobrigkeit, der Dorfbobrigkeit, der Vogtei, der geistlichen Herrschaft, der Robot u. a. m. festgestellt zu wissen, war ein alter und die immer neuen Streitigkeiten zwischen Herren und Unterthanen, zwischen österreichischen und böhmischen Herren veranlassten die Stände seit dem Regierungsantritte Leopold I. immer wieder an die Regierung mit der Bitte um Ordnung dieser Fragen heranzutreten. Frühzeitig hatte auch Kaiser Leopold I., im Principe mit den Ständen einverstanden, eine Commission eingesetzt, welche die Leitung dieser Dinge zu übernehmen hatte und aus Vertretern der Krone und der Stände zusammengesetzt war. Jedoch hat es lange gedauert, bis die ausserordentlichen Schwierigkeiten, die sich der Codification dieser Materie in den Weg stellten, überwunden, eine Form gefunden war, gegen die nicht eine der Parteien berechnete Bedenken erheben konnte. So geschah es, dass das Gesetz, das die Stände bereits zu Beginn der 70er Jahre als vollendet ansehen zu können glaubten, trotz wiederholten Drängens der Stände erst 1679 erscheinen konnte. Die Bedeutung des Gesetzes wird am klarsten durch die Erwägung, dass es das erste für die behandelten Materien war und bis in unser Jahrhundert die Grundlage der Verordnungen über die unkörperlichen Dinge gebildet hat. Der Kaiser, hiess es in der Einleitung zu diesem wichtigen Gesetze, hat während seiner Regierung wahrgenommen, „dass zwischen denen Parteien in materia iurium incorporalium die öftern Strit und Irrungen guten Theils darumben entstanden, weilen in diesem Land hierinfallt noch keine landesfürstliche Satzungen publicirt worden. Damit aber zuförderst wir selbst als auch unsere nachgesetzte Gerichtsstellen mit unnothwendigen Rechtsführungen umsoviel weniger behelliget werden möchten, als haben wir die gnädigste Verordnung gethan, dass durch unsere Rätthe mit Zuziehung der von unsern treuehorsaamsten niederösterreichischen Landständen erkiesten Ausschüssen diejenigen iura incorporalia, daraus die mehriste Streitigkeiten bisher erwachsen, vornehmlich zu derjenigen, welche nicht studiret, verlässlichen Nachricht, auf unsere deutsche Sprach . . . verfasst und mitgetheilt werde.“ Die Tendenz dieses Gesetzes gieng nicht dahin, bedeutende Veränderungen in den bestehenden Verhältnissen vorzunehmen, sondern durch genaue Formulirung der geltenden Normen den Zwistigkeiten Abbruch zu thun, zugleich aber Uebertretungen seitens der Grundherren zu erschweren ¹⁾. Ausschliesslich zu Gunsten der

¹⁾ Der Tractatus ist abgedruckt u. a. bei Englmayer Ant. Tractatus de iuribus incorporalibus vom 13. März 1679 mit den nachfolgenden Gesetzen und

Stände auf deren wiederholte Beschwerde wurde die in anderem Zusammenhange bereits erwähnte Executionsordnung vom 31. Dec. 1671 erlassen. In der Einleitung zu dieser Verordnung wird ausdrücklich hervorgehoben, dass obwohl 1599 durch die Stände eine gewisse Executionsordnung, wornach die ausständigen Landesanlagen und andere gemeine Landschaftsanforderungen von Jahr zu Jahr eingebracht werden sollen, mit Aufhebung der vorigen anno 1572 und 1592 ausgegangenen Executionsordnungen von Neuem geschlossen worden „auch bisher in Uebung gehalten — sie war 1669 20. Mai erneuert worden — doch die getreuen Stände in Unterthänigkeit erinnert haben, dass sich seither wiederum viel Sachen mit der Zeit geändert und unterschiedliche Fälle ereignet, welche in besagter Executionsordnung entweder gar nicht oder aber nicht klar und deutlich genug begriffen, woraus dann allerhand Streit und Irrungen, auch grosse Hindernisse in Einbringung der Landesanlagen und anderer Forderungen entstanden, deswegen sie die Executionsordnung nach jetzigem Stand zu erneuern und einzurichten für eine unumgängliche Nothdurft angesehen und den Kaiser als regierenden Herrn und Landesfürsten um Bewilligung gebeten, die er auch ertheilt habe“¹⁾.

Ein anderes Gebiet auf dem den Beschwerden der Stände seitens der Regierung fast immer Rechnung getragen wurde, betraf die Sicherheit des öffentlichen Lebens.

Die Verwilderung, die im Laufe eines dreissigjährigen Krieges nicht nur unter den Soldaten, sondern auch unter der Bevölkerung eingerissen war und nach dem Kriege fort dauerte, schädigte die Interessen der Stände nicht minder als die des Herrschers und macht es begreiflich, dass bald von der einen, bald von der anderen Seite die Initiative ergriffen wurde, um den bestehenden Missbräuchen zu steuern²⁾. Uebrigens beweisen die zahllosen Patente zur Ausrottung des herrenlosen Gesindels, zumal der Zigeuner, wie schwierig es war in diesem Punkte Abhilfe zu schaffen. Auch das kaiserliche Generalmandat gegen diese letzteren vom 19. Februar 1671, worin es unter anderem heisst, die Hoffnung, „dass die Frevler sich durch die schon

Ordnungen. Dasselbst auch das Verzeichniss der betheiligten Commissäre. Vergl. auch Barth v. Bartenheim l. c. I 27 ff.

¹⁾ Codex Austriacus l. c. 309.

²⁾ Ueber das ausserordentlich zahlreiche Bettlervolk, das sich in 2 grosse Gruppen, Audienzbrüder und Gassenbettler, schied, vergl. auch Kaltenbaeck, „Vaterländische Denkwürdigkeiten Austriakalender 1851 p. 14“. Abraham a Santa Clara erwähnt derselben und ihres unwürdigen Treibens wiederholt. Es gab damals in Wien bei einer Bevölkerung von kaum 100.000 Menschen gegen 8000 Bettler und nur 2000 Gewerbetreibende. Hatschek l. c. 5.

erlassenen Verfügungen und strengen Strafen würden abschrecken lassen, habe sich als eine vergebliche erwiesen, der Kaiser habe vernommen, dass sich das Gesindel wieder hier und zumal an den ungarischen, mährischen und böhmischen Grenzen zeige und die Insassen, insbesondere die Bauern, quäle, die sich fürchten es zu verfolgen, weil sie dadurch selbst Gefahr laufen, zumal die Obrigkeiten nicht die entsprechende Hilfe leisten sollen“, scheint nicht den gewünschten Erfolg gehabt zu haben; wenigstens wiederholen sich die Patente in dieser Frage nach dem Generalmandate nicht weniger oft als vorher ¹⁾. Das gleiche Schicksal scheinen auch die im Einvernehmen mit den Ständen erlassenen Infectionsordnungen ²⁾ gehabt zu haben. Die Bevölkerung kümmerte sich um dieselben nur wenig, selbst dann, als die Pest am heftigsten im Lande wüthete und setzte den Behörden einen verderblichen passiven Widerstand entgegen.

Wiederholten Anlass zu Klagen der Stände und zu weitgehenden Verhandlungen dieser mit der Regierung gaben die Handels- und Industriefragen ³⁾. Weder die Stände noch die Regierung täuschten sich darüber, dass Oesterreich in dieser Hinsicht hinter den übrigen Culturstaaten zurückstand. Von verschiedener Seite her wurden der Herrscher und die Stände darauf aufmerksam gemacht, dass Frankreichs Uebergewicht in Europa in erster Linie auf die grösseren Mittel zurückzuführen sei, über die es gebiete und dass es sich diese nur durch die Ausnützung seiner Handels- und Industrievorthelle verschaffe. Auf das nachdrücklichste hat schon im Laufe der 60er Jahre des 17. Jahrhunderts Dr. Joh. Joachim Becher auf diese Thatsache hingewiesen und Oesterreichs hervorragendster Diplomat, Franz von Lisola, hat dieser Frage immer und immer wieder seine Aufmerksamkeit geschenkt und in der entschiedensten Weise für einen Handelskrieg gegen

¹⁾ Nebst dem Generalpatente vom 19. Febr. 1671 finden sich Patente von 1668, 1671, 1685, 1687, 1689, 1693, 1698, 1699 u. a. m.

²⁾ Ich finde das erste Infectionspatent datirt 16. April 1659, wo es ausdrücklich heisst, man habe nicht das Infectionspatent von 1649 beobachtet, ferner Patente aus den Jahren 1662, 1679, 1680.

³⁾ Ich kann in diesem Zusammenhange keine eingehende Darstellung dieser wichtigen Frage versuchen. Ich hoffe auf die Handelspolitik Oesterreichs in dieser Zeit demnächst in anderem Zusammenhange zurückzukommen. Vergl. übrigens die Mittheilungen bei Hatschek „Das Manufakturhaus auf dem Tabor in Wien“. Staats- und wissenschaftliche Forschungen VI, und die daselbst verzeichnete Literatur; insbesondere die zeitgenössischen Schriften von Becher „Politischer Discurs“, Hornick „Oesterreich über alles“ und Schröder „Fürstl. Schatz- und Rentkammer“.

Frankreich gewirkt. Aber nicht allein Frankreich konnte dem österreichischen Herrscher ein Vorbild sein; wohin man auch blickte, nach England, Holland, Schweden, überall zeigte sich das Bestreben durch Hebung der Industrie die Wohlfahrt des Volkes und damit die Staatswohlfahrt zu fördern. Ja selbst in Deutschland zeigte das Vorgehen Friedrich Wilhelms von Brandenburg, was bei gutem Willen und unermüdlicher Ausdauer selbst mit bescheidenen Mitteln zu erreichen war. Die Bemühungen aller derer, die, in richtiger Erkenntniss der Bedeutung dieser Frage, auf den Herrscher und dessen Umgebung einzuwirken suchten, sind nicht erfolglos geblieben. Was Becher im allgemeinen für Oesterreich und insbesondere für Wien und Niederösterreich geleistet, ist, wenn auch nicht gewürdigt, doch bekannt ¹⁾, was andere zur Hebung der österreichischen Industrie beigetragen haben, wird erst festzustellen und zu schätzen sein. In diesem Zusammenhange möge es nur gestattet sein, auf die Stellung hinzuweisen, welche die Krone und die Stände Niederösterreichs zu dieser Frage genommen haben. Dass die Einfuhr fremder verarbeiteter Waaren dem Interesse des Staates und der Stände nachtheilig sei, darüber bestand beiderseits kein Zweifel ²⁾. Die Krone zeigte sich daher sehr gerne bereit den Beschwerden der Stände gegen den Gebrauch fremder Waaren Rechnung zu tragen und erliess eine Reihe von Einfuhrverboten bezüglich solcher entbehrlicher, auch im Lande fabricirbarer Waaren, wie Gold- und Silberborten, Spitzen, Wehrgehänge, Handschuhe, Schnüre u. s. f. ³⁾. Uebertreten wurden diese Verordnungen freilich sehr oft; ja das Verbot scheint die Freude am Besitze dieser Dinge nur vermehrt ⁴⁾ und dem Schmuggel neue Nahrung gegeben

¹⁾ Becher berichtet selbst sehr ausführlich über seine Thätigkeit in dem Buche „Politischer Discurs etc. 1668“. Für sein Leben und Wirken Hatschek l. c. 16 ff. und die daselbst verzeichnete Literatur.

²⁾ Zu den in der Absicht der Erschwerung des Verkaufes fremder Waaren erlassenen Patenten gehören auch jene, welche den fremden Kaufleuten den Verkauf von Waaren ausserhalb der Jahrmarktszeiten untersagten; z. B. 1661 1. Sept., 1665 4. Mai, 1672 20. Mai, 1682 27. April, 1690 22. Jan., 1697 7. Juli.

³⁾ Das erste Patent Leopold I. in dieser Frage dürfte das vom 27. Jan. 1659 sein; vergl. Hauer J. R. v. „Beiträge zur Geschichte der österr. Fin. p. 4 f.; ferner u. a. 1669, 1674, 1689, 1697.

⁴⁾ Wie sehr gerade die oberen Klassen, zu denen die Mitglieder der 3 oberen Stände zählten, Luxus in Kleidern trieben, beweisen die Polizeiordnungen Leopolds aus den Jahren 1686 und 1688. Es heisst in der ersteren ausdrücklich, das erste Patent wider den Luxus, das am 28. Sept. 1671 erlassen, habe nicht den gewünschten Erfolg gehabt; zumal weil die 3 oberen Stände und wirklichen Räte eximirt waren. Jetzt wurden auch ihrem Luxus Grenzen gesetzt; mit wie

zu haben. Selbst das Verbot der Einfuhr französischer Waaren, zugleich aus rein politischen und handelspolitischen Gründen erlassen, fand erst allmählig und auch dann nicht völlig Berücksichtigung¹⁾. Stritten in diesem Falle Neigung und Pflicht gegen einander und vermochte die erstere so oft den Sieg davonzutragen, dass es zu Conflicten zwischen der Krone und den Unterthanen kam, so wuchsen die Differenzen um ein wesentliches, sobald eine Massregel der Krone dem finanziellen Interesse der Stände nachträglich zu sein schien. Von einer Geneigtheit sich im Interesse der Allgemeinheit zu opfern, ist bei den niederösterreichischen Ständen nichts zu spüren. Hatten sie nichts gegen eine Herabsetzung der Durchfuhrzölle zur Hebung des Handels einzuwenden, solange der Ausfall die Krone betraf, so protestirten sie lebhaft, so oft eine der im Besitze der Stände befindlichen Mauten durch derartige Verordnungen betroffen werden sollte. Die gänzliche Unfähigkeit von ihrem besonderen Interesse abzusehen, die Verständnisslosigkeit, die sie allen Reformen gegenüber zeigten, sowie ihre Trägheit, rechtfertigen den Ausspruch Schröders „Die Menschen — in Oesterreich — sind, wie scheint, so religiös, dass sie unserm Herrgott nicht wollen in sein Handwerk fallen, sondern wollen ein Ding behalten, wie es ihnen Gott zu geben gefallen hat; das ist die grosse Unwissenheit der Menschen und die Faulheit darbei, welche sie verdrossen und nachlässig macht, ihren eigenen Nutzen zu befördern“²⁾. Erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts scheint auch den Ständen Oesterreichs klar geworden zu sein, dass man nicht ungestraft die Hände in den Schooss legen dürfe, dass dem Staatswesen, dem sie angehörten, und mit demselben ihnen der Untergang drohe, wenn sie nicht den Kampf um die Handels Herrschaft und die Concurrenz auf allen Gebieten der Industrie aufnehmen würden. In den Ausgang des Jahrhunderts fallen denn auch die ersten wesentlichen Massregeln zur Hebung des Handels und der Industrie. Die Stände treten im Jahre 1697 an die Krone mit der Bitte heran, dem Niedergange des Handels und der Industrie zu steuern, dessen üble Folgen sie bitter empfinden müssten, die Krone ihrerseits lässt den Ständen im folgenden Jahre auf Grundlage ausführlicher Gutachten der Hofkammer die Hebung des Handels und der Industrie

geringem Erfolge zeigt freilich die Erneuerung des Patentess im Jahre 1688 mit der Begründung, das erste sei nicht genügend berücksichtigt worden. 1697 wurden die Uebertreter sogar mit einer jährlichen Steuer bedroht. Vergl. Ethnographie Oesterreichs von Czörnig I 169 ff.

¹⁾ Das Generalmandat ist datirt 20. Sept. 1674, es beziehen sich aber noch eine Reihe von Verfügungen auf diese Sache, z. B. 1681 29. Aug.

²⁾ Biedermann, Wiener Stadtbank 428 f.

als einziges Mittel zur Besserung der Finanzen empfehlen ¹⁾. Seitdem haben die Berathungen über die Mittel dieses Ziel zu erreichen nicht aufgehört; zu einem gedeihlichen Abschlusse sind dieselben freilich in der leopoldinischen Zeit und noch lange später nicht gekommen. Noch in einer der letzten Landtagserklärungen der leopoldinischen Zeit, am 30. August 1704, klagen die Stände über den trostlosen Zustand des Handels und der Industrie und fordern zur Hebung derselben, dass die ausländischen Waaren, durch welche das Geld aus dem Lande und den Feinden zuflüsse, verboten, im Lande aber Manufacturen angelegt und hiezu die herumvagirenden Bettler und das herrenlose Gesindel verwendet werden mögen. Wie wenig Einsicht aber die Stände Niederösterreichs auch in diesen Zeiten besaßen, wie unrichtige Vorstellungen sie von dem Werthe eines geordneten Creditwesens für den Handel und für die Industrie hatten, zeigt auf das deutlichste ihr Verhalten, als die Regierung durch das Inslebenrufen des Banco di giro dem Handel wesentliche Erleichterungen zu verschaffen suchte. Es kann nicht meine Aufgabe sein in diesem Zusammenhange auf die Gründung dieses Instituts einzugehen, die Schwierigkeiten zu schildern, die dem Inslebentreten desselben in den Weg gelegt wurden ²⁾. Nur darauf mag gestattet sein aufmerksam zu machen, dass die Stände dem Unternehmen recht feindlich gegenüber standen, in demselben nur ein neues Mittel zur Schröpfung der Bevölkerung erblickten ³⁾. In einer Beschwerde vom 4. Sept. 1703 machten die Stände die Bemerkung, „dieser Mercantilvorschlag werde nur von einigen Particularen beabsichtigt, die nur ihren eigenen Vortheil suchen; es würde dadurch eine allgemeine Verwirrung im Lande einreissen, Treu und Glauben zu Boden geworfen, alle bisher üblichen Gerichts- und Executionsordnungen durch Besetzung eines neuen in diesem Lande unerhörten Gerichtes ausser Kraft gesetzt, Mistrauen gegen andere benachbarte Länder erregt werden. Diese Particuliers beabsichtigen, heisst es weiter, die

¹⁾ Das Gutachten der Hofkammer ist vom 18. Oct., das Decret des Kaisers vom 30. Oct. 1698 datirt.

²⁾ Vergl. darüber die ausführlichen Mittheilungen bei Mensi l. c. 179 f. Daneben ist noch die schon citirte ältere Schrift von Biedermann im 20. Bande des Archives 350 ff. und Carl Schwabe »Versuch einer Geschichte des österreichischen Staatscredit und Schuldenwesens«, Wien 1860 und 1866 (2 Hefte) zu vergleichen.

³⁾ Schon vor der Türkenbelagerung vom Jahre 1683 hatte Schröder den Ständen Niederösterreichs den Vorschlag unterbreitet, eine Bank zu gründen, die es ermöglichen sollte, auch ohne Baarzahung bedeutenden Handel zu treiben; er war aber abgewiesen worden. Vergl. Mensi l. c. 180.

Erbländer durch den auf deren freien Bewilligungen für alle Zeit verschriebenen Fond und die diesfällige Garantie zu verwickeln, sich selbst aber aus dem Labyrinth, in welches sie durch allzugrossen und sträflichen Eigennutz gerathen, zu befreien. Man will davon schweigen, dass der auf dieses Land dazu beantragte jährliche Fond nicht bestehen könne, in Erwägung, dass die Bewilligungen der Stände, kraft derer uralten Privilegien und der kaiserlichen Schadloßbriefe von deren freien Willkühr und den jedesmaligen Landeskräften abhängt und also weder als ein verlässlicher Fond noch als eine Garantie verschrieben werden können“.

Ein anderes Gebiet, auf dem den Beschwerden der Stände nur zum Theile Rechnung getragen wurde, wo gleichfalls Differenzen in der Auffassung zu Tage traten, war das Gebiet des Münzwesens. Einig waren Krone und Stände nur darin, dass man der Ausfuhr der guthaltigen Gold- und Silbermünzen und der Einfuhr schlechter geringhaltiger Münzen steuern müsse. Auf die immer erneuerten Klagen der Stände über das bedrohliche Anwachsen schlechter Münzen, erwiderte die Krone durch eine Reihe von Münzpatenten, durch die dem Uebelstande abgeholfen, die Einfuhr schlechter Münzen sowie die Ausfuhr guter Münzen erschwert werden sollte¹⁾. Dagegen ergaben sich Differenzen nicht nur über die Rolle, welche den Ständen bei der Abfassung der Patente gebühre, sondern auch darüber was zum Heile der Unterthanen gereiche. In diesem Sinne beschwerten sich die Stände am 9. Mai 1659 über das ohne Einwilligung der Stände am 30. März erlassene Münzpatent, durch das die Annahme der im Umlauf befindlichen Münzen zu einem höheren Werthe verboten und deren Einsendung in die kaiserliche Münze gefordert, dergleichen auch die Ausfuhr von Gold- und Silbermünzen untersagt wurde und forderten eine Einschränkung des Patentes dahin, dass die abgewürdigten Münzen entweder ausser Land geführt werden könnten, oder von dem Münzamte zu dem Werthe angenommen werden sollten, zu dem sie vorher gangbar gewesen. Einen vollen Erfolg hatte die Beschwerde der Stände in diesem Falle so wenig, als in vielen anderen. Erst im Jahre 1682 erfloss ein Decret²⁾, demgemäss die Stände bei Münzordnungen zu Rathe gezogen werden sollten. Die Folgen des-

¹⁾ Ueber das Münzwesen in Oesterreich zur Zeit Leopold I. vergl. Becher Das österreichische Münzwesen von 1524—1838. Wien 1838. Bd. I 79 ff.; die Münzgesetze ebendasselbst Bd. II 114 ff. Ferner Schwabe l. c. I 34 ff. und Mensi l. c. 7 f.

²⁾ Decret vom 12. Febr. 1682, eine Folge der Einrede der Stände gegen das ohne ihre Mitwirkung erflossene Münzpatent vom 30. März 1659.

selben zeigten sich alsbald. Die Münzpatente aus der späteren Zeit Leopold I.¹⁾ tragen den Wünschen der Stände bei weitem mehr Rechnung als die der ersten Periode.

Einen anderen Gegenstand ständischer Beschwerden bildete die Besetzung der Officiersstellen bei den von der Landschaft gestellten Truppenkörpern. Die niederösterreichischen Stände forderten, wie dies auch jene der anderen Kronländer thaten, die Besetzung der Officiersstellen mit Eingeborenen und zwar nicht bloß für den gegebenen Fall, sondern als ein bindendes Gesetz. Zu einer solchen bindenden Erklärung wollte sich aber Leopold I., dem seit Ferdinand I. im Hause Habsburg beobachteten Herkommen folgend, nicht verstehen. Er wählte denn auch einen Ausweg, indem er die Forderung eines bindenden Versprechens zurückwies, jedoch seine Bereitwilligkeit betonte, wenn irgend möglich Niederösterreichern den Vorzug zu gewähren. Und dabei blieb es trotz immer erneuerter Beschwerden der Stände²⁾.

Die Gegenstände ständischer Beschwerden sind damit keineswegs erschöpft. Wie oft z. B. das Abgabewesen, Zölle und Mauten, die Salzgefälle, die Verpflegung des einquartierten Militärs³⁾ und ähnliches mehr Anlass zu heftigen Conflicten gegeben haben, dürfte aus der vorliegenden Darlegung bereits ersichtlich geworden sein⁴⁾. Unter den übrigen Fragen, welche die Grundlage weitläufiger oft zu principiellen Erörterungen führender Verhandlungen bildeten, möge insbesondere auf die Judenfrage aufmerksam zu machen gestattet sein, bezüglich welcher Kaiser Leopold I. mit den Ständen eines Sinnes war, ohne jedoch

¹⁾ Es liegen solche vor vom 4. Febr. 1691; 28. Oct. 1692, 19. Febr. 1693, 19. Sept. 1695.

²⁾ Erklärung des Kaisers vom 20. Mai 1664; 1669 11. April, 7. Aug. 1670; ebenso 1671 f., 1677 u. s. w.

³⁾ Eine ganze Reihe von Verordnungen z. B. 5. Nov. 1658, 10. Nov. 1662, 2. Mai 1684 u. a. m., zeigen, wie heftig in diesem Punkte die Beschwerden der Stände waren. Ich hoffe in anderem Zusammenhange die Bedeutung der Frage erörtern zu können.

⁴⁾ Vergl. Cap. III. Eine der heftigsten Beschwerden gegen eine kaiserliche Mautordnung erlosch am 15. Febr. 1675. Nö. L.-A. Die Mautordnung von 1675 ist abgedruckt im Cod. Aust. III. 202 ff. Sehr entschieden waren auch die Beschwerden gegen den 1686 eingeführten Papierstempel, Cod. Aust. III 234 ff., der auch durch die Patente vom 13. Mai 1693 und 19. Aug. 1695 aufgehoben, wogegen ein Universalaufschlag auf alles Schreib-, Druck- und Fließpapier und auf Bücher und gedruckte Waare ausgeschrieben wurde. Bezüglich des Fleischkreuzers vom Jahre 1698 erhoben die Stände gleichfalls erhebliche Beschwerden, vergl. weiter unten p. 647 Anm. Die Patente im Codex Aust. III. 447 ff.

immer im Hinblick auf die Noth der Zeiten zu den entscheidenden Massregeln greifen zu wollen, die ihm von den Ständen vorgeschlagen wurden ¹⁾).

VI. Stellung der niederösterreichischen Stände zu denen der übrigen Erbländer.

Es gehört zu den unzweifelhaften Irrthümern der Biedermannischen Auffassung der österreichischen Gesamtstaatsidee, in den verschiedenen Ländern der Monarchie schon im 16. und 17. Jahrh. ein Streben nach Einheit nachweisen zu wollen ²⁾. Viel länger als man gemeinlich annimmt hat der Particularismus innerhalb der einzelnen Provinzen die Handlungen der Stände bestimmt. Wenn es trotzdem im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts zu gemeinsamen Berathungen gekommen war, so waren diese fast immer nur dann erfolgt, wenn es galt gegen einen gemeinsamen Gegner Stellung zu nehmen, und alle Bemühungen einzelner Männer, die Stände der verschiedenen Länder zu einem einheitlichen Vorgehen zu vermögen, waren an dem eingewurzelten Particularismus und an dem Misstrauen der einzelnen Länder gescheitert. In jenen Fällen aber, wo wir eine Unterstützung eines Landes durch das andere finden, war dieselbe entweder auf ausdrückliches, wiederholtes Drängen der Krone und auch dann meistens mit gewissen Reserven und unter gewissen Bedingungen, oder dann erfolgt, wenn durch das Fallenlassen des bedrohten Landes dem Eigenen Gefahr drohte. In diesem Sinne erfolgten namentlich die gegenseitigen Unterstützungen der einzelnen Länder gegen die Türken. Der geringe Erfolg der allgemeinen Zusammenkünfte und die entschieden antikaiserliche Haltung derselben lässt es begreiflich erscheinen, dass die Regierung von einer

¹⁾ Der Einfluss der Juden in Oesterreich war damals ein sehr bedeutender, der Hass gegen dieselben ein sehr grosser; man war allgemein der Ansicht, dass der von ihnen getriebene Schmuggel das Aufkommen einer österreichischen Industrie unmöglich mache. Wie sehr übrigens finanzielle Gründe zur Vertreibung der Juden im Jahre 1670 beigetragen haben, ist noch nicht genügend dargelegt worden, auch nicht von D. Kaufmann dessen Bücher, „Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien und Niederösterreich 1670 p. 70 ff. 103 ff., sowie Samson Wertheimer und Urkundliches aus dem Leben S. Wertheimers“ für diese Dinge zu vergleichen sind. Ueber Oppenheimer auch Mensi l. c. 132 ff., der jedoch bei der Beurtheilung der Verhältnisse vergisst, dass es die Regierung war, die an Oppenheimer herantrat und dass die Acten, auf die Mensi sein Urtheil stützt, Anklageacten sind. Vergl. auch Biedermann l. c. 418 ff.

²⁾ Sehr richtig und scharf betont die gegenheilige Ansicht Newald. l. c. II. Abth. p. 2.

Erneuerung derselben nichts wissen wollte. Wohl erinnerte sich die Hofkammer derselben als eines entsprechenden Mittels die im Interesse des Staates von den Ständen der Gesamtmonarchie geforderten Summen richtig zu vertheilen und setzte es auch durch, dass sich in den Jahren 1696 und 1701 Ausschüsse mehrerer Landschaften in Wien einfanden, doch kam es in diesen Fällen zu keiner gemeinsamen Thätigkeit der verschiedenen Ausschüsse, zumal sich diese weigerten ihre Einwilligung zur Abhaltung gemeinsamer Berathungen zu geben. Insbesondere waren es die Stände von Niederösterreich, deren Mistrauen auf das deutlichste hervortrat ¹⁾. Man wird daher in der leopoldinischen Zeit von einem bewussten Wirken im Sinne der Gesamtstaatsidee seitens der niederösterreichischen Stände nicht sprechen können. Wenn trotzdem in dieser Zeit von den Ständen Niederösterreichs eine Berathung mit den übrigen Erbländern gefordert wurde, so hatte dies seine Ursache lediglich in der Rücksichtnahme auf ihr besonderes Interesse, wie denn auch dies ihr Begehren in den Jahren geäußert ward, wo durch das Heranziehen der Türken ihrem Lande Gefahr drohte. Die Krone war nun keineswegs gegen eine Unterstützung der Niederöreicher seitens der übrigen Provinzen, allein sie hielt es für einen Eingriff in ihre Rechte, wenn denselben diese Unterstützung seitens der erbländischen Stände und nicht seitens der Krone zu Theil werden sollte, und erklärte sich aus diesem Grunde auf das entschiedenste gegen die von den niederösterreichischen Ständen geforderten Zusammenkünfte mit den Vertretern anderer Länder. Die erste Gelegenheit zu einer derartigen Auseinandersetzung ergab sich wohl im Jahre 1663. Die Türken drohten und die Niederöreicher sahen sich ausser Stande alle zur Vertheidigung und zur Befestigung des Landes nothwendigen Massregeln ohne Unterstützung der übrigen Länder zu treffen. In diesem Sinne erklärten sie dem Monarchen „sie seien bereit ihr möglichstes zu thun, es wäre aber zu besorgen, dass alles wenig helfen werde, wenn nicht von den anderen Erbkönigreichen und Ländern eben dergleichen geschehe und diesfalls eine gute Correspondenz mit einander gehalten werde; denn ob sie schon ihre Grenzen mit Verhauung der Wälder, Besetzung der festen Plätze und in anderen Wegen versehen, so müssten sie doch in der Furcht stehen, dass nicht etwa durch Steier, Mähren, Schlesien, oder andere Orte der Feind durchbreche, sie und ihre Unterthanen unversehens überfalle und entweder erbärmlich ums Leben bringe oder in die schwere Dienstbarkeit führe, so dass die höchste Noth erfordert, dass mit den gesammten Ländern diesfalls eine förder-

¹⁾ Vergl. Biedermann l. c. II. 6. und 100.

same Conferenz gehalten, de modo defensionis allda deliberirt und was für nützliche Anstalten an einem oder anderem Orte zu machen, verglichen werde. Sie bitten solche Conferenz anzuordnen und sobald als möglich ins Werk zu setzen, zumal hierin nicht allein erwähnter Erb-königreiche und Länder, sondern des heiligen römischen Reichs und der ganzen Christenheit Conservation, Heil und Wohlfahrt dependiren thut⁴. Leopold sah sehr wohl ein, dass die Stände Niederösterreichs durch diese scheinbar im allgemeinen Interesse geplante Zusammenkunft lediglich für sich zu wirken wünschten und verweigerte im Hinblick auf die traurigen Erfahrungen, die seine Vorgänger bei derartigen allgemeinen Zusammenkünften gemacht hatten, seine Einwilligung, obgleich die Stände auf die erste Absage des Herrschers hin von Neuem die gleiche Forderung stellten.

Wie richtig in diesem Falle die Krone die Aufopferungsfähigkeit der niederösterreichischen Stände schätzte, ersieht man auf das deutlichste, wenn man in anderen Fällen den Egoismus derselben zu verfolgen in der Lage ist. Auf das eifrigste sind sie bemüht, alles, was zu ihrem Vortheile spricht, in ihren Erklärungen an die Krone hervorzuheben, ohne Rücksicht darauf, ob dies für die Stände anderer Länder verhängnissvoll werden könne. Werden sie durch eine Umlage bedrückt, die anderen Landständen nicht auferlegt ist, so unterlassen sie niemals diese Hintansetzung zu betonen, und Abhilfe zu fordern ¹⁾; dagegen weisen sie eine Schlussfolgerung entgegengesetzten Sinnes auf das entschiedenste zurück. Auf das peinlichste haben die Niederösterreicher darauf gesehen, dass der im Jahre 1542 festgesetzte, von Leopold ratificirte erbländische Vergleich, nach welchem die Länder der böhmischen Krone $\frac{2}{3}$ des Gesamtbetrages Innerösterreich die Hälfte und Nieder- und Oberösterreich die andere Hälfte des dritten Drittheils zahlen sollten ²⁾, eingehalten werde und bei Ausserachtlassung desselben zu ihren Ungunsten in so energischer Weise Protest erhoben ³⁾, dass die Krone sich genöthigt sah, alsbaldige Abhilfe zu versprechen ⁴⁾. Suchte aber die Krone die Stände Niederösterreichs zu weitergehenden Concessionen durch den Hinweis auf

¹⁾ Z. B. 1670. 16. April weisen sie darauf hin, dass in den übrigen Ländern der Fleischaufschlag nicht, wohl aber in Niederösterreich bestehe. Ueber denselben Aufschlag beschwerten sich die Stände auch zu Beginn des 18. Jahrh.

²⁾ Das Repartitionspatent war 1542 gegeben und von Rudolf II. bestätigt worden.

³⁾ Beschwerde der Stände vom 18. Sept. 1679.

⁴⁾ Erklärung des Kaisers 22. Oct. 1679.

andere Ländere zu vermögen¹⁾, dann wiesen dieselben ein derartiges Vorgehen auf das entschiedenste zurück, und erklärten, „die treu gehorsamsten Stände hätten in ihren Beiträgen sich nie an die Proportion anderer Provinzen gebunden, sondern bei den herkömmlichen jährlichen Bewilligungen immer nach den äussersten Kräften des Landes bewilligt, auch seien sie den anderen Ländern mit gutem Beispiele vorangegangen“²⁾.

VII. Stellung der Stände Niederösterreichs zu einander.

Wir haben gesehen, mit welcher Einigkeit die niederösterreichischen Stände den Kampf um ihre Selbständigkeit und um die Wahrung ihrer Freiheiten und Rechte geführt haben. Allein nur in diesem Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner zeigte sich eine Harmonie unter den durch verschiedenartige Interessen bestimmten Kreisen. Im übrigen suchten die 4 Stände in bewusster Weise ihre besonderen Interessen zu wahren und gaben durch wiederholte Klagen dem Herrscher die erwünschte Gelegenheit die Schiedsrichterrolle zu spielen und auf diesem Wege dem Absolutismus die Wege zu ebnen. Auf das deutlichste traten die gegensätzlichen Interessen der 3 oberen und des 4. Standes zu Tage. Eine breite Kluft schied die privilegierten 3 oberen Stände von den Vertretern der Stadt Wien und der 18 mitleidenden Städte und Märkte, deren bereits charakterisirte Stellung innerhalb der Landesverwaltung die geringe Beachtung erkennen liess, die ihnen seitens der anderen Stände zu Theil wurde. Es war daher nur zu begreif-

¹⁾ Dies geschah insbesondere seit dem Jahre 1694.

²⁾ Erklärung der Stände vom 23. Dec. 1701. Nö. L.-A. Dieses Vorhalten der Leistungen der böhmischen Länder hatte schon früher begonnen und gieng von der Hofkammer aus. Diese Behörde wünschte u. a., dass die Niederösterreich auf das Vorrecht, die Durchzugs- und Quartierkosten von den bewilligten Militärpostulaten in Abzug bringen zu dürfen, verzichten mögen. Schon seit dem Jahre 1684 beginnen die daraufgerichteten Bemühungen der Hofkammer, die aber erfolglos blieben. Als die Hofkammer in ihrem Gutachten vom 26. Nov. 1694 über das für das folgende Jahr zu stellende Postulat in Anregung brachte, sämmtliche österreichische Erbländer zu bewegen, dass sie, wie es bei den Ländern der böhmischen Krone Herkommen sei, auf die Vergütung des sogenannten Truppenservices Verzicht leisten, erklärte es die österreichische Hofkanzlei für bedenklich, die österreichischen Länder ohne weiters wie die böhmischen zu behandeln, Leopold bemerkte eigenhändig dazu „Zwischen hiesiger und der böhmischen Länder Verfassung ist ein Unterschied zu machen“, Bied. I. c. II 99. Andere Beweise der Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit der niederöstr. Stände gibt Newald, I. c. 34 ff.

lich, dass der vierte Stand, der seine Interessen in dem Landtage nur selten entsprechend berücksichtigt fand, die ihm aufgebürdeten Lasten nur unwillig trug und keine Gelegenheit vorübergehen liess, Erleichterungen zu fordern. Nach alter Satzung hatte der 4^{te} Stand $\frac{1}{5}$ der Bewilligungen der Stände zu leisten, die eine Hälfte dieses Fünftels sollte die Stadt Wien, die andere sollten die 18 mitleidenden Städte beitragen. Diesen letzteren war im Jahre 1613 die Hälfte des auf sie entfallenden Steuerzuschlages nachgesehen worden und dieses Zugeständnis war seitdem in verschiedenen Terminen für ein, oder mehrere Jahre erneuert worden ¹⁾. Sie sowohl als die Stadt Wien klagten nun von dem Beginne der Regierung Leopold I. an über ungerechtfertigte Belastung ²⁾ und fanden bei ihren Bemühungen eine Verminderung ihrer Beiträge zu erzielen, bei Leopold ein wohlgeneigtes Ohr. Das Streben Leopold I., die Städte und Märkte möglichst zu schonen. war ein aufrichtiges, gewiss nicht in letzter Linie aus der Erkenntnis hervorgehend, dass zur Sicherung der Fürstengewalt eine Mithilfe der Bürger nothwendig sei, gewiss aber auch aus der Ueberzeugung geschöpft, dass der 4^{te} Stand wirklich unter der Last der Abgaben zusammenbrechen müsste und dass die privilegierten Klassen, wie sehr sie auch über ihren bejammernswerthen Zustand klagen mochten, in ungleich günstigeren Verhältnissen lebten als die Bürger der Städte.

Seine Bemühungen zu Gunsten des 4^{ten} Standes bei den 3 oberen zu wirken, blieben auch nicht ohne Erfolg ³⁾; allein sie führten auch zu heftigen Auseinandersetzungen, bei denen es nicht ohne scharfe Seitenhiebe über die unbegreifliche Bevorzugung gerade dieses Standes abgieng. Zumal im Jahre 1683, als der von den 3 oberen Ständen den 18 mitleidenden Städten und Märkten gewährte Nachlass erneuert werden sollte, klangen die Vorwürfe besonders heftig ⁴⁾. Die

¹⁾ Newald, Beiträge zur Geschichte der Belagerung Wiens durch die Türken p. 4.

²⁾ Die Beschwerden des 4^{ten} Standes fanden ihren Ausdruck auch in all' ihren Voten über die kaiserlichen Propositionen; auf diesem Wege konnten die Wünsche desselben den 3 anderen Ständen, in denen der vierte seine Bedrücker sah, rückhaltslos geäussert werden. Vergl. Beispielshalber das Votum des vierten Standes vom 30. April 1675. Nö. L.-A.

³⁾ 1662 wurde den 18 mitleidenden Städten und Märkten der Nachlass der Hälfte ihres Quantums auf 20 Jahre gewährt.

⁴⁾ Lebhaftige Verhandlungen darüber fanden insbesondere 1682 und 1683 statt, in welchen Jahren die 3 oberen Stände insbesondere auf die Wahrung ihres principiellen Rechtes dringen — 24. April 1683 — und in einen Nachlass erst willigen als ihnen darin Genüge geschieht und überdies das ganze Ertragnis der Vicedomsquote zugesprochen wird. 22. Nov. 1683. Vergl. für diese Dinge auch Newald l. c. 11 ff.

3 oberen Stände meinten, da die Regierung sich immer für den vierten Stand einsetze, möge sie die Summe, welche dieser zu zahlen verpflichtet sei, übernehmen und von der allgemeinen Bewilligung abziehen lassen. Die Regierung gieng freilich auf diesen Plan nicht ein und fuhr fort, meist auch mit Erfolg, Nachlässe im Interesse des 4^{ten} Standes zu fordern. Und diese Nachlässe bezogen sich nicht allein auf die gewöhnlichen, sondern auch auf alle aussergewöhnlichen Forderungen der Regierung, auf Darlehen ¹⁾ und Schuldenübernahmen.

In ganz ähnlicher Weise verhielt sich die Krone in dem Streite, der über die Antheilnahme des vierten Standes an den Erträgnissen des Vicedomamtes seit dem Beginne der Regierung Leopold I. geführt wurde und trotz wiederholter Bemühungen Leopolds bei seinem Lebensende noch nicht beendet war ²⁾. Die Geneigtheit des Kaisers auch in dieser Frage zu Gunsten des 4^{ten} Standes zu entscheiden, rief eine umso schärfere Opposition der 3 oberen Stände hervor ³⁾ und veranlasste dieselben zu Erklärungen, in denen in der entschiedensten Weise um Wahrung ihrer Rechte und um gleichmässige Gerechtigkeit gebeten wurde ⁴⁾.

Aber nicht nur zwischen den 3 oberen und dem 4^{ten} Stande, sondern auch innerhalb der ersteren kam es zu Differenzen, die, obgleich meistens Gegenstände geringerer Bedeutung betreffend, Anlass zu heftig geführtem Streite gaben. In religiösen Fragen standen die Praelaten den Herren und Rittern gegenüber, während diese letzteren sich vornehmlich über Fragen der Wahrung der Standesunterschiede befahdeten. Das bereits erwähnte Decret Leopold I. vom 20. Oct. 1669, durch das der Verkauf weltlicher Güter an die Geistlichkeit an die vorangegangene Bewilligung der Krone geknüpft ward, erfloss, wie es in demselben heisst, weil die 2 oberen politischen Stände darüber

¹⁾ Z. B. 1691, als die oberen Stände dem Kaiser ein Darlehen von 250.000 Gulden bewilligten und von den 18 mitleidenden Städten und Märkten 25.000 Gulden forderten.

²⁾ Die Vicedomsquote bestand darin, dass im gleichem Verhältnisse wie die Unterthanen der Standesmitglieder auch jene der unter dem Vicedomamt stehenden Cameralherrschaften besteuert wurden, auf welche von den für Niederösterreich festgesetzten 69.045 Pfund, 7000 Pfund Gült entfielen. Dieses Steuercontingent wurde seit 1652 zu Gunsten der 3 oberen Ständen verrechnet. Dagegen protestirten nun die Vertreter des 4^{ten} Standes und setzten es im Jahre 1717 durch, dass dem 4^{ten} Stande ein Mitgenuss eingeräumt wurde.

³⁾ Die Verhandlungen über diese Frage ziehen sich durch die ganze Regierungszeit Leopold I. Zahlreiche Acten des Ständearchives, wie der Archive des Reichsfinanzmin. und des Min. des Innern zeigen, wie lebhaft um diese übrigens nicht allzu bedeutende Summe gekämpft wurde, insbesondere in den Jahren 1669—1671.

⁴⁾ So insbesondere die Beschwerdeschrift vom 22. Aug. 1671. A. d. M. d. I.

klagen, dass entgegen den Generalmandaten . . . ie länger ie mehr liegende Güter auf unterschiedliche Weise und Weg von den weltlichen an die geistlichen gelangen und wenn dem nicht vorgebeugt würde, nothwendig folgen müsste, dass nach und nach fast alle des Adels und der Weltlichen Güter an die Geistlichkeit gelangen, die anderen Stände geschwächt und dem Kaiser nicht das entsprechende würden leisten können.“ Aber nur ausnahmsweise betrafen die Differenzen der oberen Stände Gegenstände von Gewicht, den wesentlichen Inhalt derselben bildeten Fragen von geringer allgemeiner Bedeutung, wie jene über die Berechtigung der Herren, 2 Mitglieder ihres Standes an den Praelatentisch setzen zu dürfen ¹⁾, oder Klagen des Herrenstandes über die Anmassung der Ritter, die sich die Attribute der Herren beizulegen suchen, deren Frauen sich „Frau Gemahlin“, deren Töchter sich »Fräulein“ nennen wollen, die „Gnaden“ von ihren Dienstboten fordern ²⁾

¹⁾ Nach langen Verhandlungen, die zu ausführlichen Eingaben der Prälaten und Entgegnungen des Herrenstandes führten, erfolgte am 10. Jan. 1682 die Entscheidung des Kaisers. „Demselben sei, heisst es in derselben, in Unterthänigkeit referirt worden, was sich für ein Streit zwischen dem hiesigen Prälaten- und dem Herrenstand, um willen sich ein oder zwei der ältesten ihres Mittels an den Directorialtisch gesetzt, solches aber der Praelatenstand nicht zugeben wollen, erhoben und zugetragen hat. Nachdem nun der Herrenstand erklärt hat, dass hierdurch dem Prälatenstande an seinem ersten habenden Voto gleichwie wie bisher zu keiner Zeit praejudicirt werden solle, ferner auch von dem Herrenstande beständig asseverirt wird, dass, so oft es demselben beliebt habe, ein oder 2 aus den älteren ihrer Mitglieder bei der Zusammenkunft im Landhaus an des Herrn Landmarschall-Tafel in der Landstube gesessen seien, hat der Kaiser für gut befunden, es noch ferner dabei zu lassen und dass noch forthin ein oder zwei ältere ihres Standes an dem Directorialtisch auf der linken Hand sitzen mögen, wodurch aber dem Praelatenstande an seiner hergebrachten ersten Stimme und Voto, weder an dem Vorsitz oder Vorgang, wie er solches bis dato gehabt haben mag, im geringsten nichts benommen werde“. Nö. L.-A. Vergl. Barth l. c. 186 Anm.

²⁾ Der Streit um das Prädicat „Gnaden“ war ein alter. Ferd. III. hatte 1656 sich geweigert eine bestimmte Erklärung abzugeben; der Herrenstand erneuerte nun in der Zeit Leopold I. seine Bemühungen um endgiltige Ordnung dieser Frage und richtete am 8. Febr. 1659 ein ausführliches Memorial (Auszug daraus gedruckt bei Kaltenbaeck l. c. 58 ff.) an den Kaiser, in welchem es unter anderem hiess, der Herrenstand habe mit Freude vernommen, dass der Kaiser durch eine neue Polizeiordnung dem Luxus vorbeugen und jedem Stande sein Recht gewähren wolle. Der Herrenstand habe dazu beigetragen in der Hoffnung, dass zugleich die schädlichen Eingriffe beseitigt werden, „welche der Adel dieses Landes, so sich den Ritterstand nennt, bisher dem Herrenstand und seinen Ehrenprärogativen zugefügt, indem er alles dasienige, was dem Herrenstand allein gebührt, sich attribuit und zueignet, die „Gnaden“ von anderen praetendirt und annimmt, ja sowohl mündlich als schriftlich, Gnaden und zum Theil Wohledel-

und ähnliches mehr. Die Krone zeigte bei Erledigung dieser Streitfragen, die mit einem einer besseren Sache würdigem Eifer erörtert wurden und Anlass zu langdauernden Auseinandersetzungen gaben, das Bestreben, das alte Herkommen zu wahren, zu gleicher Zeit aber den Wünschen der nach aufwärts Strebenden, soweit es mit den Privilegien der Höherstehenden vereinbar war, Rechnung zu tragen und auf diese Weise ihre eigene Macht und ihren eigenen Einfluss zu mehren.

geboren, welches gleich als Hochgeboren, auch wohl gar Hochwohladelgeboren will tractirt werden, gleichergestalt sich in den Schreiben selbst einen Herren zu nennen, von dem Herrenstand solches ebenfalls zu praetendiren, in Unterlassung dessen aber entweder die Schreiben wiederum unbeantwortet zurückzuschicken oder auf allerlei Weis und Weg zu ahnden, oder auch die Herren zu tractiren, wie nicht weniger seine Hausfrauen mündlich und schriftlich Frau Gemahlin und ihre Töchter Fräulein zu nennen, auch durchgehends von ihren Dienstleuten und anderen niedrigen Standspersonen die Gnaden zu begehren und in summa in allen anderen Herrlichkeiten dem Herrenstand gleich zu sein sucht*.

Der Kaiser erklärte darauf, 18. März 1659, es solle bei Verfassung der Polizeiordnungen ein Unterschied gemacht werden zwischen dem Herren- und Ritterstande, im übrigen hoffe er einen gütlichen Vergleich zu erzielen.